



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

100 Jahre Deutscher Landkreistag:

Leistungsfähig und bürgernah

Jubiläumsveranstaltungen in Berlin

Exakt 100 Jahre nach seiner Gründung am 8. September 2016 feierte der Deutsche Landkreistag mit einem Festakt in der Französischen Friedrichstadtkirche zu Berlin - u. a. in Anwesenheit von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, dem Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Ferdinand Kirchhof sowie Bundesratspräsident Stanislaw Tillich - sein Jubiläum. Tags darauf fanden weitere Feierlichkeiten im Berliner Abgeordnetenhaus, dem Gründungsort des Landkreistages, statt. Dort ging es u. a. um die aktuellen Herausforderungen der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. 500 Landräte, Ehrenamtliche aus den Kreistagen, Vertreter der Bundes- und Landespolitik sowie von Verbänden, aber auch Wirtschafts- und Unternehmensorganisationen wurden willkommen geheißen.

DLT-Präsident Landrat Reinhard Sager würdigte in seiner Festrede das Jubiläum: „Die Kreise haben in ihrer Dreifachfunktion als Gebietskörperschaft, Gemeindeverband und untere staatliche Behörde im Laufe der Zeit vor allem bei besonderen Herausforderungen ihre Leistungsfähigkeit, Einsatzbereitschaft und Bürgernähe bewiesen. Das war schon in und nach beiden Weltkriegen so, als die Ernährungssicherung, Wohnungsfürsorge, Sicherung des Lebensunterhalts, die Gesundheitsfürsorge und vieles mehr für die Bevölkerung gewährlei-

ne. „Ich erinnere nur an die vielfältigen Aufgaben bei der Flüchtlingsunterbringung und -integration, die uns in besonderem Maße gefordert haben und weiter fordern werden, aber auch an die Bekämpfung zahlreicher Hochwasser und andere plötzliche Ereignisse.“

Leistungen im Rahmen der Daseinsvorsorge

Daneben leisteten die Kreise im Rahmen der Daseinsvorsorge dauerhaft und verlässlich viel für ihre Bevölkerung in der Sozial- und Jugendhilfe, in der Kranken-



Ministerpräsident Stanislaw Rudi Tillich, der derzeit amtierende Bundesratspräsident; Landrat Reinhard Sager, Präsident des Deutschen Landkreistages; Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel; Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages und der Vize-Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof (v. l.).
Bild: Deutscher Landkreistag/Mark Frantz

hausversorgung, als Schulträger, im Umweltschutz, in der Kreislaufwirtschaft, beim Straßenbau und vielen anderen Bereichen mehr. „Bei der Wiedervereinigung vor 26 Jahren ist es gelungen, das große Leistungsspektrum der Kreise in Westdeutschland auf die durch Gebiets- und Funktionalreformen ertüchtigten Kreise in den fünf neu gebildeten Ländern zu übertragen. Dabei haben viele westdeutsche Landkreise Verwaltungshilfe geleistet und tatkräftig zur Seite gestanden, um der kommunalen Selbstverwaltung auch in den neuen Ländern zur Entfaltung zu verhelfen“, so Sager.

Vielfältige Verbesserungen der Infrastruktur

Auch generell seien viele Kreise immer wieder freiwillig und experimentell vorangeschritten, um die Infrastruktur zu verbessern oder die Integration von Menschen in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. „Deshalb haben wir uns 2002 nach langer Diskussion bereiterklärt, die Trägerschaft für die zusammenfassende Arbeitslosen-

Umfrage bei Bayerns Städten und Gemeinden:

Herrmann attestiert stabile Haushaltslage

Das Innenministerium führt jeweils in der Jahresmitte eine Umfrage bei allen bayerischen Kommunen zur Haushaltslage durch. Bis 30. Juni 2016 waren 91,2% der vorgelegten Etats von den Aufsichtsbehörden genehmigt. Im nunmehr vorliegenden Zahlenmaterial sieht Innenminister Joachim Herrmann eine Fortsetzung des positiven Trends und bescheinigt Bayerns Städten und Gemeinden finanzielle Stabilität sowie eine herausragende Position im bundesweiten Vergleich.

Für Herrmann belegt die aktuelle Umfrage, dass sich die Zahl der Kommunen, die in ihren Haushalten die Deckungslücken 2016 nicht schließen können, weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau bewegt. Im laufenden Haushaltsjahr sei lediglich von acht kreisangehörigen Gemeinden auszugehen, die ihre Haushaltsführung über den gesamten Zeitraum nach den restriktiven Vorgaben für die vorläufige Haushaltsführung gemäß der Bayerischen Gemeindeordnung abwickeln müssten. Dies entspricht einem Anteil von knapp 0,4% aller 2056 Kommunen in Bayern.

Bayerischer Städtetag:

Zeit für Verhandlungen

Die Beteiligung des Freistaats an den Integrationskosten stand im Zentrum einer Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags in München. Nach den Worten von Verbandsvorsitzendem Dr. Ulrich Maly habe die kommunale Ebene nun ihren Anteil an den Bundesmitteln vom Freistaat einzufordern. Der Freistaat müsse zeigen, wie er die Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen finanziell abbildet.

Maly zufolge sorgen in der Praxis weniger Bund und Länder dafür, dass Integration gelingt, sondern in erster Linie die Kommunen. Sie seien die Problemlöser und müssten entsprechend von Bund und Freistaat finanziell

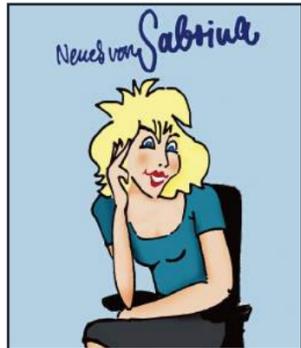
in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben zu erfüllen. „Wer Integrationsarbeit in Krippen, Kindergärten, Kindertagesstätten, Schulen, Musikschulen, Volkshochschulen, Kultureinrichtungen, Ehrenamt und Sportstätten leisten soll, muss es sich auch leisten können.“

Fakt sei: Bayern hat – anders als andere Bundesländer – einen Großteil der Kosten erstattet, die mit Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen während des Asyl- und Anerkennungsverfahrens anfallen. Wie Maly betonte, erkennen die bayerischen Kommunen die Leistungen des Freistaats an, jedoch dürfe dabei nicht unter den Tisch gekehrt werden, dass sehr hohe Belastungen in den kommunalen Haushalten verbleiben. „Wenn sich Bund und Land hier nicht stärker beteiligen, wäre das eine kalte Kommunalisierung von Integrationskosten“, urteilte der Städtetagsvorsitzende. (Fortsetzung auf Seite 4)

Der Schwerpunkt liege dabei im oberfränkischen Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge. Deshalb erhielten strukturschwache und besonders vom demografischen Wandel betroffene Kommunen auch weiterhin erhöhte Bedarfswzuweisungen und Stabilisierungshilfen; in diesem Jahr 150 Millionen Euro. So hätten diese wieder eine „finanzielle Perspektive“, erklärte der Kommunalminister.

Leistungsfähigkeit sichern

Von den bei Rechtsaufsichtsbehörden vorgelegten Haushalten der kreisfreien und kreisangehörigen Gemeinden enthalte etwa die Hälfte genehmigungspflichtige Bestandteile. Dies sei z.B. dann der Fall, wenn eine Kommune Kredite für Investitionen aufnehmen möchte, erläuterte der Minister. In jüngster Zeit sei der Anteil der ohne Einschränkungen genehmigten Haushalte jedoch stetig gestiegen, in 2015 habe er bei 86,2% gelegen. Die Aufsichtsbehörden bemühten sich weiterhin um die Sicherstellung einer dauerhaften Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden. **rm**



Die Generation Mitte hat viel zu verlieren und fürchtet den Verlust. Sie wird nicht nur von wirtschaftlichen oder politischen Ängsten geplagt, sondern ist auch immer wieder dem Zweifel an der Selbstoptimierung ausgesetzt. Wo also sind die Antworten, die Sicherheit geben? S. 15

Relaunch bei gemeindezeitung.de

Modernisiertes Layout und deutlich verbesserte Smartphone-Nutzung

Mehr Komfort bei mobiler Nutzung für die Bayerische Gemeindezeitung: Am Montag Morgen hat der Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH die überarbeitete Seite live geschaltet. Die neue Homepage war schon länger online und wurde von Profis sorgfältig getestet. Wir wären Ihnen, liebe Leser, sehr dankbar, wenn Sie www.gemeindezeitung.de besuchen und uns etwaige „Kinderkrankheiten“ an info@gemeindezeitung.de melden würden.

stet werden mussten.“ Auch in jüngster Zeit hätten die Kreise – oft im Verbund mit ihren Gemeinden – bei vielfältigen Herausforderungen bewiesen, dass man sich auf sie verlassen kön-

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Neues Dienstrecht in Bayern:

Erster Preis für beste Gesetzgebung

„Der Freistaat steht zu seinen Beamten. Sie leisten hervorragende Arbeit und haben erstklassige Rahmenbedingungen mehr als verdient“, sagte Finanzminister Dr. Markus Söder anlässlich der Verleihung des 1. Preises der Deutschen Gesellschaft für Gesetzgebung (DGG) an das Bayerische Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat für das „Neue Dienstrecht in Bayern“ als das beste deutsche Gesetz.

Die Preisverleihung fand am vergangenen Dienstag in Berlin statt. „Dies ist der erste Preis für alle bayerischen Beamtinnen und Beamten. Er ist für uns Ansporn, das hohe Niveau nicht nur zu halten, sondern im Interesse Bayerns weiter auszubauen“, so Söder weiter. Der Finanzminister wies auch auf die im Bundesvergleich mit an der Spitze liegende Bezahlung der bayerischen Beamtinnen und Beamten hin: „Es ist besser, Beamter in Bayern zu sein als in anderen Bundesländern: der Vorsprung der bayerischen Besoldung beträgt im Vergleich zu Berlin oder Brandenburg mittlerweile bis zu 15 Prozent.“ Im Vergleich zu NRW erhält ein bayerischer Steuerhauptsekretär im Jahr rund 1.300 Euro mehr.

Bereits zum fünften Mal hat die DGG die Preise für gute Gesetzgebung vergeben, mit denen hervorragende Akte auf dem Gebiet der Rechtssetzung ausgezeichnet werden. Das Bayerische Finanzministerium hat die Jury, der auch der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Andreas Voßkuhle angehört, mit dem „Gesetz zum Neuen Dienstrecht in Bayern“ überzeugt. Das Gesetz setzt die mit der Föderalismusreform 2006 auf die Länder übergebenen Kompetenzen im Bereich des Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrechts für Landesbeamtinnen- und beamtete um. „Die Auszeichnung zeigt die Vorteile von Länderkompetenzen in der Gesetzgebung“, so Söder.

Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 2011 haben sich die Beschäftigungsbedingungen für die bayerischen Beamtinnen und Beamten im Vergleich zu anderen Bundesländern stetig verbessert. Mit der Abschaffung des alten Laufbahngruppensystems zugunsten einer einheitlichen Leistungslaufbahn und einem modernen Besoldungsrecht hat sich Bayern an die Spitze in der Bundesrepublik gesetzt.

Sie lesen in dieser Ausgabe

Integration durch Ausbildung und Arbeit	Seite 2
Schnelle Hilfen für ländliche Gemeinden	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Größte Kommunalentlastung seit Jahrzehnten	3
Bayerns Wasserkraft verbindet Ökologie und Ökonomie	3
GZ-Fachthemen:	
Kommunale Finanzthemen	5 - 8
Abfall · Umwelt	9/10
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	11
Garten- und Landschaftsbau · Kommunalfahrzeuge	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Wirtschafts- und Sozialpolitik:

Integration durch Ausbildung und Arbeit

Erfolgreiche Initiative von Staatsregierung und Partnern

Die von der Bayerischen Staatsregierung, der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, dem Bayerischen Industrie- und Handelskammertag, dem Bayerischen Handwerkstag sowie der Regionaldirektion Bayern, der Bundesagentur für Arbeit am 13. Oktober letzten Jahres ins Leben gerufene Initiative „Integration durch Ausbildung und Arbeit“ zeigt erste Erfolge. Bis Ende August konnten 24.000 Flüchtlinge in Arbeit, Praktika und Ausbildung integriert werden.

Wirtschaftsministerin Ilse Aigner sieht die Integration von Flüchtlingen in den bayerischen Arbeitsmarkt auf einem guten Weg. Das für 2016 angestrebte Ziel von 20.000 Asylanten sei bereits Mitte des Jahres deutlich übertroffen worden, erklärte die Ministerin. Dies unterstreiche

die Notwendigkeit der Initiative. Integration in den Arbeitsmarkt sei wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche gesellschaftliche Integration. Dabei seien bisher viele Eingliederungen auf dem Arbeitsmarkt nur in einfache Helfertätigkeiten erfolgt. Weitere Qualifizierungen

von Flüchtlingen stellen eine Herausforderung dar, die noch viel Zeit in Anspruch nehmen werde. Hierfür seien u.a. passgenaue Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt notwendig.

Herausragende Zusammenarbeit

Die Wirtschaftsministerin verwies darauf, dass kein anderes Bundesland vergleichbare Ansätze zur Arbeitsmarktintegration von bleibeberechtigten Flüchtlingen auf den Weg gebracht habe. Darüber hinaus hob sie das „herausragende Zusammenspiel“ von Staatsregierung und der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft hervor. Auch mit den anderen Partnern habe man ehrgeizige Ziele.

Bis Ende des Jahres soll 20.000 Flüchtlingen ein Praktikums-, Ausbildungs- oder Arbeitsplatz angeboten werden. Und bis Ende 2019 plane man 60.000 Arbeitsmarktintegrationen.

Langfristige Lebensperspektiven

Arbeitsministerin Emilia Müller zeigte sich erfreut über die Situation im Freistaat, wo der Arbeitsmarkt sehr aufnahmefähig sei und so gut dastehe wie nie. Hier hätten Flüchtlinge die besten Chancen für eine Integration in den Arbeitsmarkt. Die aktuellen Zahlen seien Ansporn dafür, weiter gemeinsam an der Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen zu arbeiten. Wenn man diesen die Möglichkeit einer Berufsausbildung und zur Arbeitsaufnahme gebe, könnten sie sich eine langfristige Lebensperspektive aufbauen. Dazu biete die Initiative u.a. umfangreiche Maßnahmen wie Sprachförderung, Hilfen zur Berufsorientierung sowie berufliche Qualifizierung, ergänzte Müller. **rm**

Dorferneuerungsprojekte:

Schnelle Hilfen für ländliche Gemeinden

Seit Mitte August können ländliche Gemeinden bei Dorferneuerungs- und Infrastrukturprojekten wieder Anträge für staatliche Zuschüsse stellen – auch außerhalb von Dorferneuerungsverfahren. Landwirtschaftsminister Helmut Brunner hat dazu jetzt die zweite Antragsrunde in diesem Jahr gestartet. „Wir wollen den Kommunen helfen, überschaubare Projekte wie Dorfplätze, Wege oder Gemeinschaftshäuser rasch und effizient umzusetzen“, sagte der Minister in München. Das aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) geförderte Programm solle eine auf den Erhalt des ländlichen Charakters orientierte Innenentwicklung der Gemeinden sowie einen modernen ländlichen Wegebau voranbringen. Laut Brunner können damit Investitionen zwischen 25.000 und 1,5 Millionen Euro mit einem Fördersatz von 60 Prozent bezuschusst werden. Die Anträge hierfür müssen bis 28. Oktober beim örtlich zuständigen Amt für Ländliche Entwicklung eingereicht werden.

Detaillierte Informationen zum neuen Förderprogramm sowie die Antragsunterlagen gibt es bei den Ämtern für Ländliche Entwicklung sowie im Internet unter www.stmelf.bayern.de/LE-ELER. □

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernhard Gerauer
84181 Neufraunhofen
am 19.9.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Wallner
94356 Kirchroth
am 26.9.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister Andreas Starke
96047 Bamberg
am 17.9.

Bürgermeister Benno Graf
83339 Chieming
am 19.9.

Bürgermeisterin
Eva-Maria Linsenbreder
97271 Kleinrinderfeld
am 21.9.

Bürgermeister Michael Berninger
63906 Erlenbach a. Main
am 22.9.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Roith
94577 Winzer
am 23.9.

Bürgermeister Hajo Gruber
83088 Kiefersfelden
am 27.9.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Horst Reuther
97320 Albertshofen
am 20.9.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Korrektur zu GZ 15
Mit Erschrecken mussten wir feststellen, dass für den Ersten Bürgermeister von Strullendorf, Herrn Wolfgang Desel, der 12.09.2016 als 50. Geburtstag angegeben ist. Herr Bürgermeister Desel hat jedoch bereits am 12.08. Geburtstag gefeiert. Wir bitten, dieses Versehen zu entschuldigen.

Warnsystem KATWARN:

Verstärktes Interesse bei Bayerns Kommunen

München. Das Bevölkerungswarn- und Informationssystem KATWARN stößt nach dem Amoklauf von München und dem Selbstmordanschlag von Ansbach auf zunehmendes Interesse der bayerischen Kommunen.

„Nach den tragischen Ereignissen der letzten Wochen haben uns über zehn Landkreise und kreisfreie Städte aus dem Freistaat Bayern ihr Interesse signalisiert“, berichtet Arno Vetter, Geschäftsführer der CombiRisk GmbH, die Vertragspartner der Kommunen für KATWARN ist – einer gemeinsamen Tochtergesellschaft der Versicherungskammer Bayern und der SV Sparkassenversicherung. Details möchte er mit Rücksicht auf die anstehenden Gespräche noch nicht nennen.

Bislang nutzen in Bayern neben der Landeshauptstadt München sowie den Städten Nürnberg und Bayreuth sechs Landkreise KATWARN.

KATWARN ist ein kostenloser Warndienst für die Bevölkerung. Über das System senden die verantwortlichen Katastrophenschutzbehörden, Feuerwehreinheiten oder Unwetterzentralen behördliche Warninformationen direkt und ortsbezogen auf das Mobiltelefon der betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Damit bietet KATWARN zusätzlich zu Lautsprecheransagen, Sirenen und Rundfunk Informationen, die lebenswichtig sein können.

KATWARN ist als Smartphone-App sowie alternativ – mit eingeschränkten Funktionen – per SMS und eMail verfügbar. Als Smartphone-App gewährleistet KATWARN ortsbasierte Benachrichtigungen über Gefahrensituationen. Nutzer der KATWARN-App können sich zusätzlich zum Standort über sieben

Statistik kommunal für Bayern 2015 erschienen

Rund 2.300 ausgewählte und aktuelle Statistikdaten für alle Regionaleinheiten Bayerns

Das Bayerische Landesamt für Statistik hat soeben die neue Ausgabe des jährlich erscheinenden Werkes „Statistik kommunal für Bayern“ herausgegeben. Darin werden fundierte Regionalprofile für alle kreisangehörigen Gemeinden, kreisfreien Städte, Landkreise und Regierungsbezirke sowie den gesamten Freistaat abgebildet. Jeweils 2.300 ausgewählte statistische Eckdaten beschreiben die aktuelle Situation der Regionaleinheiten hinsichtlich Bevölkerung, Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen.

Die Ergebnisse für Statistik kommunal stammen direkt aus der GENESIS-Datenbank des Bayerischen Landesamts für Statistik. Für den gesamten

Freistaat, jeden der sieben Regierungsbezirke und 71 Landkreise sowie jede der 25 kreisfreien Städte und 2.031 kreisangehörigen Gemeinden wird jeweils ein Heft angeboten. Enthalten sind darin rund 2.300 spezifische Daten in 33 Tabellen sowie 21 Graphiken und Diagramme.

Fundierte Regionalprofile

Die Hefte bilden fundierte Regionalprofile ab und ermöglichen Vergleiche innerhalb und zwischen den Regionaleinheiten. Zeitreihen über mehrere Jahre bzw. Jahrzehnte lassen Entwicklungen erkennen. Jedes Heft wird jährlich neu aufgelegt.

Statistische Eckdaten

Statistische Eckdaten finden sich unter anderem zu den Themen Gebiet, Bevölkerung, Arbeitslosenzahlen, Wahlen, Kindertageseinrichtungen, Schulen, Erwerbstätigkeit, Flächenerhebung, Bodennutzung, Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Gewerbe, Wohnungsbestand und Wohnungsbau, Tourismus, Straßenverkehrsunfälle, Kraftfahrzeugbestand, Sozialhilfe, Einrichtungen für ältere Menschen, Gemeindefinanzen, Lohn-, Einkommen- und Umsatzsteuer, Baulandpreise, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung.

Kostenloser Download

Erhältlich ist „Statistik kommunal für Bayern“ für jede Regionaleinheit als PDF-Datei zum kostenlosen Download unter www.statistik.bayern.de/statistik-kommunal, als gedrucktes Einzelheft (Bestell-Nr. Z50021, Preis: 8,00 € je Regionaleinheit) sowie mit allen Regionaleinheiten zusammen als DVD (PDF, CSV; Bestell-Nr. Z5004A, Preis: 128,00 €, Abo: 64,00 €) unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen und beim Vertrieb des Landesamts (vertrieb@statistik.bayern.de). □

Bürgererlebnis 2020:

Aufruf zur Mitgestaltung

Umfrage und Serviceforum des IPM in Ismaning

Die Hochschule für angewandtes Management (HAM) führt zusammen mit dem Institut für Public Management (IPM) mit Sitz in Ismaning bei München in bayerischen Kommunen eine breit angelegte Studie durch zum Thema „Bürgerservice heute – Bürgerservice morgen“.

„Dabei hoffen wir auf zahlreiche Beteiligung aus Bayerns Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken“, so der Direktor des Instituts, Hans-Peter Mayer.

Die Fragen dienen als hervorragende Checkliste für das Management eines qualifizierten Bürgerservices. Am Ende der Befragung erfolgt die Weiterleitung auf eine getrennte Webseite. Dort kann sich die Kommune für die Zusendung der Studienauswertung Anfang 2017 anmelden.

Unter www.buergererlebnis.de bzw. www.ipm.iun-world.com gelangt man direkt zum Fragebogen. Die Beantwortung und Auswertung der Fragen erfolgt selbstverständlich anonym und vertraulich. Teilnahmeschluss: 15.10.2016.

Die Ergebnisse werden auf dem 2. Serviceforum der Hochschule für angewandtes Management am 01.12.2016 in Ismaning vorgestellt und erläutert. Auch hierzu ergeht herzliche Einladung. Näheres dazu ebenfalls auf der IPM-Homepage. □

Neuer Bayerischer Innovationspreis:

„Zu Hause daheim“

Sozialministerin Müller sucht kreative und innovative Ideen rund ums Thema „Wohnen im Alter“

In der eigenen Wohnung sein Leben selbstbestimmt in der Hand nehmen – so stellen sich die meisten Menschen ihr Leben auch im Alter vor. Bereits heute gibt es zahlreiche Ideen und Projekte, die dies ermöglichen.

„Wie wir im Alter leben werden, betrifft uns alle. Die meisten möchten auch dann in der eigenen Wohnung bleiben, wenn sie auf Unterstützung angewiesen sind. Diese Wünsche wollen wir soweit es geht erfüllen. Deshalb suchen wir innovative und kreative Ideen rund um das Thema ‚Wohnen im Alter‘. Diese werden wir mit dem neuen Innovationspreis ‚Zu Hause daheim‘ auszeichnen, der mit insgesamt 42.000 Euro dotiert ist. Die Projekte sollen neue Impulse geben und Vorbilder für weitere Initiativen sein“, so Bayerns Sozialministerin Emilia Müller.

Das Bayerische Sozialministerium hat erstmals den Innovationspreis ‚Zu Hause daheim‘ ausgelobt. Gesucht werden insbesondere Projekte, die ein selbstbestimmtes Wohnen und Leben im Alter ermöglichen. Das sind beispielhafte Projekte und Angebote aus den Bereichen Wohnberatung, bürgerschaftlich engagierte

Nachbarschaftshilfe, Seniorengemeinschaft, Betreutes Wohnen zu Hause, Wohnen für Hilfe, Quartierskonzept, Seniorenhausgemeinschaft, generationenübergreifendes Wohnen sowie sonstige zukunftsfähige Wohnkonzepte im Vorfeld der Pflege.

Bewerbungen an die Bezirksregierung

Die Bewerbungen sind bis 31.12.2016 bei der jeweiligen Bezirksregierung einzureichen. Je Regierungsbezirk werden drei Preise in Höhe von 3.000 Euro, 2.000 Euro und 1.000 Euro vergeben. Die Preisverleihung findet im Rahmen der Auftaktveranstaltung zur Aktionswoche ‚Zu Hause daheim‘ statt. Die Aktionswoche findet vom 5. bis 14. Mai 2017 bayernweit statt.

Weitere Informationen zum Preis und dem Bewerbungsbogen finden Sie unter www.zu-hause-daheim.bayern.de. □

Staatskanzleiminister Dr. Marcel Huber:

„Sorgentelefon Ehrenamt“

Zum Bürokratieabbau gehört der direkte Draht bei Problemen
Erste Landratsämter für Idee der Ehrenamtslotsen gewonnen

Die Staatskanzlei wird künftig selbst gezielter Ansprechpartner für Ehrenamtler bei der Planung und Organisation von Vereins- und Traditionsfeiern sein. Auf Initiative von Staatskanzleiminister Dr. Marcel Huber startet das „Sorgentelefon Ehrenamt“.

Huber: „Wir wollen den vielen Vereinen und Ehrenamtler kompetente Unterstützung bei ihren Vereinsfesten und Brauchtumsfeiern bieten. Es darf nicht sein, dass das Engagement für Andere in der eigenen Freizeit durch bürokratische Hürden im Keim erstickt wird ... sonst setzt man Bayerns Identität aufs Spiel.“

Im April hatte der Minister die Ehrenamtsoffensive gestartet, um die Durchführung von Vereinsfeiern und bayerischem Brauchtum zu erleichtern. Unnötige Bürokratie soll ausgemistet werden, ohne unverzichtbare Schutzvorschriften aufzuweichen. Bereits in der Umsetzung befindet sich ein Leitfaden der Staatskanzlei, der leicht und verständlich einen Überblick schaffen soll, wie man Veranstaltungen und Brauchtumsfeiern richtig durchführen kann. Der nächste Schritt ist nun die Ehrenamts-Hotline. Staatsminister Huber betonte: „Mit dem Sorgentelefon wollen wir Vorbild sein und Motivator für alle Landkreise, selbst so genannte Ehrenamtslotsen

ins Leben zu rufen. Denn: Die Genehmigungsbehörden vor Ort sind die besten Ansprechpartner für die Vereine und Organisationen und können die richtige Balance zwischen dringend notwendigen Vorschriften z.B. für Sicherheit oder Jugendschutz und verzichtbaren Vorgaben herstellen.“

Das „Sorgentelefon Ehrenamt“ soll ausschließlich Fragen rund um die Durchführung von Vereinsfeiern und Festen beantworten. Die Telefonnummer, die Ende September freigeschaltet wird, lautet: 089/1222212. Es ist eine sinnvolle Ergänzung zu den bestehenden Angeboten des für das Thema Ehrenamt zuständigen Sozialministeriums. 60 vom Sozialministerium geförderte Koordinierungszentren bürgerschaftliches Ehrenamt bieten Ansprechpartner vor Ort. Zusammen mit den örtlichen Freiwilligenzentren und Freiwilligenagenturen ist so eine Beratung zum bürgerschaftlichen Engagement an über 100 Stellen in Bayern möglich. □

GZ-Interview mit RMD-Vorstand Dr. Albrecht Schleich:

Bayerns Wasserkraft verbindet Ökologie und Ökonomie

Die Wasserkraft spielt eine wichtige Rolle für eine grüne Energiezukunft in Bayern. Die Verbindung von Ökologie und Ökonomie ist dabei ein entscheidendes Erfolgskriterium, wie der Vorsitzende des Wasserkraftausschusses im VBEW (Verband der bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft) und RMD-Vorstand Dr. Albrecht Schleich im Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung erläuterte.

GZ: Gerade die Wasserkraft hat für den Industriestandort Bayern seit jeher eine ganz zentrale Rolle gespielt. Wie beurteilen Sie das Potenzial dieser erneuerbaren Energiequelle?

Dr. Schleich: 36 % des Stromverbrauchs wird in Bayern aus Erneuerbaren Energien gedeckt - Tendenz steigend. Allein die Was-

serkraft trägt mit bis zu 15 % zur Deckung des bayerischen Stromverbrauchs bei. Wasserkraft ist aus energiewirtschaftlicher Sicht ein idealer Energieträger: kontinuierlich verfügbar und damit grundlastfähig, gut regelbar, speicherfähig, schadstoff- und CO₂-frei. Wasserkraft ist die effizienteste Art, regenerative Energie rund um die Uhr, wetterunabhängig und in größerer Menge bereitzustellen. Zudem hat sie als Ausgleich zur schwankenden Einspeisung von Sonnen- und Windstrom das Potenzial, einen Beitrag zur Stabilisierung des Stromversorgungsnetzes und damit zur Versorgungssicherheit in Süddeutschland zu leisten.

GZ: Haben Sie ein Beispiel?
Dr. Schleich: Die Jahrhundertflut 2013 hat gezeigt, dass die Anforderungen an den Hochwasserschutz weiter steigen. Dies zu

ben von den Maßnahmen unberührt. Mit der Aufschüttung von großen Wasserbausteinen und Kies auf der Wasserseite entsteht ein Stützkeil oder eine Berme, über der sich dann die erhöhte Dammkrone befindet. Unter Einbeziehung der Verhandlungen entlang der Stauraumufer wird entlang der Damminnenseite ein natürliches Donauufer aus kleinen Inseln, eingebrachten Wurzelstöcken und Flussbausteinen geschaffen. Der Fluss wird ökologisch wieder erlebbar gemacht und die entstandene Ökoberme schafft neue Lebensräume für aquatische Lebensformen.

Das Pilotprojekt wird von der Europäischen Union im Rahmen ihres LIFE+-Förderprogramms zu den Themen Natur- und Umweltschutz mit 655.000 Euro gefördert. Es ist das einzige in Bayern und eines von fünf Projekten bundesweit mit einem Gesamtbudget von rund 1,4 Millionen Euro. Großes Kompliment an die BEW, dass ihr diese Förderzusage gelungen ist.

GZ: Apropos Förderung: Paradoxerweise geraten bei der Energiewende „Made in Germany“ im Bereich Wasserkraft nicht EEG-geförderte große Anlagen mit einer Leistung über 5 Megawatt zunehmend in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Müssen wir uns um die Wasserkraft sorgen?

Dr. Schleich: In der Tat haben wir hier ein Problem; denn große Wasserkraftwerke müssen den erzeugten Strom auf dem freien Markt über die Strombörse verkaufen. EEG-bedingt ist der Börsenstrompreis nun schon seit geraumer Zeit beständig im Abwärtstrend. Wenn der Preis sich nunmehr der 2-ct/kWh-Marke nähert oder diese sogar irgendwann unterschreiten sollte, arbeitet der überwiegende Anteil der großen Anlagen – trotz aller Rationalisierungsmaßnahmen – unter ihren Kosten.

GZ: Gibt es Hoffnung auf Änderung?

Dr. Schleich: Über den VBEW suchen die betroffenen Unternehmen sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene das Gespräch mit der Politik und den Behörden, um auf diese Situation der großen Wasserkraft aufmerksam zu machen. Wir sind zuversichtlich, dass sich in diesem Dialog eine Lösung finden lässt, um die Lage der für die Energiewende so wichtigen großen Wasserkraftanlagen wieder zu verbessern. DK



RMD-Vorstand Dr. Albrecht Schleich und GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel. Bild: Jessica Kassner

erkräftigt mit bis zu 15 % zur Deckung des bayerischen Stromverbrauchs bei. Wasserkraft ist aus energiewirtschaftlicher Sicht ein idealer Energieträger: kontinuierlich verfügbar und damit grundlastfähig, gut regelbar, speicherfähig, schadstoff- und CO₂-frei. Wasserkraft ist die effizienteste Art, regenerative Energie rund um die Uhr, wetterunabhängig und in größerer Menge bereitzustellen. Zudem hat sie als Ausgleich zur schwankenden Einspeisung von Sonnen- und Windstrom das Potenzial, einen Beitrag zur Stabilisierung des Stromversorgungsnetzes und damit zur Versorgungssicherheit in Süddeutschland zu leisten.

GZ: Wie stellt sich die Situation momentan dar?

Dr. Schleich: Der Anteil der rund um die Uhr verfügbaren Wasserkraft an den Erneuerbaren beträgt derzeit noch rund ein Drittel – Tendenz sinkend aufgrund des weiteren Zubaus von Photovoltaik und Wind.

GZ: Erneuerbare Energien – jeder will sie und dann doch wieder nicht, weil sie in Natur und Landschaft eingreifen. Wie löst man dieses Dilemma?

Dr. Schleich: Ökologie und Ökonomie bei der Wasserkraftnutzung sind kein Widerspruch, sondern gut miteinander vereinbar. Natürlich ist auch die Wasserkraft – wie jede Stromerzeugungsform – nicht gänzlich nebenwirkungsfrei. Aber wir sind in der Lage und bereit, diese Nebenwirkungen zu minimieren und sogar noch ökologischen Zusatznutzen zu schaffen.

GZ: Was heißt das konkret?

Dr. Schleich: Die positiven Effekte der Wasserkraftnutzung beschränken sich ja nicht nur auf die zuverlässige Bereitstellung sauberer Strom rund um die Uhr. Vielmehr haben Wasserkraftwerke neben der Stromerzeugung auch einen klaren Zusatznutzen, denn sie leisten wichtige Beiträge zur Reinhaltung der Fließgewässer durch das Rausfischen zig tausender Tonnen von Wohlstandsmüll jedes Jahr; zum Hochwasserschutz sowie zur Stabilisierung der Flusssohlen und damit der Grundwasserspiegel. Die Wasserkraftwerke mit ihren Stauräumen sind also nicht das

kombinieren mit einer spürbaren ökologischen Verbesserung der Gewässersituation, ist eine große Herausforderung.

Hochwasserschutz heißt normalerweise Dammbau bzw. Dammerhöhung mit entsprechenden Eingriffen in die Ufernatur. Um solche Eingriffe zu vermeiden, haben die Bayerischen Elektrizitätswerke (BEW) als Betreiberin der mehrheitlich der Rhein-Main-Donau AG gehörenden Wasserkraftwerke an der schwäbischen Donau einen sehr innovativen Ansatz entwickelt – das Projekt InADaR (Innovative Approach for Dam Restoration). Erstmals in Bayern sollen an den bayerischen Donau-Staustufen Oberelchingen bei Ulm und Offingen bei Günzburg bis 2017 Pilotstrecken in den Stauräumen umgesetzt werden.

Normalerweise bedarf eine Dammerhöhung von 50 cm einer Standflächenverbreiterung des Damms von rund 2 m. Der benötigte Platz für den Hochwasserschutz entsteht nun direkt im Stauraum und nicht an Land, wo die Auwälder angrenzen; sie blei-

Flüchtlinge aufs Land!?

Sommerkolloquium der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum und der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung

Ballungsräume und städtische Zentren wachsen – während viele ländliche Räume an Bevölkerung verlieren. Auch Flüchtlinge scheinen Metropolen und dynamische Wirtschaftszentren zu bevorzugen. Doch angesichts der Wohnraumprobleme und Segregationsgefahren in manchen größeren Städten auf der einen Seite, der Leerstandsproblematik in Dörfern und der Facharbeiterknappheit auf der anderen Seite, werden Forderungen laut, die Migrationsbewegungen gleichmäßiger zu verteilen, vor allem zwischen Stadt und Land. Der Frage „Flüchtlinge aufs Land?“ ging das Sommerkolloquium der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum mit der Hanns-Seidel-Stiftung in München nach.

Nach Auffassung des Münchner Soziologen Prof. Dr. Armin Nassehi ist die Einwanderung, die aktuell geschieht, eine besondere Form, denn: „Flucht ist ungeplant und kaum steuerbar. Und man muss es deutlich sagen: Niemand hat sie gewollt.“ Die Bundesrepublik Deutschland bezeichnet er als „ein erfolgreiches Einwanderungsland – obwohl sie nie Einwanderungsland sein wollte.“ Von einer erfolgreichen Integration könne dann gesprochen werden, wenn das Leben in der

Gesellschaft nicht vom Merkmal „Migrant“ bestimmt ist und „Integration“ nicht thematisiert werden muss. Integration gelinge dann, wenn Menschen am Alltag teilhaben und Werte und Bekenntnisse nicht ausdrücklich kommuniziert werden müssen, sondern miterlebt und selbst gelebt werden können, urteilte Nassehi.

Für Thomas Huber, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Demographische Entwicklung der CSU-Landtagsfraktion, wäre es wichtig, die Menschen ausgewogen

Liebe Leserinnen und Leser,

sie sind rarer geworden, aber es gibt sie doch noch in der Politik: Gute Nachrichten über positive Verhandlungsergebnisse und optimistische Stimmung aufgrund von erfreulichen Entwicklungen.

So oder jedenfalls so ähnlich könnte man die Situation um die Beschlüsse hinsichtlich der deutlich verbesserten finanziellen Rahmenbedingungen für unsere Kommunen beschreiben. Noch schöner ist es natürlich, wenn man nicht nur darüber berichtet, sondern auch live dabei war und sogar seinen eigenen Beitrag dafür leisten durfte.

Konkret meine ich damit zum einen den beschlossenen Verteilmodus zur jährlichen Kommunalentlastung des Bundes in Höhe von 5 Mrd. EUR (ab 2017) und die Übernahme der Flüchtlingskosten, zum anderen den Rekordfinanzausgleich 2017 in Bayern in Höhe von 8,82 Mrd. EUR.

Größte Kommunalentlastung seit Jahrzehnten

Bei den 5 Mrd. EUR Kommunalentlastung im Zusammenhang mit dem Bundesteilhabegesetz hat die KPV lange und hartnäckig auf Bundesebene dafür gekämpft, dass die Verteilung der Gelder nicht zum Nachteil der bayerischen Kommunen ausgestaltet wird. Immerhin ging es hier um nicht weniger als plus-minus 300 Mio. EUR Entlastung jährlich. Unser Ministerpräsident Horst Seehofer hat sich letztendlich bei den Verhandlungen zwischen Bund und Ländern um den Verteilungsschlüssel in unserem gemeinsamen Sinne durchgesetzt: 4 Mrd. werden über eine Aufstockung des Bundesanteils an den SGB II-Unterkunfkosten (KdU) um 1,6 Mrd. EUR (Anteil Bayern rund 114 Mio. EUR) sowie eine parallele Erhöhung des gemeindlichen Umsatzsteueranteils (US) um 2,4 Mrd. EUR (Anteil Bayern rund 375,5 Mio. EUR) direkt vom Bund zu Landkreisen, Städten und Gemeinden transferiert. Die verbleibende 1 Mrd. EUR wird aus Gründen der Verteilungsgerechtigkeit zunächst an die Länder gezahlt. Als KPV gehen wir aber davon aus, dass der Freistaat diese Gelder (Anteil Bayern rund 156,3 Mio. EUR) wie vereinbart direkt und zusätzlich zum bestehenden Finanzausgleich an die bayerischen Bezirke weiterleiten wird. Rund 650 Mio. EUR hat die kommunale Familie ab 2018 dadurch pro Jahr mehr zur Verfügung. Damit lässt sich etwas anfangen und bereits im Vorgriff auf die maximale Höhe wird 2017 die Entlastung weiter stufenweise ansteigen.

Auch unsere KPV-Forderung nach einer Übernahme aller Unterkunfkosten für anerkannte Flüchtlinge wurde beschlossen. Die Maßnahme ist erst einmal begrenzt bis 2018, aber es spricht kein Grund dagegen, den Modus auch darüber hinaus so weiterzuführen.

Kommen wir zum kommunalen Finanzausgleich, dem Herzstück der Beziehungen zwischen



dem Freistaat Bayern und seinen Kommunen. Wie in den vergangenen Jahren wird er auch im Jahr 2017 wieder auf Rekordniveau weitergeführt. Auch hier ist es der KPV gelungen, inhaltliche Akzente zu setzen.

Im Rahmen einer Sitzung des geschäftsführenden KPV-Landesvorstands haben wir unsere Forderungen persönlich bei den zuständigen Staatssekretären des Innern und der Finanzen sowie den Spitzenbeamten beider Ministerien vorgestellt. Zudem haben wir noch mit den Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände vor den entscheidenden Sitzungen Kontakt aufgenommen.

Und das Beste: Der Aufwand hat sich tatsächlich gelohnt. Die zentralen Forderungen der Kommunalpolitischen Vereinigung wurden vollständig übernommen.

- Der kommunale Finanzausgleich des Freistaats Bayern steigt im Jahr 2017 um 260 Mio. EUR auf dann 8,82 Mrd. EUR an.
- Die Schlüsselzuweisungen erhöhen sich bayernweit um 63,6 Mio. EUR auf 3,29 Mrd. EUR.
- Die Finanzaufweisungen (Kopf-Beträge für Landkreise, Städte und Gemeinden für die Übernahme von Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis) erhöhen sich um 34 Mio. EUR auf 462 Mio. EUR.
- Die Zuweisungen nach Art. 10 FAG für Schulen, Kindertageseinrichtungen u. a. erhöhen sich wie gefordert um 70 Mio. EUR auf 500 Mio. EUR.

Doch wie macht sich das in den einzelnen Gebietskörperschaften in barer Münze bemerkbar? Ich habe die Verbesserungen für meinen Landkreis Donau-Ries mit seinen Städten und Gemeinden einmal beispielhaft hochgerechnet:

Man kann davon ausgehen, dass durch den kommunalen Finanzausgleich, durch den günstigen Verteilungsschlüssel bei der Kommunalentlastung des Bundes und durch die Übernahme der SGBII-Kosten für anerkannte Flüchtlinge, der Landkreis Donau-Ries 2017 um rund 1 Mio. EUR und die Städte und Gemeinden um gut 2 Mio. EUR entlastet werden. Besonders spürbar sind die deutlich höheren Zuschüsse im kommunalen Hochbau über den Finanzausgleich. Da sich der Regelförderungssatz von 40 % auf 50 % erhöht, bedeutet dies für den Landkreis Donau-Ries allein bei einem großen Schulbauprojekt rund 1 Mio. EUR mehr Zuschuss. In anderen Kommunen werden sich die Beschlüsse ähnlich positiv auswirken.

Summa summarum können wir ohne Umschweife davon sprechen, dass die 2017 und 2018 anstehenden Änderungen die größte Kommunalentlastung seit Jahrzehnten darstellen. Unter anderem hat dabei auch die KPV durch geschlossenes Auftreten und konsequente Argumentation einen ihrer größten politischen Erfolge erzielt. Dies spornt uns weiter an für die kommunale Familie zu kämpfen und lässt uns – trotz einer Vielzahl schwierigster Herausforderungen – grundsätzlich optimistisch in die Zukunft blicken.

Ihr Stefan Rößle
Landrat, KPV-Landesvorsitzender

berechtigte nach ihrer Anerkennung in großer Zahl aus den ländlichen Räumen in die Verdichtungsgebiete abwandern, kann derzeit nicht bestätigt werden.

2. Der Wohnungsmarkt ist auch in vielen ländlichen Gebieten sehr angespannt. Aufgrund vieler Fragezeichen im Hinblick auf das Wanderungsverhalten der Flüchtlinge ist eine Prognose der Wohnungsnachfrage in vielen ländlichen Gebieten unsicher und risikoreich. Dies hemmt die private Investitionstätigkeit.

3. Nicht zuletzt aufgrund der Probleme bei der Wohnraumversorgung auch in vielen ländlichen Gebieten nimmt die Zahl der Fehlbeleger in den Unterkünten zu. Gleichzeitig werden dezentrale Unterkünfte nach Möglichkeit aufgelöst.

4. Bildung, berufliche Qualifizierung und Erlernen der deutschen Sprache sind wesentliche Bausteine der Integration. Umgekehrt müssen die regionalen Gesellschaften im ländlichen Raum offen für Neues sein, Internationalität „leben“ und das Bildungssystem entsprechend anpassen.

5. Die Integration in das Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsystem steht erst am Anfang. Entgegen landläufiger Meinung gibt es auch in ländlichen Gebieten Arbeitsplätze für Personen im Kontext von Fluchtmigration.

6. Bei den Flüchtlingen stehen derzeit folgende Tätigkeitsbereiche (überwiegend „Helfer“-Niveau) im Vordergrund: Gastronomie, Verpackung, Lagerung, Logistik und Transport, Reinigung, Herstellung und Verkauf von Lebensmitteln. Diese Tätigkeitsbereiche gibt es durchaus auch in ländlichen Gebieten. Problem: Bisher nur sehr wenige Angaben über Berufstätigkeit der Befragten in akademischen Berufen möglich (z.B. Human- und Veterinärmediziner, Lehrer und Journalisten). Wahrscheinlich sind höher qualifizierte Befragte unterhalb ihres Bildungsniveaus beschäftigt.

7. Der Zugang zum Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsystem stellt viele Flüchtlinge in Stadt und Land gleichermaßen vor hohe Hürden. Wesentliche Hemmnisse sind (Fortsetzung auf Seite 4)

Leistungsfähig und bürgernah ...

(Fortsetzung von Seite 1) und Sozialhilfe zu übernehmen. Ich denke, wir haben seit mehr als einem Jahrzehnt in den anfangs 69 und derzeit 105 kommunalen Jobcentern (Optionskommunen) bewiesen, dass wir der gewachsenen Verantwortung gerecht geworden sind und der Wettbewerb der Systeme den Langzeitarbeitslosen im Lande geholfen hat.“

Wenn die Arbeit des Landkreistages auf große Anerkennung stoße, gelte diese in allererster Linie den Landkreisen, ihren Mitarbeitern sowie den tausenden ehrenamtlich mitwirkenden Kommunalpolitikern.

Bezogen auf die „verfassungsrechtlichen Spielregeln“ habe der Deutsche Landkreistag insbesondere in den vergangenen 20 Jahren erfolgreich auf Strukturentscheidungen eingewirkt. „Hier ist die im Zuge der ersten Föderalismusreform im Sommer 2006 erfolgte Unterbindung des direkten Durchgriffs des Bundes auf die kommunale Ebene zu nennen, wodurch ab diesem Zeitpunkt ein wirksamer Mechanismus zur Beendigung der Überwälzung immer neuer finanzieller Belastungen auf die Kommunen geschaffen wurde.“

Auch sei es gelungen, finanzielle Ausgleichspflichten der Länder bei Aufgabenübertragungen auf die kommunale Ebene seit Ende der 1990er Jahre in allen Landesverfassungen zu etablieren bzw. konsequenter auszugestalten. „Das war ebenfalls ein großer Erfolg, selbst wenn es bei der Umsetzung in einzelnen Ländern immer wieder einmal hakt.“ Dass dieser Kampf als Daueraufgabe immer wieder neu geführt

werden müsse, belege die zeitgleich zum Verbandsjubiläum verkündete Verfassungsänderung im Saarland. Diese erfasse ausdrücklich auch die kostenträchtige Erweiterung bestehender Bundesgesetze – vor allem im Sozialbereich. Daher dürfe sich das Land beim in Aussicht genommenen Konnexitätsausführungsgesetz einfachgesetzlich nicht wegduckern, sondern müsse seine Finanzierungspflicht gegenüber Landkreisen, Städten und Gemeinden konsequent ausgestalten, machte Sager deutlich.

Unentbehrlicher Partner

„Der Deutsche Landkreistag ist für die Bundesregierung ein unentbehrlicher Partner“, würdigte Bundeskanzlerin Angela Merkel die Leistungen des Kommunalverbandes.

Sie hob u. a. die Anstrengungen des Bundes, die Kommunen finanziell zu entlasten, hervor – etwa im Zusammenhang mit der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder den flüchtlingsbedingten Wohnkosten. Zwar seien die wirtschaftliche Lage und die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte besser geworden, dennoch hätten viele Kommunen Finanzsorgen und könnten notwendige Investitionen nicht tätigen. Gleichfalls sei das Thema der Flüchtlingsintegration von größter Bedeutung, auch im Zusammenhang mit den komplizierten Fragen der Wohnsitzzuweisung. Der Deutsche Landkreistag bringe sich engagiert und mit viel Sachverstand in die Bundesgesetzgebung ein, beispielsweise in Bezug

auf das Bundesteilhabegesetz, unterstrich Merkel.

DLT-Präsident Sager dankte der Kanzlerin für die Würdigung der Verdienste des Deutschen Landkreistages sowie für ihre Gesprächsbereitschaft und Wertschätzung der Arbeit der Landkreise, Städte und Gemeinden im Zusammenhang mit der Flüchtlingsaufnahme und -integration. Die Kanzlerin hatte die Präsidenten und Hauptgeschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände zur Erörterung der Lösungsansätze und gebotenen Rechtsänderungen bei der Flüchtlingsunterbringung und -integration seit September des vergangenen Jahres zu sechs ausführlichen separaten Gesprächen unter Beteiligung zahlreicher Bundesressorts eingeladen. Ein weiteres Gespräch findet demnächst statt.

Steuerung des demografischen Wandels

Auch in Zukunft stehen nach Sagers Worten wesentliche Aufgaben zur Bewältigung an: „Das gilt insbesondere für die aktive Steuerung des demografischen Wandels und die Aufrechterhaltung einer zukunftsorientierten Infrastruktur auch in der Fläche. Insoweit setzen wir auf eine weiterhin ertragreiche Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bundestag, der Bundesregierung, den einzelnen Ländern und dem Bundesrat“, erklärte der Präsident.

Bundesratspräsident Stanislaw Tillich warnte vor finanziellen Belastungen der Landkreise und Städte als Folge politischer Entscheidungen auf Bundes- und Länderebene. Der sächsische Regierungschef sprach von einer „gewissen Leichtigkeit“, in Berlin etwas zu entscheiden, das die unteren Ebenen in der Folge administrativ und finanziell schultern müssten.

Im Anschluss an die Jubiläumsfeierlichkeiten tagte das Präsidium des kommunalen Spitzenverbandes. Mit Blick auf die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in den Landkreisen griff der DLT-Präsident einige für den Deutschen Landkreistag wesentliche Punkte heraus: „Der deutliche Rückgang der Zahl der Flüchtlinge wirft die Frage auf, ob die in den Ländern und Kommunen zur Unterbringung der Schutzsuchenden geschaffenen Kapazitäten aufrechterhalten werden sollen. Dazu ist klar zu sagen: Wir sind gut beraten, die Unterbringungskapazitäten zumindest vorübergehend so beizubehalten, dass sie bei einem möglicherweise sehr kurzfristigen Anstieg der Zahl der Asylsuchenden sofort genutzt werden können.“

Integration der Zugewanderten

Man werde sich auf kommunaler Ebene mit aller Kraft auf die Integration der Zugewanderten konzentrieren, benötige aber beispielsweise für Investitionen in Wohnraum und Integrationsangebote auch Planungssicherheit. In den Landkreisen müssten geeignete Strukturen geschaffen bzw. ausgebaut werden, um eine gebündelte Betreuung zu ermöglichen. „Insofern ist es gut, dass das Integrationsgesetz nunmehr in Kraft getreten ist. Es regelt z. B., dass Flüchtlinge ihren Wohnsitz in demjenigen Bundesland nehmen müssen, dem sie für die Dauer ihres Asylverfahrens zugewiesen wurden. Darüber hinaus können die Länder eine konkrete Zuweisung in bestimmte Landkreise und kreisfreie Städte vornehmen.“ Sager bezeichnete diese Möglichkeit als wichtiges Instrument für gelingende Integration.

Zur effektiven Umsetzung einer Wohnsitzauflage vor Ort sei erforderlich, diese auch durchset-

zen zu können. „Das heißt konkret, dass Verstöße gegen die Wohnsitzauflage geahndet werden können müssen. In der Sozialhilfe ist dies durch Leistungskürzungen bereits vorgesehen. Dies muss auch für Personen greifen, die von den Jobcentern betreut werden. Hier ist der Gesetzgeber erneut gefordert.“ Auch sei notwendig, dass die Länder entsprechende Ausführungsbestimmungen erlassen. „Ansonsten verschenkt die Wohnsitzauflage ihr Potenzial und macht die Integrationsplanung der Landkreise nicht einfacher.“ Auch sei auf eine praktikable Ausgestaltung in den Ländern zu achten: „Vor allem muss die Verteilung der Länder auf die Kommunen grundsätzlich ohne Prüfung des Einzelfalls durch die Ausländerbehörden vonstattengehen.“

Schließlich kam der Verbandschef auf die Wohnkosten anerkannter Flüchtlinge zu sprechen: „In den nächsten drei Jahren wird der Bund diese Kosten vollstän-

dig übernehmen. Damit wird unsere Forderung erfüllt. Und den Landkreisen und Städten wird in dieser Hinsicht der Rücken frei gehalten. Auch für die Jahre nach 2018 brauchen wir eine Kostenübernahme, über die zu gegebener Zeit zu sprechen sein wird.“

Stärkung der kommunalen Finanzkraft

Zudem thematisierte er die Stärkung der kommunalen Finanzkraft um jährlich 5 Mrd. Euro ab 2018, die teilweise ebenfalls über eine Aufstockung des Bundesanteils an den SGB II-Unterstützungskosten erfolgen solle. „Die vorgesehenen Regelungen sichern noch nicht vollständig die beabsichtigten Entlastungsbeträge. Sowohl bei der Ermittlung der tatsächlichen flüchtlingsbedingten Mehrkosten als auch bei der für die 5 Mrd. Euro-Stärkung vorgesehenen Erhöhung der Bundesbeteiligung an den SGB II-Unterstützungskosten muss nachgesteuert

werden. Wichtig ist sicherzustellen, dass die Übernahme der flüchtlingsbedingten Wohnkosten nicht bei den 5 Mrd. Euro zur Stärkung der Kommunen in Ansatz gebracht wird. Ansonsten erreicht die Stärkung der kommunalen Finanzkraft nicht die volle Höhe, sondern es wird das Spiel „Rechte Tasche, linke Tasche“ gespielt. Es geht hier nach unseren Berechnungen immerhin um einen Betrag in einer Größenordnung von rund 300 Mio. Euro pro Jahr, auf den wir bestehen“, so Sager. Er erläuterte weiter, dass sich Bund und Länder in Bezug auf 1 Mrd. Euro der zugesagten 5 Mrd. Euro darauf verständigt hätten, diese „aus Gründen der Verteilungsgerechtigkeit“ zunächst an die Länder zu geben. „Wir erwarten, dass die Länder diese Milliarde zu 100 % an die Landkreise, Städte und Gemeinden weiterleiten. Schließlich handelt es sich um Geld, das den Kommunen zugutekommen soll“, unterstrich Sager. **DK**

Zeit für Verhandlungen ...

(Fortsetzung von Seite 1) Nach seinen Ausführungen hatte Ministerpräsident Horst Seehofer Gesprächsbereitschaft für eine Unterstützung der Kommunen bei den Kosten zugesagt. In einem „open-book-Verfahren“ hätten die kommunalen Spitzenverbände die Kosten der kommunalen Ebene offen gelegt, um sich dann gemeinsam mit dem Freistaat über einen angemessenen aufgabenbezogenen finanziellen Ausgleich zu verständigen.

Laut Maly beliefen sich die nicht durch Einnahmen gedeckten Gesamtaufwendungen im Jahr 2015 auf rund 212 Millionen Euro. „Diese Zahl ist nur eine Momentaufnahme des Jahres 2015 aus kreisfreien Städten und Landkreisen. Im Jahr 2016 sind deutliche Steigerungen zu erwarten, insbesondere wegen des geplanten Stellenaufwuchses“, so der Verbandschef. Auch bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden schlugen sich die finanziellen Mehrbelastungen in den Haushalten nieder, die aber aktuell noch nicht beziffert werden können. Hinzu kämen Kosten von weiteren Integrationsmaßnahmen.

„Wie eine heiße Kartoffel ...“

Nach Malys Ansicht wird die Kostendarstellung der Kommunen „wie eine heiße Kartoffel zwischen Sozialministerium, Innenministerium, Staatskanzlei und Finanzministerium hin und her geworfen“. Bislang hätten die kommunalen Spitzenverbände noch keine schriftliche Antwort zu Gesprächen über das „open-book-Verfahren“ erhalten. Beim Spitzengespräch zum kommunalen Finanzausgleich 2017 seien die flüchtlingsbedingten Mehrbelastungen der Kommunen einvernehmlich ausgeklammert worden, weil die Transfermechanismen innerhalb des Finanzausgleichs mit Ausnahme der Hochbauförderung keinen zielgerichteten Kostenausgleich ermöglichen.

Es sei vereinbart worden, Gespräche über die Kosten für volljährig gewordene unbegleitete Flüchtlinge, die nicht gedeckten Aufwendungen der Kommunen für Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern und die vom Bund für diese Aufgaben zusätzlich zu erwartenden Mittel zu führen.

Nach der Einigung zwischen Bund und Ländern im Juli 2016 über weitere Bundesmittel zur Finanzierung der Integrationskosten in Höhe von insgesamt 7 Milliarden Euro und der Aussage von Finanzminister Dr. Markus Söder, dass es sich hierbei primär um Mittel zur Entlastung der Länder handele, sei nun die Zeit für Verhandlungen gekommen, bekräftigte Ulrich Maly. Von den

Integrationsmitteln in Höhe von 6 Milliarden Euro, die der Bund den Ländern für die Jahre 2016, 2017 und 2018 zur Verfügung stellt, werde der Freistaat mehr als 310 Millionen Euro jährlich erhalten. Hinzu komme in den Jahren 2017 und 2018 der bayerische Anteil an den Bundesmitteln von einer Milliarde Euro für den Wohnungsbau. Die kommunale Ebene müsse in einem angemessenen Umfang an den Bundesmitteln beteiligt werden – „dies muss sich im Doppelhaushalt 2017/2018 abbilden“.

Aufgabenbezogene Entlastungen

Maly zufolge erwarten Bayerns Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke, dass aufgabenbezogene Entlastungen in folgenden Bereichen vereinbart werden:

- Entlastung der Kommunen bei den ungedeckten Verwaltungskosten, insbesondere durch den Vollzug des Asylbewerberleistungsgesetzes und in der wirtschaftlichen Jugendhilfe.
- Bereitstellung finanzieller Mittel für die hauptamtliche Begleitung von ehrenamtlichen Helfern und Helfern und das freiwillige bürgerschaftliche Engagement.
- Erhöhung der Kostenerstattung für Asylsozialberatung und Integrationsberatung.
- Übernahme des kommunalen Förderanteils der Städte, Märkte und Gemeinden nach dem BayKiBiG (Bayerisches Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz) für Kinder anerkannter Flüchtlinge und Asylbewerber.
- Berücksichtigung der Bundesmittel im allgemeinen Steuerverbund.
- Darüber hinaus erwarten die Kommunen die vollständige Übernahme der Jugendhilfekosten. Wie der Städtetagsvorsitzende deutlich machte, sei der Freistaat das einzige Bundesland, das die Kosten der Jugendhilfe für Flüchtlinge kommunalisiert. Dies geschehe über die Bezirksumlage, die kreisfreie Städte und Landkreise bezahlen. Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden wiederum seien über die Kreisumlage betroffen.

Wegen der gesetzlich vorgeschriebenen Inobhutnahme der unbegleiteten minderjährigen Ausländer im Zuge der Jugendhilfe, auf die Heranwachsende bei einem jugendhilferechtlichen Bedarf auch nach Erreichen der Volljährigkeit Anspruch haben, seien die bayerischen Kommunen enorm belastet, fuhr Maly fort. Die Kostenerstattungspflicht sei in Bayern auf die Bezirke übertragen und die Jugendhilfekosten würden nur für Minderjährige vom Staat finanziert. Aufgrund dieses bayerischen Sonder-

wegs wachse der Anteil der Kosten stetig, der bei den Bezirken verbleibe: Zu Beginn des Jahres 2016 waren von knapp 16.000 unbegleiteten jungen Ausländern mit Jugendhilfebezug 2.657 Fälle volljährig (16 Prozent). Zum 30. Juni 2016 hat sich bei deutlich abnehmender Gesamtzahl von 11.413 der Anteil der Volljährigen auf 3.394 Fälle erhöht (30 Prozent) und damit fast verdoppelt.

Maly zufolge verschiebt sich die Lastenverteilung vom Freistaat – für die unbegleiteten minderjährigen Ausländer – immer stärker auf die Bezirke, was letztlich wiederum als Umlagezahler die Landkreise und kreisfreien Städte trifft. Da die Jugendhilfe hier klassische Integrationsarbeit leistet und keine kommunale Veranstaltung vorliegt, erwarteten die Kommunen, dass der Freistaat die Jugendhilfekosten auch für unbegleitete heranwachsende Ausländer trägt, wie dies ohnehin bundesgesetzlich vorgesehen ist. Auch alle anderen Bundesländer kämen für diese Kosten auf.

Bedenken bei G8/G9

Deutliche Worte fand Ulrich Maly zum Thema Bildung. So kritisierte er die Staatsregierung für ihre „unentschlossene Haltung zum G9“. Den Schulen ab 2018/19 die Wahlfreiheit zwischen G8 und/oder G9 zu geben, dürfe nicht bedeuten, dass die Kommunen auf den Kosten sitzen bleiben.

Der Städtetagschef geht davon aus, dass sich die große Mehrheit der Gymnasien für die neunjährige Variante entscheiden wird. Kosten würde dies langfristig bis zu 1,5 Milliarden Euro – Ausgaben, fällig für Erweiterungs- und Schulneubauten, die die Städte und Gemeinden nicht alleine schultern könnten. Zudem könne es nicht sein, die Kosten einfach zu kommunalisieren. Maly: „Wenn eine Mehrheit der Eltern und Kinder das G9 als richtige Variante sieht, dann werden sich die Rathäuser dem nicht entziehen können – wo wir dann schon den dringenden Wunsch an den Freistaat richten möchten, dass er uns dabei bitteschön als Sachaufwandsträger nicht alleine lassen möchte.“

Da der Ausbau der achtzügigen Gymnasien aber nicht plötzlich passiere, sei das Zeitfenster für Verhandlungen durchaus noch geöffnet. „Unser Ministerpräsident hat die Koalition mit der Bevölkerung und insofern glaube ich, dass die Staatsregierung hier ein Interesse am Gelingen des neuen Modells haben muss. Das kann sich nicht in guten Ratschlägen für die kommunale Familie erstrecken, sondern da ist ein Stück Eigenbeteiligung sicher sinnvoll“, unterstrich Maly. **DK**

Flüchtlinge aufs Land ...

(Fortsetzung von Seite 3) nisse sind Kriegs- und Unterdrückungserfahrungen, traumatische Fluchtsituationen, Fehlende / unzureichende deutsche Sprachkenntnisse, schulische Bildungsdefizite, fehlende oder nicht anerkannte Berufsabschlüsse, kulturelle Unterschiede (Arbeitssuche, Arbeitsalltag, etc.), mangelnde Einbindung in soziale Netzwerke, teilweise rechtliche Unsicherheiten bei den Betroffenen.

8. In den ländlichen Räumen sind die zentralen Orte grundsätzlich als Standortprinzip geeignet, um Flüchtlingen bei der Integration zu helfen. In zentralen Orten können am besten die Grundfunktionen Wohnen, Bilden, Arbeiten, Versorgen und in Gemeinschaft leben auf kurzem Weg sichergestellt werden.

9. Bei der Schaffung attraktiver Lebens- und Arbeitsbedingungen für Menschen mit Fluchthintergrund ist besonders auch die teils räumliche Ebene gefordert.

Viele Standortvorteile ...

Fazit: Der ländliche Raum bietet viele Standortvorteile, damit Integration gelingen kann. Dazu gehören die in der Regel gut funktionierenden sozialen Netzwerke, die dezentral aufgestellte, flexible Bildungsinfrastruktur mit teilweise freien Kapazitäten oder die vielen offenen Arbeitsstellen.

Ein solches Netzwerk präsentierte Bürgermeister Dieter Möhring, 1. Bürgermeister von Aidhausen, einer Mitgliedsgemeinde der unterfränkischen Hofheimer Allianz. Schon früh hat sich die Interkommunale Arbeitsgemeinschaft mit dem Flüchtlingszustrom beschäftigt und neben einer Asylberatung eine klare Organisationsstruktur aufgebaut. Der „Freundeskreis Asyl“ arbeitet mit den caritativen Einrichtungen und den Helferkreisen und Selbsthilfegruppen vor Ort zusammen. Vom Aufnahmezentrum in der Stadt Haßfurt

aus werden Flüchtlinge in dezentrale Unterbringungen vermittelt. Möhring zufolge gibt es bis auf das Thema Mobilität bzw. Mobilitätskosten keine Probleme wegen der dezentralen Unterbringung. Viele Flüchtlinge, die eigentlich in andere Städte weiter wollten, um in die Nähe von Verwandten und Bekannten zu kommen, blieben nun doch.

... und große Potenziale

Laut Wolfgang Ewald, Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, bieten die ländlichen Räume für die Integration gute Voraussetzungen und vielfältige Potenziale. Die Zuwanderung ist vor dem Hintergrund des demografischen Wandels auch als Chance für die ländlichen Räume zu sehen. Eine nachhaltige Integration gelinge allerdings nur dann, wenn der erforderliche gesellschaftliche Veränderungsprozess vor Ort aktiv gestaltet wird.

Die Landentwicklung könne hierfür wichtige Beiträge leisten. Dabei gehe es neben der Begleitung der Veränderungsprozesse um die Umnutzung leerstehender Bausubstanz und Soziale Dorfentwicklung sowie die Sicherstellung von Daseinsvorsorge und Mobilität.

Für ein erfolgreiches Handeln sollten nach Ansicht Ewalds weitere Voraussetzungen gegeben sein: Ausreichende Steuerung von Flüchtlingen in die ländlichen Räume, möglichst große Passfähigkeit von Zuwanderern und Aufnahmeregion, Schwerpunktsetzung auf Familien und Wahrung von Mindestgruppengrößen gleicher gemeinsamer sozialer und kultureller Wurzeln, Öffnung aller Maßnahmen auch für andere sozial schwache Gruppen sowie Bereitstellung zusätzlicher Mittel auch für die ländlichen Räume. Nunmehr sei es wichtig, alle Unterstützungsmöglichkeiten von Land und Bund abzustimmen, mahnte Ewald. **DK**

Banken im Umbruch

DSGV-Präsident Georg Fahrenschoen bei Handelsblatt-Jahrestagung in Frankfurt

Bei der Handelsblatt-Jahrestagung „Banken im Umbruch“ in Frankfurt am Main hat DSGV-Präsident Georg Fahrenschoen erneut scharf die schwierigen Rahmenbedingungen kritisiert, die Europas Verwaltung und die Europäische Zentralbank für die deutsche Kreditwirtschaft kreieren.

„Europa muss umkehren – zurück zum Prinzip der Eigenverantwortung“, hob Fahrenschoen hervor. Das gelte besonders beim Thema Bankenunion. Finanzgeschäfte würden von Banken weg in unregulierte Bereiche gelenkt und Kreditinstitute so eng reguliert „und schon fast stranguliert“, dass sie das für die Stabilität notwendige Eigenkapital aus eigener Kraft fast nicht mehr aufbauen könnten.

„Europa hat Stabilitätsregeln, die nur auf dem Papier stehen“, machte der DSGV-Präsident deutlich. „Wir haben schon jetzt zahlreiche Verfahren, die verdeckt eine Vergemeinschaftung von Finanzrisiken ermöglichen. Ich nenne nur die Risiken im Notenbanksystem, wenn nationale Notenbanken ihren Banken im großen Stil Staatsanleihen abnehmen. Oder wenn sie, wie im Fall Irland, indirekt eine nationale Bankenrettung finanzieren.“

Jetzt verspreche die Europäische Kommission, mit einer gemeinsamen europäischen Einlagensicherung werde der Finanzmarkt noch sicherer und die Ban-

kenunion vollendet. Es werde versprochen, dazu würden Bankrisiken abgebaut und vorhandene Stabilitätsregeln konsequent angewandt. Jedoch spreche alle Erfahrung dagegen, dass dies flächendeckend geschieht. „Deshalb dürfen wir uns gerade bei den Einlagen nicht auf ein kollektives Umverteilungssystem einlassen“, mahnte Fahrenschoen.

Die Finanzkrise ab 2007/2008 habe klar gezeigt, dass in vielen Kreditinstituten schwerwiegende Fehler gemacht worden sind. Die nächste Finanzkrise werde ihre Ursache in einer falschen Regulierung und einer fatalen Geldpolitik haben. Man könne nicht Preismechanismen in der Finanzwirtschaft außer Kraft setzen, Marktmechanismen an Wertpapiermärkten beschädigen, Kreditinstitute mit hohen Regulierungskosten belegen, Preisspielräume weg regulieren oder zumindest politisch verdämmen - und dann erwarten, dass Kreditinstitute massiv Eigenkapital aufbauen können, um ihre Stabilität zu erhöhen.

„Wir stehen politisch an einer

Weggabelung“, urteilte Fahrenschoen. „Entweder schafft die Politik Rahmenbedingungen, innerhalb derer Kreditinstitute wieder angemessen Geld verdienen und ihre Substanz verbessern können. Oder die Politik muss die Steuerzahler auf neuerliche Gefahren für die Stabilität der Finanzmärkte vorbereiten. Nur neue Geschäftsmodelle zu fordern, ist hingegen wohlfeil: Banken werden wohl sinnvollerweise weiterhin Geldgeschäfte tätigen müssen.“

Mit einem Ausweichen von Banken weg von solidem Bankgeschäft rein in Kreditsatzgeschäfte sei nach den Erfahrungen der Finanzkrise niemandem gedient. „Und ich halte neuerliche Forderungen nach einer grundlegenden Konsolidierungswelle unter Kreditinstituten für nicht sachgerecht, ja sogar für geschichtsvergessen. Denn es ist nicht lange her, dass wir alle die Erfahrung gemacht haben: Zu große Kreditinstitute, die sich von ihren Kunden zu weit entfernen, sind Gift für die Stabilität von Finanzmärkten. Das Credo muss deshalb lauten: Fangt endlich damit an, wieder einen funktionsfähigen Finanzmarkt mit echten Marktmechanismen herzustellen!“

Wie der Präsident erläuterte, besteht das Geschäftsmodell der Sparkassen grundsätzlich darin, Einlagen aus der Region anzunehmen und diese Einlagen in werthaltiges Kreditgeschäft in der eigenen Region zu investieren. Dies sei die Grundlage für den wirtschaftlichen Wohlstand hierzulande. Fahrenschoen: „Bei uns liegen fast 40 Prozent der Einlagen. Und die Sparkassen vergeben zusammen mit den Landesbanken rund 43 Prozent aller deutschen Unternehmenskredite. Auf dem Geschäftsmodell der Sparkassen basiert in wesentlichen Teilen der deutsche Finanzmarkt und damit der deutsche Wohlstand. Deshalb wollen wir dieses Geschäftsmodell natürlich erhalten.“

Den Sparkassen fließen gerade in der Niedrigzinsphase zusätzliche Einlagen zu. Der Grund dafür sei, dass die Menschen ihr Geld dort sicher wissen. 2015 konnten die Sparkassen alle zusätzlichen Einlagenvolumina in werthaltiges Kreditgeschäft investieren. Nicht nur die Kreditvergabe für den Wohnungsbau, sondern auch die Zusagen für Kredite an Unternehmen und Selbstständige wurden laut Fahrenschoen deutlich ausgeweitet.

Die Sparkassen finanzierten gerne die wirtschaftlich vertretbaren Investitionen. Dabei achteten sie besonders im Immobilienkreditgeschäft auf ausreichend Eigenkapital und eine nachhaltige Schuldentragfähigkeit. „denn wir möchten weder zu einer Immobilienblase, noch zu Finanzierungsproblemen unserer Kunden beitragen, sollte sich die Zinssituation doch einmal verändern“.

Allerdings mache den Sparkassen derzeit die Umsetzung der Immobilienkreditrichtlinie zu schaffen. Denn sie verhindere Kreditvergaben an Menschen, die in der

Vergangenheit ohne Probleme ihr Eigenheim oder eine Modernisierung finanzieren konnten.

Wie der DSGV-Chef darlegte, hätten die Sparkassen rund 116 Mrd. Euro mehr Einlagen als Kredite in den Büchern. „Sollen diese Finanzmittel auch künftig sicher angelegt werden, werden wir Einbußen im Zinsüberschuss in Kauf nehmen müssen. Deshalb wird sich das betriebswirtschaftliche Ergebnis der Sparkassen verringern. Ihre Cost-Income-Ratio wird in zwei bis drei Jahren bei etwa 70 Prozent liegen. In der neuen

Zinswelt ist das ein guter Wert.“

Inzwischen müsse aber jeder darauf achten, dass ihm nicht schlagartig neue hohe Einlagenvolumina zufließen. Fahrenschoen: „Wir leben heute in einer Welt, in der man sich persönlich über neue Kunden und neue Einlagen freut, sie betriebswirtschaftlich aber eigentlich abwehren müsste. Wir erleben bereits jetzt, dass vor allem die Commerzbank Einlagen von Firmenkunden zu den Sparkassen lenkt. Sollte das zum Trend werden, so müssen die Sparkassen darauf reagieren.“

DK

Netzer unterstützt Forderungen des Landtags

Der Bayerische Landtag hat einem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion zugestimmt, der fordert, dass sich die Staatsregierung auf Bundesebene für eine Korrektur des deutschen Umsetzungsgesetzes zur EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie einsetzt. Der Bundesgesetzgeber solle hinsichtlich der Kreditwürdigkeitsprüfung bei Bau- und Renovierungsdarlehen den Spielraum der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie ausschöpfen.

Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, unterstützt diese Position mit Nachdruck: „Es ist nicht einzusehen, warum der deutsche Gesetzgeber die Spanne der Möglichkeiten zur Kreditvergabe weiter einengt als es die europäische Richtlinie vorgibt. Österreich etwa hat die europäische Richtlinie wesentlich verbraucherfreundlicher umgesetzt. Auch in Deutschland muss nachgebessert werden, damit unsere Kreditnehmer keinen Nachteile erleiden.“

Vor dem Hintergrund der Finanzkrise hatte die Europäische Kommission die Richtlinie verabschiedet, um einen europäischen Binnenmarkt für Hypothekendarlehen zu schaffen. Die gesetzlichen Regelungen sehen deutlich erweiterte Informations-

und Beratungspflichten vor und legen ihren Schwerpunkt auf eine äußerst eingehende Kreditwürdigkeitsprüfung.

Banken und Sparkassen werden dazu verpflichtet, Kreditvorhaben, die die engeren Vorgaben nicht erfüllen, abzulehnen. Dies gilt jetzt auch für solche Engagements, bei denen bisher das bestellte Grundpfandrecht als Sicherheit ausreichte und jetzt laufende Einkommen zur Bezahlung der Kreditverpflichtungen nachgewiesen werden müssen. Darunter können vor allem Kundengruppen leiden, bei denen sich das laufende Einkommen in absehbarer Zukunft verändern wird oder deren Einkommen für eine veränderte Zinssituation nicht als ausreichend eingestuft werden muss. □

2. Bayerischer Kämmerertag in München:

Innovatives Finanzmanagement

Nach der erfolgreichen Auftaktveranstaltung 2014 fand in München der 2. Bayerische Kämmerertag unter dem Titel „Innovatives Finanzmanagement der Bayerischen Kommunen“ statt. Während die bayerischen Kommunen im vergangenen Jahr mit der Erstunterbringung von Flüchtlingen beschäftigt waren, ging es jetzt um die Integration der bleibberechtigten Menschen.

Bürgermeister und Kämmerer suchten kreative Lösungen für die dringlichsten Probleme ihrer Kommunen. Neben Grundsatzvorträgen bestand die Möglichkeit, sich in parallelen Arbeitskreisen einzelne Themen zu erschließen. Dabei reichte das Spektrum von Fragen des Sozialen Wohnungsbaus, der Stadtentwicklung und Flüchtlingsintegration über die Frage „Ist die kommunale Anlagenpolitik noch zeitgemäß?“ bis hin zum Perspektivwechsel der Kommunen aus Investorensicht. Die Veranstaltung endete mit einer Podiumsdiskussion zum Thema Flüchtlingsintegration und Föderalismusreform, an der u. a. das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Franz Dimberger, teilnahm.

Würzburgs Oberbürgermeister Christian Schuchardt, Vorsitzender des Finanzausschusses des Bayerischen Städtetags, beschrieb die „Startagenda Flüchtlingsintegration“ in der unterfränkischen Residenzstadt. Dazu zählte zunächst die Herstellung von Sprachfertigkeiten und darauf aufbauend die Einbindung in Vereine und Aktivitäten des gesellschaftlichen Lebens, ein Mentoring für Flüchtlinge, psychologische Betreuung, Bildung und Arbeit als Grundlage des eigenständigen Lebens, Notifizierung, Ausbau von Freiwilligendiensten, Förderung von Pilotprojekten, Vereinfachung von Verfahren und Standards für Baumaßnahmen, stärkere Förderung des Sozialen Wohnungsbaus sowie das Sonderbauprogramm Flüchtlingsunterbringung.

Schuchardt verwies auf das derzeit größte Würzburger Wohnungsbauprojekt „Wohnen in Hubland“, das auf dem Gebiet der ehemaligen Leighton Barracks entsteht. Die Stadtbau Würzburg errichtet auf 12.000 Quadratmetern Fläche 175 barrierefreie und wärmedämmte

von einzelnen Aufgaben zu anderen Leistungen.

Bürgermeister Roland Grillmeier zeigte anhand einiger Beispiele auf, wie man in der Stadt Mitterteich schon seit rund zehn Jahren aktiv gegen Leerstände vorgeht. So würden die einstigen Werke der ehemaligen Porzellanfabrik wieder neu genutzt. Zudem stellte Grillmeier das Projekt Mehrgenerationenhaus vor und erinnerte an den mit dem Abruch mehrerer Häuser verbundenen Neubau der Raiffeisenbank auf dem Marktplatz.

Der Mangel an privaten Investitionen in leerstehende Häuser habe die Stadt im vergangenen Jahr veranlasst, selbst tätig zu werden, um bedarfsgerechten Wohnraum zu schaffen, so Grillmeier. Dabei habe man zunächst aufgrund von EU-Recht Hürden überwinden müssen.

Gemeinsam mit der Kewog habe Mitterteich eine eigene Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG) ins Leben gerufen. Erstes Projekt sei das ehemalige Postgebäude. Hierbei erforderte das EU-Beihilferecht eine Prüfung, inwieweit öffentliche Träger in Bereichen, die auch privaten Investoren zugänglich sind, investieren können.

Nach einer Prüfung des Sachverhalts habe eine Münchner Kanzlei jedoch eindeutig festgestellt, dass Kommunen in Bereichen, in denen über Jahre hinweg keine Investitionsbereitschaft vorhanden sei, sehr wohl investieren dürfen. Bei den über 200 Teilnehmern des Kämmerertages stieß dieses Thema auf großes Interesse. Denn gerade auch größere Kommunen und Städte stehen laut Grillmeier vor der Frage, wie in notwendigen Wohnraum investiert werden kann, falls keine Investoren vorhanden sind.

Der Landkreis Tirschenreuth sei im übrigen Musterlandkreis für Leerstandsentwicklung im Bereich Wohnraum, so der Rathausschef. Hierzu gebe es auch weiterhin Gespräche mit dem Bayerischen Innenministerium. Ziel müsse es sein, maßgeschneiderte Förderanreize zu schaffen. DK

VER SICHERUNGS
KAMMER
BAYERN

Ein Stück Sicherheit.

Königlicher Schutz –
für die Abenteuer im Leben.

Weil ihm der Schutz der Menschen am Herzen lag, gründete König Max I. vor mehr als 200 Jahren eine Versicherung.

www.versicherungskammer-bayern.de

Finanzgruppe

„PwC-Länderfinanzbenchmarking 2016“:

Spitzenreiter Bayern

Finanzielle Situation der Bundesländer und ihrer Kommunen entspannt sich weiter

Mit der geplanten Reform des Länderfinanzausgleichs kann es allen 16 Ländern und Stadtstaaten in Deutschland gelingen, die Schuldenbremse 2020 einzuhalten. Das ist das Ergebnis des „Länderfinanzbenchmarking 2016“ der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PwC. Die Studie analysiert zum fünften Mal in Folge die Finanzsituation der Bundesländer und ihrer Kommunen.

„Durch die anhaltend gute wirtschaftliche Entwicklung und das daraus resultierende hohe Steueraufkommen entspannt sich die finanzielle Situation der Länder und ihrer Kommunen immer mehr. Mit der geplanten Reform des Länderfinanzausgleichs werden alle Länder ab 2020 strukturell ausgeglichene Haushalte vorweisen können“, stellt Norbert Winkeljohann, Sprecher des Vorstands von PwC Deutschland, fest.

Daran ändert auch die Belastung durch die Flüchtlingskrise im vergangenen Jahr nichts: „Die zusätzlichen Ausgaben für Flüchtlinge haben die Finanzsituation der Länder insgesamt nicht verschlechtert. Letztlich mussten sie die insgesamt einge-

setzten Finanzmittel im Jahr 2015 nur um moderate 3,9 Prozent erhöhen, die verfügbaren Finanzmittel stiegen dagegen um 5,0 Prozent.“

Erhebliche Spielräume

Die Analyse der Finanzsituation Bayerns zeigt, dass das Land finanzpolitisch, auch aufgrund einer geringen Verschuldung sowie eines sparsamen Mitteleinsatzes und bei hohen Sachinvestitionen, hervorragend aufgestellt ist und auch weiterhin erheblich besser abschneiden sollte als der Durchschnitt der alten Flächenländer. Für die Einhaltung der Kriterien der Schuldenbremse im Jahr 2020 bestehen selbst bei anhaltend

überdurchschnittlich hohen Sachinvestitionen ganz erhebliche Spielräume.

Mit einem bereinigten Finanzierungüberschuss von 340 Euro pro Einwohner liegt Bayern weit über dem Durchschnitt der alten Flächenländer von 66 Euro je Einwohner. Hierbei ist es insbesondere die Landesebene, die zum Überschuss beiträgt, aber auch Bayerns Kommunen erwirtschaften mit 96 Euro je Einwohner deutliche Überschüsse.

Konsolidierte Schulden

Die ausgezeichnete finanzielle Situation in Bayern im Vergleich zum Durchschnitt der alten Flächenländer ist auch bei der Verschuldung erkennbar. Ende 2015 betrug die konsolidierten Schulden in Bayern 2.893 Euro pro Einwohner. Davon entfielen 1.118 Euro bzw. 38,6 % auf die Kommunen. Im Durchschnitt der alten Flächenländer lag der kon-

solidierte Schuldenstand dagegen bei 9.097 Euro. Davon entfielen 2.072 Euro bzw. 22,8 % auf die Kommunen.

Bayern wendet als eines der wenigen Bundesländer mit 688 Euro pro Einwohner einen erheblich über dem Durchschnitt von 462 Euro liegenden Anteil seiner verfügbaren Mittel für Sachinvestitionen auf. Auch die bundesdurchschnittlichen Abschreibungen von 589 Euro pro Einwohner werden damit deutlich übertroffen. Ohne diese Investitionen erweitert sich das Land bei der Betrachtung des Mitteleinsatzes pro Einwohner nach Zinsen, Versorgung und Sachinvestitionen mit 2.982 Euro und damit einem Niveau von 91,3 % des Durchschnitts der alten Flächenländer von 3.265 Euro als sehr sparsam.

Das gilt auch, wenn wiederum die niedrigen Sozialausgaben abgezogen werden. Dabei muss aber beachtet werden, dass das Land in vielen Aufgabenbereichen von hohen unmittelbaren Einnahmen profitiert, die für geringe Zuschussbedarfe mitverantwortlich sind. Auch im Vergleich der Zuschussbedarfe nach Aufgaben auf Basis der Haushaltsrechnung schneidet Bayern entsprechend in vielen Bereichen günstiger als andere Länder ab.

Kostenverteilung

Neben den günstigen Sozialausgaben profitiert das Land insbesondere von den geringen Kosten im Bereich „Politische Führung und zentrale Verwaltung“. Deutlich über dem Durchschnitt liegen die Ausgaben in den Bereichen „Schulen“ und „Versorgung“ sowie in den Teilbereichen „Gesundheitswesen“, „Sport und Erholung“, „Ernährung, Landwirtschaft und Forsten“ sowie „Straßen“. Im Bereich „Energie- und Wasserversorgung, Gewerbe, Dienstleistung“ sind die Ausgaben hingegen unterdurchschnittlich.

Deutlich höhere Steuerkraft

Bis zum Jahr 2020 dürfte die Einwohnerzahl Bayerns mit einem stärkeren Zuwachs von 2,9 % deutlich zunehmen als die der alten Flächenländer mit 1,7 %. Die Steuerkraft vor dem Finanzausgleich und der Umsatzsteuerverteilung nimmt in Bayern bis 2020 mit einem Plus von 24,0 % deutlich stärker zu als im Durchschnitt der alten Flächenländer von 22,0 %. Die Versorgungsausgaben werden 2020 mit 709 Euro je Einwohner 9 Euro unter dem Durchschnitt der alten Flächenländer liegen. Das Land wird zusätzlich von günstigen Zinsausgaben (149 Euro je Einwohner unter dem Durchschnitt der alten Länder) profitieren. Die verbleibende Finanzmasse nach Zinsen und Versorgung liegt trotz niedriger Kommunalsteuersätze mit 4.712 Euro bzw. 106,8 % der alten Flächenländer weit über dem Durchschnitt.

Platz an der Sonne

Bei den eingesetzten Mitteln nach Zinsen und Versorgung liegen die zulässigen jährlichen realen Steigerungsraten in Bayern bei 3,7 %, im Durchschnitt der alten Flächenländer bei 1,8 %. Folgt die Reform des föderalen Finanzausgleichs dem Ländermodell, dürfte der Zuwachs in Bayern sogar 4,2 % betragen und damit 2 Prozentpunkte über dem Durchschnitt liegen.

Bayern wird deshalb selbst bei einer deutlichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen keine Probleme mit dem Einhalten der Schuldenbremse bekommen. Das Land verteidigt auch in diesem Jahr angefochtenen seinen ersten Rang im PwC-Nachhaltigkeitsranking. **DK**

Umsetzungsgesetz zur EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie:

Unnötige Einschränkung der Kreditvergabe korrigieren

Die Kammern und Bankenverbände in Bayern setzen sich für eine Korrektur des deutschen Umsetzungsgesetzes der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie ein. Wie erste Praxiserfahrungen zeigen, schränken die seit 21. März 2016 geltenden Vorschriften die Vergabe von Immobilienkrediten unnötig ein. Darauf machen die Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Handwerkskammern, der Bayerische Industrie- und Handelskammertag, der Bayerische Bankenverband, der Genossenschaftsverband Bayern sowie der Sparkassenverband Bayern in einem gemeinsamen Positionspapier aufmerksam.

„Im Ergebnis verlieren insbesondere Verbrauchergruppen, die zwar Immobilienvermögen besitzen, aber nur über geringe laufende Einnahmen verfügen, ihre Kreditwürdigkeit“, stellen die Wirtschaftsvertreter fest. Damit werde die Darlehensvergabe beispielsweise bei altersgerechten Umbauten, Gebäudesanierungen, der Altersvorsorge durch selbst genutztes Wohneigentum sowie Anschlussfinanzierungen behindert.

Faktisch habe der Gesetzgeber mit den neuen Regelungen Grund- und Immobilienvermögen entwertet, da bestimmte Verbrauchergruppen von der Finanzierung eigengenutzter Immobilien ausgeschlossen werden oder sie ihre Immobilie nicht mehr zur Kreditrückführung einbringen können. Dies erscheine als Eingriff in

die Eigentumsrechte der Bürger und konterkariere das Ziel einer höheren Eigenheimquote, heißt es in dem Positionspapier.

Die Kammern und Verbände fordern den Gesetzgeber auf, das Umsetzungsgesetz zügig zu korrigieren und in der EU-Richtlinie vorgesehene Wahlrechte zu nutzen. Konkret sollten Bau- und Renovierungsdarlehen auch bei dinglicher Absicherung erlaubt sein und Übergangsregelungen für Anschlussfinanzierungen bei Altfällen geschaffen werden. Darüber hinaus müsse es weiterhin möglich sein, Kredite zu Konsumzwecken zu vergeben und grundpfandrechtlich zu besichern, wenn diese durch die Substanz der Immobilie gedeckt sind.

Link zum Positionspapier: www.gv-bayern.de/positionspapier-wikr **□**

Geschäftsklimaindex 2016 für Großraum Passau

Ergebnisbericht der Studentischen Unternehmensberatung INSTEAD e. V.

Im Rahmen eines internen Projekts hat die studentische Unternehmensberatung an der Universität Passau INSTEAD e. V. einen Geschäftsklimaindex 2016 für den Großraum Passau erstellt. Dabei gaben ca. 250 Unternehmen zu ihrer Wirtschaftslage und ihren Prognosen für die kommenden zwölf Monate Auskunft.

Vorbild für den Passauer GKI ist der ifo-Geschäftsklimaindex, der vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsförderung monatlich herausgegeben wird. Seit Jahrzehnten ist er ein Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Da ein bundesweiter Index jedoch die regionale Situation nicht optimal erfassen kann, versucht INSTEAD e. V., vorhandene Lücken durch die Erstellung des regionalen GKIs zu schließen.

Positivere Tendenz der künftigen Geschäftslage

Wie die Befragung ergab, zeichnet sich grundsätzlich eine positivere Tendenz der zukünftigen Geschäftslage gegenüber den vergangenen zwölf Monaten ab. 51 Prozent der Befragten - identisch mit den Zahlen aus dem Vorjahr - schätzen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Großraum Passau als „gut“ ein. Verglichen zum Jahr 2015 beurteilten jedoch weniger Unternehmer, nämlich lediglich fünf Prozent, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als „schlecht“.

Besonders die Produktionsbranche bewertet die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Passau als „gut“ (62 Prozent). Während knapp über die Hälfte der Händler Passau als „gut“ bewerten (54 Prozent), sehen acht Prozent ihrer Kollegen das nicht so. Auffällig ist, dass das Gastgewerbe den Großraum Passau mindestens als „befriedigend“ oder besser einschätzt. Unternehmen im Bereich Finanzen & Recht geben ähnliche Einschätzungen ab wie Dienstleister: Knapp jeweils fünf Prozent bewerten die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als „schlecht“, ungefähr die Hälfte als „befriedigend“ und nur 47 Prozent (Finanzsektor) bzw. 47 Prozent (Dienstleistung) als „gut“.

Eine positive Veränderung zeigt sich bei der aktuellen Geschäftslage der Unternehmen in der Region. 59 Prozent (2015:

55 Prozent) schätzen ihre aktuelle Geschäftslage als positiv ein. Im Gegensatz dazu empfinden knapp zehn Prozent ihre derzeitige Geschäftslage als schlecht, was einen geringfügigen Anstieg von einem Prozentpunkt gegenüber dem Vorjahr bedeutet.

Ein deutlicher Unterschied zum Vorjahr ist bei der Entwicklung der Beschäftigtenanzahl erkennbar: Lediglich 18 Prozent der Unternehmen haben in den vergangenen zwölf Monaten neue Mitarbeiter eingestellt. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt das ein Minus von zwölf Prozentpunkten. Positiv zu verzeichnen ist hingegen, dass lediglich acht Prozent der Unternehmen Mitarbeiter entlassen haben, was eine Verbesserung von fünf Prozentpunkten zum Vorjahr bedeutet.

Umsatzentwicklung

Auf die Frage, wie sich der Umsatz des Unternehmens in den letzten zwölf Monaten entwickelt hat, antworteten 34 Prozent (2015: 43 Prozent), dass dieser zugenommen hat. Gleichzeitig verzeichnen knapp 15 Prozent (2015: 14 Prozent) der Unternehmen einen zurückgehenden Umsatz. Dieses Ergebnis führt zu der Annahme, dass eine tendenzielle Stagnation zu erkennen ist.

Kostenentwicklung

Ein Blick auf die Kostenentwicklung zeigt, dass für 49 Prozent der Unternehmen die Kosten mindestens „gleich geblieben“ sind oder sogar „abgenommen“ haben. Trotzdem sind sie für über die Hälfte der Unternehmen (51 Prozent) angestiegen. Im Vorjahr haben allerdings nur 59 Prozent der Unternehmen über steigende Kosten geklagt.

Nur 27 Prozent (2015: 38 Prozent) der Unternehmen geben an, dass sich ihre Ertragslage in den vergangenen 12 Mo-

naten verbessert hat. Im Gegensatz dazu lässt sich bei fast ebenso vielen Unternehmen eine Verschlechterung der Geschäftslage (20 Prozent) verzeichnen, kongruent zum Geschäftsklima des Vorjahres (18 Prozent).

Was die zukünftige Entwicklung ihres Unternehmens angeht, sind 85 Prozent der Befragten der Meinung, einer „gleichbleibenden“ oder „günstigeren“ Geschäftslage entgegenzublicken. Diese Einschätzung hat sich im Vergleich zum Vorjahr geringfügig verbessert (2015: 83 Prozent).

Investitionen

Zu stagnieren scheinen die positiven Erwartungen der Unternehmer und Unternehmerinnen an den Umsatz im kommenden Jahr. Zwar erwarten beinahe genauso viele Firmen (12 Prozent) einen fallenden Umsatz wie bereits 2015 (13 Prozent), jedoch sind weniger Unternehmen der Meinung, in den kommenden 12 Monaten einen zunehmenden Umsatz verzeichnen zu können.

58 Prozent planen mit gleichbleibenden Investitionsausgaben. Das ergibt einen Unterschied von 17 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr (41 Prozent). Lediglich 25 Prozent planen, mehr Geld zu investieren (2015: 30 Prozent) und 17 Prozent rechnen mit geringeren Investitionsausgaben (2015: 21 Prozent).

Mitarbeiterentwicklung

Auch die Mitarbeiterentwicklung zeigt im Vergleich zum Vorjahr leicht stagnierende Tendenzen. Nur noch knapp 18 Prozent möchten bzw. können neues Personal einstellen und somit expandieren. 45 Unternehmen gaben an, ihre Mitarbeiterzahl nicht erhöhen zu wollen. Im Vorjahr wollten immerhin noch 31 Prozent der Unternehmen ein Mitarbeiterwachstum anstreben. Dieser Trend ist laut einigen Unternehmen auch auf die sinkende Zahl der Fachkräfte zurückzuführen. Gleichzeitig planen weniger der Befragten (fünf Prozent), Mitarbeiter zu entlassen (2015: sechs Prozent). **DK**



Erste Reihe vorne links: Erster Bürgermeister von Falkenberg Herbert Bauer und Hans-Jörg Schön, Mitglied des Vorstandes Sparkasse Oberpfalz Nord (erste Reihe dritter von links) sowie die Organisatorin Sandra Koos (zweite Reihe Mitte) begrüßten die Teilnehmer des diesjährigen Kommunalforums; aktiv mitgewirkt haben die Referenten Friderike Gawlik, Juristin SVB (erste Reihe zweite von rechts) und Leasingexperte Thomas Schell, Firmenkundenbetreuer der Sparkasse Oberpfalz Nord (letzte Reihe zweiter von links). **□**

Kommunalforum der Sparkasse Oberpfalz Nord:

Verlässlicher Partner der Kommunen

In der Burg Falkenberg hat das Kommunalforum der Sparkasse Oberpfalz Nord stattgefunden. Vertreter der Städte und Gemeinden der Region erlebten ein interessantes und abwechslungsreiches Vortragsprogramm in angenehmem Rahmen.

Hans-Jörg Schön, Mitglied des Vorstandes der Sparkasse Oberpfalz Nord, begrüßte zahlreiche Bürgermeister, Kämmerer, Stadt- und Gemeindeverantwortliche.

Diese konnten sich an diesem Vormittag nicht nur von Friderike Gawlik, Juristin und Spezialistin des Sparkassenverbandes Bayern mit dem Vortrag „EU-Beihilfenrecht in der Kreditwirtschaft“ informieren. Die Juristin bot einen interessanten Einblick zu diesem umfangreichen Thema.

Möglichkeiten des Leasings

Auch Thomas Schell, Firmenkundenbetreuer und Leasingexperte der Sparkasse referierte mit dem Vortrag „Leasing GUT für die Kommunen“ und zeigte Möglichkeiten des Leasings für die Kommunen auf.

„Einen Raum für die Analyse

aktueller Entwicklungen und den fachlichen Austausch über Herausforderungen der Kommunalfinanzierung schaffen – das ist das Ziel des „Kommunalforums“, so Sandra Koos, Kommunalkundenbetreuerin und Organisatorin der beliebten Veranstaltungsreihe.

„Für uns als lokal verankertes Kreditinstitut ist das Kommunalforum Teil unseres ganzheitlichen Betreuungsangebotes für Städte und Gemeinden, an deren Seite wir uns für eine lebenswerte Zukunft unserer Region engagieren“, erläuterte Sparkassen-Vorstandsmitglied Hans-Jörg Schön.

Herbert Bauer, Erster Bürgermeister von Falkenberg, freute sich, dass das Kommunalforum in den Räumen der Burg stattfand und sagte: „So wird regionale Verbundenheit gelebt.“ **□**

Smart Meter Projektfinanzierung der Deutschen Leasing:

Professionelle Begleitung von Stadtwerken

Die Energiewende bedeutet für alle Stadtwerke einen hohen Investitionsbedarf. Nicht nur die Prozesse und Systeme müssen den Anforderungen entsprechend neu aufgestellt werden, insbesondere die Umstellung auf digitale Messsysteme, für die ab 2017 der gesetzlich vorgeschriebene Roll-out beginnt, sorgt für hohe Budgetbelastungen bei Stadtwerken. Die Digitalisierung und damit verbundene IT-Infrastruktur wird somit zum zentralen Erfolgsfaktor eines jeden Stadtwerks im zunehmend kompetitiveren Umfeld.

Die Anforderungen an Stadtwerke wachsen: Ausbau von erneuerbaren Energiequellen, zunehmende Dezentralisierung von Stromerzeugern und höhere Erwartungshaltung an die Daten- und Informationsbereitstellung der Kunden sind aktuelle Themen bei den Lokalversorgern. Ab kommendem Jahr wird zudem das digitale Messwesen als Basis für eine intelligente Netzsteuerung zum Standard gehören. Doch dafür werden entsprechende Messsysteme benötigt, die zusätzliche Investitionen in leistungsfähige Server- und Storage-Systeme sowie Softwarelösungen, mit sich ziehen.

„Wir sind regelmäßig bei den Lokalversorgern vor Ort, damit wir deren Herausforderungen und Bedürfnisse bestmöglich verstehen“, macht Christian Bock, Geschäftsführer Information Technology der Deutschen Leasing, deutlich. „Die Anforderungen an die Stadtwerke sind in den letzten Jahren in allen Bereichen massiv gewachsen. Dabei entwickelt sich die IT zunehmend zur tragenden Säule des sich verändernden Kerngeschäfts. Von der Umstellung auf digitale Messsysteme über die Verarbeitung von immer mehr Daten, unter anderem zur Netz- und Produktionssteuerung, bis hin zu Online-Services für Kunden oder die digitale Vernetzung der Installateure vor Ort.“

Kostenneutraler Roll-out der digitalen Messsysteme

Die Umstellung auf digitale Messsysteme birgt aktuell das wohl größte und wichtigste Investitionsvolumen für Stadtwerke. Bock: „Für den Roll-out von digi-

tales Messsystemen haben wir ein Produkt entwickelt, mit dem dieser aufwandsneutral realisiert werden kann.“

Vor der eigentlichen Laufzeit der Finanzierung steht bei diesem Produkt immer die Sammelphase, in der alle anfallenden Kosten vom Finanzdienstleister übernommen werden. Hierbei kann es sich um die Messsysteme selbst handeln, aber auch Kosten für Installation oder Beratung, Softwareapplikationen oder Hardwarebeschaffungen. „Alle entstehenden Kosten werden auf die Grundeichzeit der Messsysteme umgelegt. Erst wenn alle Messsysteme in dem Zeitraum der Sammelphase installiert wurden und daraus auch entsprechende Rückflüsse durch die Preisobergrenzen entstehen, beginnt die Laufzeit der Finanzierung“, erklärt Bock.

So werden die Raten aus laufenden Erträgen bezahlt. Die Laufzeit der Finanzierung orientiert sich an der Eichdauer der Messsysteme. Die Stadtwerke zahlen also nur für die tatsächliche Nutzungsdauer und behalten die volle Kontrolle und Transparenz über ihre Ausgaben und Einnahmen. Das Modell ist revolierend für die gesamte Dauer des Roll-outs und – auf Wunsch – auch darüber hinaus.

Am Ende der Laufzeit der Finanzierung können die Messsysteme weiter verwendet werden zu günstigeren Raten, zurückgegeben oder übernommen werden. Es ist auch möglich, einen automatischen Eigentumsübergang der Messsysteme nach der Grundeichzeit zu realisieren. Somit entstehen keine weiteren

Kosten für eventuelle Nachreichperioden. Durch den revolierenden Aufbau des Modells befindet sich das Stadtwerk zu jedem Zeitpunkt in einer Sammelphase, um alle anfallenden Kosten auffangen zu können.

Hardware-Finanzierung bietet Flexibilität

Zur optimalen Kommunikation der digitalen Messsysteme mit dem Stadtwerk muss jedoch auch die Hard- und Softwareinfrastruktur passen. Ein Ziel muss deshalb sein, eine zukunftssichere Hardware-Landschaft zu etablieren, die sich analog zu den Bedürfnissen der Stadtwerke weiterentwickelt. Um dies erfüllen zu können ist ein regelmäßiger Austausch der Hardware notwendig. Zur Sicherstellung eines solchen regelmäßigen Austauschs gibt es Hardware Life-Cycle-Finanzierungen.

Diese Life-Cycle-Finanzierung unterstützt die Stadtwerke während jeder Phase der Hardware Beschaffung:

- Die Laufzeit der Finanzierung wird individuell besprochen. Die Finanzierung kann dabei zur Optimierung der Unternehmenskennzahlen auch außerhalb der Bilanz dargestellt werden.
- Mit einer Finanzierung wird durch die Einrechnung echter

Restwerte nicht der volle Kaufpreis amortisiert. Dadurch entstehen spürbar weniger Kosten als mit einer Finanzierung aus eigenen Mitteln.

- Am Ende der Finanzierungslaufzeit können die Geräte übernommen, zurückgegeben oder der Vertrag verlängert werden.
- Wird regelmäßig neue Hardware benötigt, unterstützt ein Rahmenvertrag dabei, bei Bedarf jederzeit neue Geräte einzukaufen und in die Finanzierung zu integrieren.

Software einfach vorfinanziert

Für die erfolgreiche Digitalisierung des Stadtwerks müssen Hard- und Software optimal zusammenarbeiten. Meistens ist damit erheblicher Kosten- und Zeitaufwand verbunden. Speziell die Phase des Customizing, also der Anpassung der Software an die jeweiligen Bedürfnisse, ist langwierig und kostenintensiv. „Mithilfe einer Vorfinanzierungsphase können alle entstehenden Kosten erst mal vom Finanzierungspartner übernommen werden. Darunter fallen zum Beispiel sogar Aufwendungen für Beratung, eigene Mitarbeiter oder Key User Schulungen. Somit muss kein hohes Budget für die Implementierung der neuen Software-Lösung bereitgehalten werden“, unterstreicht Bock.

Die Dauer der Vorfinanzierungsphase richtet sich nach der Komplexität des jeweiligen Projektes. Erst nach Go Live der neuen Software werden Finanzierungsraten fällig. Somit können die Kosten aus den laufenden Erträgen beglichen werden. □



Bei der Übergabe des Signets - von links: Heinrich Rinderle (Mitglied der Geschäftsleitung der BayernLabo), Manfred Pongratz (Stv. Mitglied der Geschäftsleitung), Sozialstaatssekretär Johannes Hintersberger, Wolfgang Meier (Abteilungsleiter „Organisations- und Grundsatzaufgaben“), Dr. Michael Bauer (Sprecher der Geschäftsleitung), Dr. Jürgen Hartwig (Mitglied der Geschäftsleitung), Wolfgang Schmidt (Abteilungsleiter „Kommunkredit Bayern“). Foto: Alexander Göttert

BayernLabo:

Auszeichnung für Verdienste um Barrierefreiheit im Freistaat

Sozialstaatssekretär Hintersberger überreicht Signet „Bayern barrierefrei - Wir sind dabei“

Bayerns Sozialstaatssekretär Johannes Hintersberger hat den Geschäftsführern der BayernLabo Dr. Michael Bauer, Heinrich Rinderle und Dr. Jürgen Hartwig das Signet „Bayern barrierefrei - Wir sind dabei“ überreicht. Die Bayerische Staatsregierung würdigt damit den Beitrag der BayernLabo zur Barrierefreiheit im Freistaat Bayern.

Hintersberger hob besonders den „Inklusionskredit Kommunal Bayern“ hervor. Mit zinsgünstigen Krediten unterstützt die BayernLabo Investitionen zur Reduzierung und Beseitigung von Barrieren sowie zum alters- und behindertengerechten Umbau der kommunalen Infrastruktur.

Leistungsfreie Darlehen

Seit Auflage des Programms im Jahr 2013 hat die BayernLabo insgesamt 64 Maßnahmen in allen bayerischen Regierungsbezirken gefördert. Sie unterstützt damit das Ziel der Staatsre-

gierung, Bayern bis 2023 im öffentlichen Raum barrierefrei zu machen. Darüber hinaus leistet die BayernLabo durch ihre Wohnraumförderung einen wichtigen Beitrag zur Barrierefreiheit.

Im Rahmen des Bayerischen Wohnungsbauprogramms unterstützt sie mit leistungsfreien Darlehen bauliche Anpassungen an die Bedürfnisse von älteren Menschen und Menschen mit Behinderung.

Allein 2015 hat die BayernLabo Baudarlehen in Höhe von 17,7 Millionen Euro zur Modernisierung von 2.120 Wohnungen ausgereicht. □

Halbjahresbilanz 2016:

BayernLB zeigt Stärke im Kundengeschäft

Der BayernLB-Konzern hat im ersten Halbjahr 2016 ein Ergebnis vor Steuern von 409 Mio. Euro erzielt. Damit lag der Gewinn auf dem guten Niveau des Vorjahres (433 Mio. Euro). Das Konzernergebnis nach Steuern verbesserte sich leicht auf 314 Mio. Euro (Vj.: 310 Mio. Euro). Die Cost-Income-Ratio lag mit 52,9 Prozent wiederum auf einem auch im Wettbewerbsvergleich erfreulichen Level. Die Eigenkapitalrentabilität erreichte 9,3 Prozent.

„Wir haben trotz der Niedrigzinsen und steigender Aufwendungen für Regulatorik einmal mehr ein gutes Halbjahresergebnis erwirtschaftet“, so Johannes-Jörg Riegler, Vorstandsvorsitzender der BayernLB. „Wir profitieren im harten Wettbewerb weiter von unserer Stärke im Kundengeschäft und unserer erfolgreichen Positionierung am Markt als Partner für die deutsche Wirtschaft. Unser gutes Abschneiden beim aktuellen Bankenstresstest ist ein erneuter Beweis für die Stabilität unseres Geschäftsmodells. Mit den Ratingupgrades im ersten Halbjahr rücken wir in die Spitzengruppe der deutschen Banken.“

Der Zinsüberschuss ging vor dem Hintergrund des noch niedrigeren Zinsniveaus auf 728 Mio. Euro zurück (Vj.: 824 Mio. Euro). Der Provisionsüberschuss stieg auf 119 Mio. Euro (Vj.: 110 Mio. Euro).

Gute Portfolioqualität und hohe Auflösungen führten zu einer niedrigen Risikoversorge im Kreditgeschäft in Höhe von -4 Mio. Euro (Vj.: 13 Mio. Euro). Das Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung betrug 13 Mio. Euro (Vj.: -52 Mio. Euro). Das Ergebnis aus Finanzanlagen lag bei 216 Mio. Euro (Vj.: 207 Mio. Euro). Darin enthalten sind 142 Mio. Euro, die aus dem Verkauf des Anteils an der Visa Europe Ltd. an die US-amerikanische Visa Inc. resultieren.

Der leichte Anstieg des Verwaltungsaufwands um 3,2 Prozent auf 578 Mio. Euro ist primär auf die Erstkonsolidierung der Bayern Card-Services GmbH – S-Finanzgruppe (BCS) mit rund 260 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zurückzuführen. Der Aufwand aus Bankenabgabe und Einlagensicherung belastete das Ergebnis mit insgesamt 93 Mio. Euro. Hierin enthalten sind mit 51 Mio. Euro die Bankenabgabe sowie mit 42 Mio. Euro der Beitrag zum Einlagensicherungs- und Sparkassenfinanzsystem der Sparkassen-Finanzgruppe.

Die Bilanzsumme der BayernLB betrug zum 30. Juni dieses Jahres 224,3 Mrd. Euro und lag damit 4,0 Prozent über dem Vorjahresresultat. Das Kreditvolumen konnte trotz verhaltener Kreditnachfrage um 3,0 Prozent auf 180,7 Mrd. Euro gesteigert werden. Die risikogewichteten Aktiva (RWA) konnten durch stringentes Management um 1,7 Prozent auf 68,4 Mrd. Euro reduziert werden.

Mit der Feststellung des Jahresabschlusses am 14. April hat die BayernLB 1,3 Mrd. Euro der stillen Einlage an den Freistaat Bayern zurückgeführt. Die Kapitalausstattung der Bank ist dennoch weiterhin solide. Die CET1-Quote lag bei 12,7 Prozent (31. Dezember 2015: 15,1 Prozent), „fully loaded“ bei 11,3 Prozent (31. Dezember 2015: 12,0 Prozent). Die Eigenkapitalrentabilität erreichte im ersten Halbjahr 2016 9,3 Prozent (Vj.: 9,0 Prozent). Die Cost-Income-Ratio blieb auf erfreulichem Niveau und betrug 52,9 Prozent (Vj.: 49,6 Prozent).

Die gute Portfolioqualität und somit auch die Stabilität des Geschäftsmodells der BayernLB kamen beim Bankenstresstest der European Banking Authority (EBA) im Juli zum Ausdruck. Selbst im Stressszenario unter der strengen „fully loaded“-Sicht, das einen konjunkturell- und vermögenspreisbasierten Schock auf europäische Banken simuliert, schnitt die BayernLB im Vergleich

zu anderen Banken mit einem guten Ergebnis ab.

Die Ratingagentur Moody's hat das langfristige Emittentenrating der BayernLB Anfang des Jahres auf A2 angehoben. Fitch verbesserte das Standalone-Rating (Viability Rating) der BayernLB im Mai um zwei Notches auf bbb. Die Ratingupgrades erweitern die Geschäftsmöglichkeiten der BayernLB und stärken die Wettbewerbsfähigkeit der Bank durch verbesserte Refinanzierungskonditionen.

Operative Segmente im Überblick

Im Segment Corporates & Mittelstand betrug das Ergebnis vor Steuern 118 Mio. Euro (Vj.: 175 Mio. Euro). Eine wesentliche Ursache für den Ergebnisrückgang liegt in der Risikoversorge, die mit 22 Mio. Euro (Vj.: 52 Mio. Euro) zwar positiv zum Ergebnis beitrug, im vorangegangenen Geschäftsjahr allerdings von deutlich höheren Eingängen auf abgeschriebene Forderungen profitierte. Zins- und Provisionsüberschuss konnten trotz weiterhin zurückhaltender Investitionsbereitschaft und des unverändert kompetitiven Marktfelds mit insgesamt 201 Mio. Euro (Vj.: 210 Mio. Euro) stabil gehalten werden.

Im Segment Immobilien & Sparkassen/Verbund konnte das Ergebnis vor Steuern mit 119 Mio. Euro (Vj.: 98 Mio. Euro) im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um mehr als ein Fünftel gesteigert werden. Hervorzuheben sind die weiterhin erfreuliche Entwicklung des Neugeschäftsvolumens im Bereich Immobilien sowie ein Ergebnisanstieg bei der BayernLabo durch eine Steigerung des Zinsüberschusses und positive Bewertungseffekte.

Das Segment DKB hat ein Ergebnis in Höhe von 263 Mio. Euro (Vj.: 154 Mio. Euro) erwirtschaftet. Die Fortsetzung der positiven Geschäftsentwicklung der DKB spiegelt sich vor allem im erneut hohen Zinsüberschuss in Höhe von 386 Mio. Euro wider (Vj.: 387 Mio. Euro). Gleichzeitig konnte das Kreditvolumen im Infrastruktur- und Firmenkundengeschäft erneut gesteigert werden.

Das Segment Financial Markets schloss das erste Halbjahr des Geschäftsjahres 2016 mit einem Ergebnis vor Steuern von -49 Mio. Euro (Vj.: 149 Mio. Euro) ab. Der Ergebnisrückgang ist auf das niedrige Zinsniveau sowie Bewertungseffekte zurückzuführen. Die für die Kundensegmente erwirtschafteten Erträge aus Financial Markets Produkten lagen trotz marktbedingt verhaltener Nachfrage leicht über Vorjahresniveau.

Trotz äußerst herausforderndem wirtschaftlichem Umfeld und weiter steigender regulatorischer Anforderungen rechnet die BayernLB aufgrund der guten Portfolioqualität und ihrer stabilen Kundenbasis auch für das Jahr 2016 mit einer soliden geschäftlichen Entwicklung. Allerdings stellen insbesondere geopolitische Risiken sowie die weitere Entwicklung des Ölpreises, der Zinsen und der Wechselkurse Unsicherheitsfaktoren dar. Für das Jahr 2016 wird erneut ein positives Ergebnis vor Steuern im mittleren dreistelligen Millionenbereich erwartet. □

BayernLabo eröffnet Förderstützpunkt in Grafenau

Bayerns Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder hat den neuen Förderstützpunkt der BayernLabo in Grafenau eröffnet. Das Büro startet mit zehn Mitarbeitern, der Schwerpunkt liegt auf der Förderung von Eigenwohnraum in Niederbayern und der Oberpfalz sowie der Förderung der Anpassung von Wohnraum an die Belange von Menschen mit Behinderung in ganz Bayern. Der neue Förderstützpunkt wurde im Rahmen der Heimatstrategie der Bayerischen Staatsregierung geschaffen.

Staatsminister Söder bekräftigt sein Ziel, die Regionalisierung von Behörden und staatlichen Einrichtungen tatkräftig fortzuführen: „Alle Regierungsbezirke Bayerns profitieren von den Verlagerungen, wir setzen ein starkes Signal für die weitere Entwicklung des ländlichen Raums. Bei der BayernLabo in Grafenau wurden zusätzlich qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen, die der Region zu Gute kommen.“

Unterstützung der Region

„Wir freuen uns über unser neues Standbein in Niederbayern“, betont Dr. Michael Bauer, Sprecher der Geschäftsleitung der staatlichen Kommunal- und Förderbank BayernLabo. „Die BayernLabo hat in Niederbayern und der Oberpfalz allein seit 2008 den Bau oder Erwerb von rund 3.700 Eigenwohnungen sowie den Barriereabbau in rund 2.100 Wohnungen fördern können.“

„Mit dem Förderstützpunkt der BayernLabo in Grafenau unterstützen wir auch die Region. Die künftige Nähe ermöglicht die Förderung von Wohneigentum sowie die Beratung für einen barrierefreien Umbau vor Ort“, macht Dr. Edgar Zoller, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der BayernLB, deutlich.

Der neue Förderstützpunkt der BayernLabo liegt am Stadtplatz 16, Leiter ist Norbert Kellermann. Sein Team besteht aus neun Kolleginnen und Kollegen, davon sieben aus der Region. □

Gründungsförderung weiter stark gefragt

LfA vergibt Gründern im ersten Halbjahr 2016 knapp 200 Millionen Euro an Förderkredit

Im ersten Halbjahr 2016 hat die LfA Förderbank Bayern rund 2.200 mittelständische Unternehmen und knapp 90 Kommunen im Freistaat mit rund 812 Millionen Euro an Förderkrediten unterstützt. Das ist ein Zuwachs um rund 2,6 Prozent gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Ein Viertel des Förderkreditvolumens, also knapp 200 Millionen Euro, entfiel dabei auf die Gründungsförderung für junge Unternehmer, die gegenüber dem 1. Halbjahr 2015 deutlich angestiegen ist. Gefragt waren auch Fördermittel im Bereich Umweltschutz sowie innovative Technologien.

„Mit der LfA stärken wir den Mittelstand und machen Bayern zum Gründerland. Mehr als 800 junge Ideen hat die LfA in diesem Jahr bereits mit fast 200 Millionen Euro gefördert. Und auch der etablierte Mittelstand hat vom attraktiven Förderangebot der LfA profitiert. So konnten die Unternehmen über 61.000 Arbeitsplätze im Freistaat sichern und rund 2.100 neue schaffen“, so Bayerns Wirtschaftsministerin und LfA-Verwaltungsratsvorsitzende Ilse Aigner.

Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, erläutert: „Finanzierungsnachteile bestehen für den Mittelstand auch in der anhaltenden Niedrigzinsphase.

Das zeigt die hohe Fördernachfrage in der ersten Jahreshälfte. Neben Gründungen standen für den bayerischen Mittelstand auch Investitionen in den Umweltschutz im Fokus. Die Nachfrage in diesem Bereich hat sich mehr als vervierfacht. Bei den Investitionen in innovative Technologien können wir ebenfalls einen Zuwachs von knapp 16 Prozent verzeichnen.“

Auch die bayerischen Kommunen haben im ersten Halbjahr das Angebot der LfA zum Breitbandausbau weiter intensiv nachgefragt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum hat sich das Zusagevolumen mehr als verdreifacht. □

Ein Jahr Förderstützpunkt der LfA in Hof

Der Förderstützpunkt der LfA Förderbank Bayern in Hof feiert seinen ersten Geburtstag. Und das mit einer Erfolgsbilanz: Seit der Gründung vor einem Jahr haben der Leiter Rüdiger Laß und sein Team allein über 100 Gründer und Unternehmer aus der Region persönlich und kostenfrei zu bayerischen Finanzhilfen beraten. Zudem haben sich die Förderexperten intensiv mit Hausbanken, Wirtschaftsförderern und Kammern ausgetauscht, um die Wirtschaftsförderaktivitäten in der Region weiter zu stärken.

„Wir machen regionale Wirtschaftspolitik für ganz Bayern. Das feste Standbein der LfA in Oberfranken ist hierfür ein Musterbeispiel und ein starkes Signal für Hochfranken. Mit dem Beratungsangebot kurbeln wir Investitionen und Gründungen an. Davon profitiert der Wirtschaftsstandort Hochfranken mit den angrenzenden Landkreisen nachhaltig“, so Bayerns Wirtschaftsministerin und LfA-Verwaltungsratsvorsitzende Ilse Aigner.

Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder betont: „2015 war der Startschuss für die größte bayerische Regionalisierung von Behörden und staatlichen Einrichtungen der letzten Jahrzehnte. Und die LfA war die erste staatliche Einrichtung, die im Rahmen der Behördenverlagerung ihre Pforten an einem neuen Standort

geöffnet hat. Der Erfolg des Förderstützpunkts spricht für sich! Diese aktive Strukturpolitik schafft Wachstumschancen in der Region.“

LfA-Vorstandschef Dr. Otto Beierl ergänzt: „Unsere Beratung vor Ort in Hof kommt gut an. Und mit Rüdiger Laß haben wir einen kompetenten, engagierten und in der Region bestens vernetzten Leiter des Förderstützpunkts. Davon profitiert die örtliche Wirtschaft: Allein im ersten Halbjahr 2016 haben wir in Oberfranken rund 120 Firmen gefördert, die mit unserer Hilfe Investitionen in Höhe von über 84 Millionen Euro verwirklicht haben. Der Fördereffekt ist beachtlich: Mehr als 5.100 Arbeitsplätze konnten so gesichert und fast 150 neue geschaffen werden.“ □

Stadtsparkasse München:

Keine Gebührenerhöhung für Geringverdiener

Die Stadtsparkasse München hat zum 1. Juli ihre Kontoführungsgebühren erhöht; die erste Erhöhung seit 13 Jahren. Heute wurde die gute Nachricht verkündet: Für Geringverdiener und Besitzer des München-Passes ändert sich der Preis nun doch nicht.

Das Girokonto Komfort kostet seit 01. Juli 7,95 Euro monatlich, also 3 Euro mehr als vorher. Für 2,95 Euro im Monat bekommt man das Girokonto Individual, muss aber für alle Leistungen – bis auf eine Einzahlung und vier Auszahlungen – extra zahlen. Ein Online-Konto kostet 4,95 Euro. Zahlt man monatlich mehr als 1.750 Euro ein, ist es jedoch kostenfrei.

Menschen mit wenig Geld müssen ebenso nur 4,95 Euro monatlich zahlen, wenn sie weniger als 1.500 Euro im Monat verdienen oder einen München-Pass haben. Schüler und Studenten bekommen das Girokonto weiterhin kostenfrei.

Am 12. Mai hat die CSU-Fraktion ein Antragspaket für

Seniorenangelegenheiten gestellt. Darin wurde die jetzt festgelegte Ausnahme der Gebührenerhöhung für Menschen gefordert, die Grundsicherung im Alter erhalten.

Stadtrat Dr. Reinhold Babor, seniorenpolitischer Sprecher der CSU-Fraktion, sagt: „Seniorinnen und Senioren haben oft sehr schmale Renten. Jeder Euro mehr, den sie ausgeben müssen, tut ihnen weh. Die CSU-Fraktion setzt sich deshalb für geringere Gebühren bei der Stadtsparkasse ein, denn viele können einfach nicht auf ein günstiges Online-Konto umsteigen. Glücklicherweise hat die Stadtsparkasse das eingesehen und reduziert ihre Kontogebühren für alle bedürftigen Kundinnen und Kunden.“ □

Genossenschaftsverband Bayern:

Gros zum Vorstandsvorsitzenden und Präsidenten berufen

Der Verbandsrat des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB) hat das bisherige Vorstandsmittglied Jürgen Gros (47) mit sofortiger Wirkung zum Vorstandsvorsitzenden und Präsidenten des GVB berufen. Das gab der Vorsitzende des Verbandsrats und des Personalausschusses, Wolfgang Altmüller, vor kurzem bekannt.

Gros gehört dem Vorstand des GVB seit 2015 an. Für den Verband arbeitet er seit 2005.

„Dr. Gros ist ein erfahrener Interessenvertreter und langjähriger Kenner des GVB sowie genossenschaftlicher Verbände- und Verbundstrukturen“, betonte Altmüller.

Einen Lebenslauf von Jürgen Gros und druckfähige Fotos lassen sich auf der GVB-Webseite abrufen: <https://www.gvb-bayern.de/verband/vorstand> □



Stiftergemeinschaft der Stadtsparkasse Augsburg:

22 gemeinnützige Initiativen mit Spenden bedacht

Inmitten des schönen Botanischen Gartens in Augsburg freuten sich Vertreter von 22 gemeinnützigen Einrichtungen über finanzielle Zuwendungen von genau 41.975,21 Euro: Die Stadtsparkasse Augsburg lud Stifter und Begünstigte zur Spendenübergabe und gegenseitigem Kennenlernen ein.

Der Trend, Teile seines Vermögens für gemeinnützige Zwecke zu geben, hält weiter an. Das bestätigt Cornelia Kollmer, Kuratoriumsvorsitzende der Haus der Stifter - Stiftergemeinschaft der Stadtsparkasse Augsburg.

Das Haus der Stifter bietet optimale Möglichkeiten und schafft Mehrwerte für alle: Viele Stifter erfreuen sich am Schenken und die Geförderten sind dankbar für die Unterstützung.

Unter dem Dach der Stiftergemeinschaft kann jeder Einzelne das Gemeinwesen aktiv unterstützen und mit seinem Engagement soziale Verantwortung und das bereits zu Lebzeiten übernehmen. Der Gönner selbst bestimmt den Spendenempfänger und kann so dauerhaft fördern, was ihm am Herzen liegt. Alle Infos finden sich auch auf der neugestalteten Website: www.haus-der-stifter-augsburg.de

Die meisten begünstigten Einrichtungen kommen aus der Region: Für die „Albatros“ Hospizgruppe, nahm Hospizleiterin Renate Flach die Unterstützung in Empfang. Die Hospizarbeit soll ein lebenswertes Leben der letzten Tage in der Umgebung gewährleisten, in der sich der Mensch am liebsten aufhält und die Angehörigen unterstützen. Die meisten Mitarbeiter arbeiten bei „Albatros“ ehrenamtlich. Auch Angehörige bei der Trauerarbeit zu unterstützen, gehört zu ihren Aufgaben.

Bunter Kreis e. V., Gründungsmitglied Angelika Lang freute sich sehr über die Unterstützung der Einrichtung, die seit über 25 Jahren Familien mit chronisch kreb- und schwerkranken Kindern in unserer schwäbischen Region betreut.

Für die Ortsgruppe Augsburg, eine von 23 Ortsgruppen in Stadt- und Landkreis, des BUND Naturschutz stellte Bernhard Uffinger die Natur in den Fokus, sie darf nicht zu kurz kommen. Gerade beim Arten- und Biotopschutz arbeiten man auch eng mit den Behörden zusammen und gibt z. B. Bestandsdaten weiter.

Für Wolfgang Rockelmann, Bürgerstiftung Sozialstation Friedberg e. V., steht der Wert des selbstbestimmten Lebens in den eigenen vier Wänden im Fokus. Hierfür bietet die Sozialstation eine bunte Palette von entlastenden und das Leben erleichternden Diensten an.

Roswitha Kugelmann will mit

dem „contact-Dorf“ ein gemeinschaftliches Wohnprojekt mitten in Augsburg errichten - sozial, ökologisch und ökonomisch ausgerichtet. Dafür wurde die „Gemeinsam.Besser.Leben“-Stiftung gegründet.

Ingeborg Tschierse, stv. Geschäftsführerin, vertrat die Elterninitiative krebskranker Kinder in Augsburg - Lichtblicke e. V., die krebskranken Kinder und Eltern während der langen Zeit in der Klinik unterstützt.

Für den Fritz-Felsenstein-Haus e. V. nahm Vorstand Gregor Beck die Spende entgegen. Der Verein steht für die Betreuung, Förderung, Therapie und Beratung körperbehinderter Kinder, Jugendlicher und Erwachsener. Menschen mit Behinderung sollen an allen Teilen des öffentlichen Lebens teilhaben.

Conrad Rebholz ist seit 20 Jahren Vorstand des Goldenen Saal Verein e. V. Sponsoren und neue Mitglieder werden immer gesucht, schließlich will man bis 2023 die Rekonstruktion des dritten Fürstzimmers im Augsburger Rathaus geschafft haben - pünktlich zum 450. Geburtstag von Elias Holl. Die Spende aus der Stiftergemeinschaft trägt dazu bei.

Die Stiftung Leben-Raum im Haus der Stifter unterstützt die Kinder-Direkt Hilfe Ecuador. Die Mittel fließen in den Erhalt des Kindergartens San Gabriel. Isabella Abert sen. von der Kinder-Direkt Hilfe freut sich, dass die Arbeiten an dem Gebäude weitergehen können.

Daniel Speinle von der Lebenshilfe Augsburg, erzählte von der Freude, die autistische Kinder beim spielerischen Lernen mit dem iPad entwickeln - nur eines der Projekte, das die Stiftung „Zukunft stiften“ unterstützt.

Schon viel bewegt hat der Förderverein „mukis“, u.a. vertreten durch den Vorsitzenden Ex-MdL Max Strehle, in der neuen Kinderklinik Augsburg und dem Mutter-Kind-Zentrum Schwaben. Durch die Arbeit des Fördervereins soll kleinen Patienten und deren Eltern der Aufenthalt in der Klinik so angenehm wie möglich gemacht werden.

Im Haus der Stifter fühlt sich auch eine Sportstiftung wohl. Die Post SV-Stiftung wird mit der Spende Baumaßnahmen der Westparkschule (KiTa bzw. Grundschule) unterstützen, so Post SV-Präsident Heinz Krötz.

Auch die Regens-Wagner-Stif-

Kritik am Drei-Säulen-Modell im deutschen Bankensektor:

Fehleinschätzung von Standard & Poor's

Bayerns Volksbanken und Raiffeisenbanken haben keinerlei Verständnis für die aktuelle Kritik des amerikanischen Ratingunternehmens Standard & Poor's am Drei-Säulen-Modell des deutschen Finanzsektors. Die Analysten werfen Sparkassen und Genossenschaftsbanken vor, aufgrund ihrer führenden Marktposition die Profitabilität des Bankgeschäfts in Deutschland zu belasten. Dies vermindere Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit der Branche, wie die Börsen-Zeitung berichtete.

„Wettbewerb ist keine Ausrede für Schwäche“, kommentiert Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, die Kritik. Das dreigliedrige Bankensystem ermögliche es durchaus, solide Eigenkapitalrenditen zu erwirtschaften und Ausschüttungen an die Eigentümer zu leisten. Das hätten die Regionalbanken mit ihren Geschäftsmodellen bewiesen, die auf eine flächendeckende Versorgung von Verbrauchern und Mittelstand abzielen.

Gros: „Nur weil verschiedene Marktteilnehmer mit ihrer eigenen Entwicklung unzufrieden

sind, ist das noch lange kein Grund, das Drei-Säulen-Modell in Frage zu stellen.“

Aus Sicht des GVB befeuert Standard & Poor's eine unsinnige Debatte. „Die vielfältige Banklandschaft in Deutschland hat sich bewährt. Das sollte spätestens nach der Finanzkrise jeder verstanden haben“, so Gros. Die Kunden profitierten vom Wettbewerb, zugleich sorgte das System für ein hohes Maß an Stabilität. Gros: „Dieser Standortvorteil trägt dazu bei, dass die deutsche Wirtschaft für Wachstum und Beschäftigung sorgen kann.“ □

Halbjahresbilanz MünchenerHyp:

Erfolgreiche Entwicklung weiter verstetigt

Die Münchener Hypothekbank eG stärkte im ersten Halbjahr 2016 ihre Ertragskraft weiter. Nach dem Rekordjahr 2015 stieg der Zins- und Provisionsüberschuss in den ersten sechs Monaten dieses Jahr um 3 Prozent auf 75 Mio. Euro (2015: 72,9 Mio. Euro). „Das erste Halbjahr 2016 bestätigt die Nachhaltigkeit unserer Geschäftsstrategie in einem immer wettbewerbsintensiveren Marktumfeld“, erklärte Dr. Louis Hagen, Vorstandsvorsitzender der MünchenerHyp.

So erreichte die MünchenerHyp im Neugeschäft mit 2,3 Mrd. Euro Zusagevolumen erneut das hohe Niveau des Vorjahres (2015: 2,4 Mrd. Euro). Weitere Zuwächse verzeichnete die Bank im Geschäft mit den genossenschaftlichen Partnerbanken und freien Finanzdienstleistern. Der Absatz privater Immobilienfinanzierungen über diese Kanäle stieg um 5 Prozent auf über 1,5 Mrd. Euro.

Die von der Schweizer PostFinance vermittelten Wohnimmobilienfinanzierungen entwickelten sich rückläufig, da in der Schweiz die Nachfrage am Immobilien- und Immobilienfinanzierungsmarkt nachließ. In der gewerblichen Immobilienfinanzierung – einschließlich der Finanzierung von Wohnungsunternehmen – hielt sich das Zusagevolumen mit über 500 Mio. Euro auf Vorjahreshöhe.

„Wir sind mit der Entwicklung unseres Neugeschäfts zufrieden. Es zeigt, dass man auch in der aktuellen, von einer höheren Risikoneigung gekennzeichneten Marktsituation mit konservativen Finanzierungsgrundsätzen erfolgreich sein kann“, stellte Louis Hagen fest.

Am Kapitalmarkt konnte sich die MünchenerHyp weiter zu gut-

en und stabilen Konditionen refinanzieren. Sie begab bis Ende Juli insbesondere zwei großvolumige Benchmark-Hypothekendarlehen, die jeweils stark nachgefragt wurden. Zunächst emittierte die Bank im April einen zehnjährigen Hypothekendarlehenbrief über 500 Mio. Euro, der den zu diesem Zeitpunkt höchsten Risikoabschlag in seinem Laufzeitsegment erzielte. Wenige Monate darauf konnte die Bank diesen Hypothekendarlehenbrief zu noch besseren Konditionen um 250 Mio. Euro auf 750 Mio. Euro aufstocken. Im Juli folgte ein dreijähriger Hypothekendarlehenbrief über 600 Mio. US-Dollar, der international eine sehr positive Resonanz fand.

Die Risikosituation in der Immobilienfinanzierung zeigt sich weiterhin stabil, die Zuführungen zur Risikoversorge bewegen sich auf niedrigem Niveau. Das Betriebsergebnis nach Risikoversorge stieg um 3,6 Mio. Euro auf 27,1 Mio. Euro. Nach Abzug der Steuer betrug der zeitanteilige Jahresüberschuss 14,6 Mio. Euro (2015: 13,7 Mio. Euro). Die Bilanzsumme belief sich zum 30. Juni 2016 auf 38,7 Mrd. Euro, nach 38,1 Mrd. Euro zum Jahresende 2015. □

tungen wurden bedacht, was Schwester Antonia Stegmüller freute. Die Regens-Wagner-Stiftungen bieten für Menschen mit Behinderung verschiedene Angebote und Dienstleistungen im Bereich Bildung und Ausbildung, Arbeit und Beschäftigung, Wohnen, Beratung und ambulante und mobile Dienste in 14 regionalen Zentren an.

Die Stiftung Afralerchen im Haus der Stifter unterstützt das Seniorenheim St. Afra. Der Leiter des Heims, Gerwin Pootemans, sagt, dass von der Spende Gesangsbücher gekauft werden.

Für den „Sozialdienst katholischer Frauen“ bestätigt Karin Lang, dass die Spende zweckgebunden der Mädchenhilfe zugute kommt.

Benachteiligten Kindern und jungen Menschen gleiche Chancen zu bieten hat sich das SOS Kinderdorf auf seine Fahnen ge-

schrieben, so Helmut Kast, Leiter des SOS Kinderdorf Augsburg. SOS in Augsburg steht u.a. für betreutes Jugendwohnen, Familienberatung, ein Familienzentrum und eine Kindergrüppchen.

Geschäftsführerin Christine Sieberth schaute für das St. Vinzenz Hospiz Augsburg e.V. vorbei. Die Spende wird für die Arbeit des Hospizdienstes und die menschenwürdige Sterbebegleitung eingesetzt. Neben dem stationären Hospiz in Hochzoll gehört auch ein ambulanter Hospiz- und Palliativberatungsdienst, Hospizarbeit in Alten- und Pflegeheimen und Trauerbegleitung zu den Aufgaben des Vereins.

Der Tierschutzverein Augsburg und Umgebung erhält seine Spende gezielt für den Bau des Katzenhauses aus der Stiftung Samtpfoten im Haus der Stifter. Mit dem Bau soll im kommenden Jahr begonnen werden. □

Recycling ist Zukunft

Studie des Öko-Instituts: Leistungen und Potenziale des dualen Systems

In der Untersuchung „Recycling ist Zukunft – ökologische Leistungen und Potenziale des dualen Systems“ erstellt das Öko-Institut im Auftrag der DSD – Duales System Holding GmbH & Co. KG nicht nur eine umfassende Ökobilanz, um die Belastungen für Umwelt und Klima zu ermitteln, die durch das duale System für die Erfassung und Verwertung von Verkaufsverpackungen in Deutschland entstehen. In der von einem unabhängigen Gutachter geprüften Studie nimmt das Öko-Institut vor allem auch die Zukunft ins Visier und untersucht anhand von Szenarien die Potenziale des dualen Systems. Diese Analyse lässt erstmals wichtige Schlussfolgerungen für politische und wirtschaftliche Entscheidungen zu.

Wie die Studie aufzeigt, stecken im dualen System weitere große Potenziale. Durch eine gezielte Weiterentwicklung und Optimierung können diese Potenziale gehoben und der Nutzen des dualen Systems kann weiter ausgebaut werden.

Niedrigere Restmüllmenge

Von 1990 bis 2014 ist die Restmüllmenge erheblich gesunken,

bvse-Entsorgungsgemeinschaft:

Positive Bilanz zum 20-jährigen Bestehen

Anlässlich ihres 20-jährigen Bestehens hat die bvse-Entsorgungsgemeinschaft eine Vorstandsklausur und eine Mitgliederversammlung durchgeführt. Die bvse-Entsorgungsgemeinschaft wurde 1996 in Bonn gegründet. Aus den damals sieben Gründungsmitgliedern ist inzwischen eine bundesweit arbeitende Entsorgungsgemeinschaft mit 300 Mitgliedsunternehmen geworden. „Hier wurde mit Einsatz, Teamgeist und toller Arbeit eine Erfolgsstory geschrieben“, würdigte der Vorsitzende Peter J. Obieglo die Arbeit des Verbandes in den vergangenen Jahren.

Dabei dankte Obieglo vor allem den Frauen und Männer des Überwachungsausschusses, die in ehrenamtlicher Tätigkeit viele Stunden mit dem Studium und der Bewertung anonymisierter Überwachungsberichte verbringen und so maßgeblich an der Qualitätssicherung der bvse-Entsorgungsgemeinschaft mitwirken. Ebenso dankte er den Vorstandsmitgliedern für ihren engagierten Einsatz sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstelle, die jederzeit kompetent und hilfsbereit den Mitgliedsbetrieben mit Rat und Tat zur Verfügung stehen.

Ziel und Zweck der bvse-Entsorgungsgemeinschaft ist es, kleine und mittelständische Unternehmen zu Entsorgungsfachbetrieben zu zertifizieren. Dazu gehört ein umfassendes Betreuungs-, Beratungs-, Seminar- und Informationsangebot. Darauf sind mittelständische Unternehmen angewiesen, wenn sie im Wettbewerb gegen kommunale Unternehmen oder private Konzerne bestehen wollen. Unternehmen, die als Entsorgungsfachbetrieb zertifiziert sind, können ihren Auftraggebern die notwendige Sicherheit für eine qualifizierte Abfallentsorgung bis hin zur Herstellung von Sekundärrohstoffen und innovativen Recyclingprozessen geben. „Der Entsorgungsfachbetrieb hat sich inzwischen eine große Akzeptanz in allen wichtigen Wirtschaftsbereichen, von der Industrie, über das Handwerk bis hin zum Handel, erarbeitet“, betonte der Vorsitzende der bvse-Entsorgungsgemeinschaft.

„So verständlich der unausgesprochene Wunsch der Unternehmen, die sich dem freiwilligen Überwachungsregime „Entsorgungsfachbetrieb“ unterwerfen haben, nach einer größeren Würdigung ihrer Anstrengungen durch Verwaltung oder Politik auch sein mag, das wichtigste Ziel der Entsorgungsgemeinschaft ist und bleibt die Qualitätssicherung in und für unsere Mitgliedsunternehmen. Damit schaffen sich unsere Unternehmen ihren Mehrwert, ihre Benefits selbst“, betonte Peter J. Obieglo. Mit dem Kreislaufwirtschafts-

gesetz, das 2012 in Kraft gesetzt wurde, hat der Bundesgesetzgeber den Entsorgungsfachbetrieb bestätigt und gestärkt. Momentan wird an einer Novelle der Entsorgungsfachbetriebsverordnung gearbeitet. „Wir sehen leider die Tendenz, dass der behördliche Einfluss auf die Sachverständigenorganisationen und Entsorgungsgemeinschaften forciert werden soll, auch wenn im Vergleich zum ersten Arbeitsentwurf erhebliche Verbesserungen erreicht werden konnten. Festzustellen ist, dass insgesamt schärfere Kontrolle, mehr behördlicher Einfluss und mehr Bürokratie auf die Entsorgungsfachbetriebe sowie die Technischen Überwachungsorganisationen und Entsorgungsgemeinschaften zukommt“, stellt Obieglo in der Mitgliederversammlung der bvse-Entsorgungsgemeinschaft fest und bedauert, dass im Gegenzug keine adäquate Anrechnung der erheblichen finanziellen, administrativen und personellen Anstrengungen der Entsorgungsfachbetriebe erfolgt.

Praktikable Vorschläge

Die bvse-Entsorgungsgemeinschaft hat dazu eine Reihe von praktikablen Vorschlägen gemacht, wie beispielsweise eine verringerte behördliche Überwachungsfrequenz, die Berücksichtigung bereits durch die Zertifizierung überprüfter Sachverhalte, aber auch eine Gebührenfreistellung bzw. -anrechnung bei Vor-Ort-Überprüfungen durch die zuständigen Überwachungsbehörden. Aktuell könnte der Entsorgungsfachbetrieb auch bei der Novellierung der TA Luft hinsichtlich der Eignung der Betriebsorganisation des Anlagenbetreibers angerechnet werden.

Nach 20 Jahren Entsorgungsfachbetriebszertifizierung, zieht die bvse-Entsorgungsgemeinschaft jedoch eine insgesamt positive Bilanz: „Der Entsorgungsfachbetrieb hat das Niveau der Recycling- und Entsorgungsbranche deutlich angehoben und die Unternehmen besser gemacht. In den Unternehmen vor 20 Jahren gab es in der Regel keine schriftlich dokumentierten Betriebsan-

weisungen, Stellenbeschreibungen, Sicherheitsbelehrungen und Einweisungen an Maschinen und Geräten. Das erscheint heute undenkbar, aber man muss sich daran erinnern, um zu erkennen, welche Fortschritte erreicht wurden“, betonte Obieglo.

Beitrag zum Umweltschutz

Die Wertstoffmengen, die getrennt erfasst und einer Verwertung zugeführt werden, nämlich Papier, Pappe und Karton (PPK), Glas und Leichtverpackungen, nahmen dagegen deutlich zu. Hier wurde eine Steigerung auf das 3,5-Fache erreicht. Allerdings werden auch mehr Verpackungen verbraucht: Insgesamt wuchs die Verpackungsmenge zwischen 1990 und 2014 um 6,2 Prozent an. Gründe hierfür sind unter ande-

rem die steigende Zahl der Singlehaushalte, Urbanisierungstendenzen und der wachsende Internethandel. Die Ergebnisse der Ökobilanz bestätigen: Das duale System leistet einen relevanten Beitrag zum Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz.

Insgesamt erbringt das duale System durch die Verwertung der Leichtverpackungen pro Jahr eine Entlastung der Umwelt um 1,9 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente. Von 1990 bis 2014 wurde außerdem der Klimaschutzbeitrag durch das Recycling von Papier, Pappe und Karton um den Faktor 7,5 gesteigert und liegt heute bei gut 350.000 Tonnen CO₂-Äquivalenten. Das Recycling von Glas entlastet die Umwelt zusätzlich um etwa 800.000 Tonnen CO₂-Äquivalente. Der Gesamtbeitrag des Verpackungsrecyclings von Leichtverpackungen, Glas und PPK liegt damit bei 3,1 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten.

„Wir setzen aber alles daran unsere Mitgliedsbetriebe mit Fachwissen und Service zu unterstützen – auch wenn es um neue Entwicklungen geht. So gehen wir davon aus, dass zukünftig Fragen der Energieeffizienz und Energieprognosen zur Abschöpfung von Einsparungspotenzialen und nachhaltiger Bewirtschaftung eine immer größere Rolle im Unternehmensalltag spielen werden“, erklärte der Vorsitzende der bvse-Entsorgungsgemeinschaft abschließend. □

rem die steigende Zahl der Singlehaushalte, Urbanisierungstendenzen und der wachsende Internethandel. Die Ergebnisse der Ökobilanz bestätigen: Das duale System leistet einen relevanten Beitrag zum Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz.

Insgesamt erbringt das duale System durch die Verwertung der Leichtverpackungen pro Jahr eine Entlastung der Umwelt um 1,9 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente. Von 1990 bis 2014 wurde außerdem der Klimaschutzbeitrag durch das Recycling von Papier, Pappe und Karton um den Faktor 7,5 gesteigert und liegt heute bei gut 350.000 Tonnen CO₂-Äquivalenten. Das Recycling von Glas entlastet die Umwelt zusätzlich um etwa 800.000 Tonnen CO₂-Äquivalente. Der Gesamtbeitrag des Verpackungsrecyclings von Leichtverpackungen, Glas und PPK liegt damit bei 3,1 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten.

Beste Klimabilanz

Das Recycling von Leichtverpackungen hat die mit Abstand beste Klimabilanz aller Fraktionen und trägt damit überproportional viel zum Klimaschutz bei. Obwohl die Restmüllmenge fünf Mal größer ist als die Menge an Leichtverpackungen, trägt deren Recycling 19 Mal mehr zur Entlastung des Klimas bei als die Entsorgung des Restmülls. Da Restmüll überwiegend verbrannt wird, zeigt sich auch deutlich: Stoffliche Verwertung ist umweltfreundlicher als energetische Verwertung. So ist es nicht verwunderlich, dass insgesamt mehr als die Hälfte des Klimaschutzbeitrags aus der Verwertung von Abfällen dem

dualen System zuzuordnen ist. Damit trägt das duale System auch maßgeblich dazu bei, dass Deutschland seine Klimaziele erreichen kann. Denn der Anteil der deutschen Siedlungsabfallwirtschaft an der insgesamt geplanten Reduktion von 40 Prozent der Treibhausgasemissionen in Deutschland zwischen 1990 und 2020 liegt bei beachtlichen zehn Prozent.

Je nachdem, wie Abfall behandelt wird, entsteht zusätzliches Treibhausgas (Belastung) oder es wird vermieden (Entlastung). 1990 belastete die Abfallwirtschaft das Klima vor allem durch die Deponierung unbehandelter Abfälle. 2014 überwogen dagegen die Entlastungen, da kaum noch Abfälle deponiert, ein Großteil aber stofflich oder energetisch verwertet wurde.

Überlegenes Recycling

Auch für alle anderen in der Ökobilanz betrachteten Umweltkategorien ist der Beitrag des dualen Systems zum Ressourcen- und Umweltschutz klar ersichtlich. Die Versauerung der Böden wird verringert, die Belastung durch Phosphatäquivalente, die sogenannte terrestrische Eutrophierung, erheblich reduziert und darüber hinaus werden fossile energetische Ressourcen, beispielsweise Kohle und Öl, eingespart. Unter Umweltgesichtspunkten ist Recycling dabei in der Gesamtschau den Verfahren der energetischen Verwertung überlegen.

Laut Studie könnten die Umweltentlastungen erheblich gesteigert werden: Durch die Ausweitung der Erfassungsmenge, optimierte Getrennthaltungskonzepte und eine flächendeckende Sortierung auf dem

Stand der heutigen Technik könnte das duale System einen noch größeren Beitrag zum Umweltschutz leisten. Dieser könnte sich bei optimaler Entwicklung und unter Einbeziehung der Gutschriften für Glas sowie Papier, Pappe und Karton auf über 4,7 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente pro Jahr summieren. Der Ausbau des dualen Systems würde auch zu einer klaren Verringerung der Versauerung, der Eutrophierung und des Verbrauchs fossiler energetischer Ressourcen führen.

Die ökologische Überlegenheit des Recyclings gegenüber der Verbrennung wird in Zukunft weiter zunehmen: Alle heute absehbaren Trends lassen die Überlegenheit des Recyclings gegenüber der energetischen Verwertung zukünftig noch weiter ansteigen. So verringern etwa grünerer Strom- und Wärmemix im Zuge der Energiewende den ökologischen Mehrwert der Strom- und Wärmeerzeugung durch energetische Verwertung.

Steuerungsmöglichkeiten

Der Politik stehen bei der Weiterentwicklung des dualen Systems und der Nutzung seines Potenzials große Steuerungsmöglichkeiten zur Verfügung: Höhere Quoten für das Kunststoffrecycling, eine Erleichterung der Sortierung in den Haushalten (beispielsweise durch die Einführung der Wertstofftonne), Anreize für die Verwendung besser recycelbarer Verpackungsmaterialien (Design for Recycling) sowie Sicherheit im Hinblick auf die notwendigen Investitionen in Innovationen und technischen Fortschritt stellen – gerade in ihrer Kombination – wirkungsvolle Stellschrauben dar. **DK**

Gesundes Wasser ist lebenswichtig

Aquapura Systems® ist Ihr Partner für gutes Wasser.



A green technology for a blue planet.

Die Aquapura Systems GmbH bietet als **Marktführer unter allen Wasser-aufbereitern** Hightech-Anlagen, die als Bypass-System nach dem Wasseranschluss eingesetzt werden. Mit dem **innovativen Produkt Annolyte®** setzt Aquapura Systems® neue Maßstäbe in der (Trink-)Wasser-Desinfektion. Aquapura Systems® bietet ein **einzigartiges Membran-Elektrolyse-Verfahren** mit höchst effizienter Wirkungsweise und **absolute Keimfreiheit zu 99,9 %** bis zur letzten Entnahmestelle. Es handelt sich um eine **rein biologische Desinfektion** durch das **zertifizierte Annolyte®**, das eine **biokompatible** und nachweislich **humanidentische** Wasseraufbereitung gewährleistet. Die nachhaltige Trinkwasserentkeimung entspricht der **Trinkwasserverordnung**. Das **weltweit einzige Verfahren** auf humanidentischer Basis verfügt über eine nachgewiesene absolute Unschädlichkeit gegenüber Lebewesen. Aquapura Systems® ist ein vielfach bewährtes und **geprüftes System made in Germany**.

Aquapura systems

Telefon +49 (0)7032-921 354-0 / www.aquapura-systems.de

Aquapura Systems® ist Mitglied bei GWP, IVD und DVGW und besitzt als einziger Anbieter die Zertifizierung des Heidelberger Hygiene Rating „Initiative nachhaltige Hygiene“

Wettbewerb in der Restmüllfassung:

Trend zur Rekommunalisierung

Neue Studie des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie

Eine Studie des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie hat das Ausmaß kommunaler Betätigung bei der Restmüllentsorgung in Deutschland empirisch ermittelt. Die vorliegende Arbeit entstand im Kontext eines Gutachtens, das im Auftrag des byse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e. V. erstellt wurde. Die Autoren stellten fest, dass auf Basis von 9.248 deutschen Gemeinden vor allem in Großstädten mit über 100.000 Einwohnern Kommunen die Restmüllsamm- lung fast vollständig übernommen haben.

Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass Kommunen vor allem in Großstädten bzw. in Städten

mit über 100.000 Einwohnern die Restmüllsamm- lung übernommen haben. Insgesamt wird zwar für

Bayerische Hausmüllabfuhr:

Anhaltender Verstaatlichungstrend

Während das Bundeskartellamt aktuell eine bundesweite Sektor- untersuchung durchführt, um die Wettbewerbsbedingungen in der Entsorgungswirtschaft zu überprüfen, belegt eine aktuelle Aufstellung des Verbands der Bayerischen Entsorgungsunter- nehmen (VBS), wie viele bayerische Kommunen in den vergangenen zehn Jahren die Abfallentsorgung verstaatlicht haben – was maß- geblich zur Wettbewerbsverzerrung beigetragen hat.

Wie eine aktuelle Aufstellung des VBS zeigt, hat der Anteil kommunal bewirtschafteter Land- kreise im Freistaat in den letzten zehn Jahren um mehr als 60 Pro- zent zugenommen – von 20 Krei- sen im Jahr 2006 auf 32 Kreise im Jahr 2016. In Einwohnern ausgedrückt werden 2016 zusätzlich über eine Million Bayern von Kommunalbetrieben betreut – das entspricht neun Prozent der Be- völkerung. Diese Entwicklung hat vor allem auch negative Auswir- kungen auf das Portemonnaie des Bürgers, denn wie eine Studie von IW Consult belegt, verlangen kommunale Entsorger trotz Mehr- wertsteuerprivileg im Schnitt 14 Prozent höhere Gebühren.

Niederbayern: Epizentrum des Verstaatlichungstrends

Rekommunalisierungen gab es in den Regierungsbezirken Ober- bayern, Oberfranken und Unter- franken. Ein Epizentrum dieses Verstaatlichungstrends ist aller- dings der Regierungsbezirk Nie- derbayern. Während von den zwölf Gebietskörperschaften im Jahr 2006 nur einer kommunal bewirtschaftet wurde, sind es im Jahr 2016 bereits acht Gebietskör- perschaften – ein beachtliches Plus von 700 Prozent. So herr- schen in den Landkreisen Regen, Deggendorf, Freyung-Grafenau, Passau und Straubing-Bogen so- wie in den Kreisfreien Städten Passau und Straubing inzwischen

lediglich knapp 34 % der Gebiete die Erfassung durch kommunale Unternehmen vorgenommen, ge- wichtet man die jeweiligen Ge- biete jedoch mit der Einwohner- zahl entfallen knapp 62 % der Restmüllfassung auf kommu- nale Entsorgungsunternehmen. Eine Unterteilung der jeweili- gen Gemeinden und Städte in Einwohnerklassen zeigt zudem ein deutliches Gefälle auf. Je größer die betrachtete Gemeinde bzw. Stadt, desto größer ist auch der Anteil der kommunalen Un- ternehmen an der Erfassung. So steigt der Anteil der kommunalen Entsorgungsunternehmen an den erfassten Städten und Gemeinden von rund 32 % bei Gemeinden bzw. Städten mit weniger als 10.000 Einwohnern auf gut 90 % bei Großstädten bzw. Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern. Gewichtet nach Einwohnerzahl beträgt der Anteil kommunaler Unternehmen an der Restmüll- fassung für die zuvor genannte Gruppe gar 94 %.

Im Vergleich zu den Ergeb- nissen nach dem Dominanzprinzip hat sich vor allem in der größten Klasse der Einwohnerkategorien eine Verschiebung von Markt- teilen hin zu den privatwirtschaft- lichen Unternehmen ergeben, da hier einige öffentlich-private Mischunternehmen (PPP) existie- ren. Anhand der Unterteilung nach Einwohnerklassen lässt sich somit ablesen, dass Großstädte überwie- gend durch kommunale Unterneh- men bedient werden. Dies sugge- riert, dass sich Kommunen gerade dort bevorzugt betätigen, wo die Entsorgung besonders profitabel ist. Eine etwaige Rosinenpickerei durch private Entsorger ist jeden- falls nicht erkennbar.

Eine Aufschlüsselung nach Bundesländern zeichnet ein diffe- rentzierteres Bild. Am aktivsten sind die kommunalen Entsor- gungsunternehmen demnach in den beiden Stadtstaaten Hamburg und Berlin sowie in Nordrhein- Westfalen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Weitaus geringe- re Anteile finden sich in Rhein- land-Pfalz, dem Saarland und Mecklenburg-Vorpommern. Bay- ern positioniert sich im Mittelfeld.

Auch wird ersichtlich, dass ins- gesamt etwa 66,4 % aller erfas- sten Gebiete von privaten Entsor- gungsunternehmen bedient wer- den bzw. gewichtet nach Einwoh- nern etwa 40 %. Um zu unter- suchen, inwieweit einzelne private Entsorgungsunternehmen mög- licherweise den Markt dominieren bzw. inwieweit eine Konzentri- on vorliegt, wurden die Markt- anteile für die vier größten privaten Entsorgungsunternehmen, Re- mondis, Sita, Veolia und Alba, berechnet.

Gut 32 % aller erfassten Gebie- te werden von diesen Entsor- gungsunternehmen bedient. Ge- wichtet nach Einwohnerzahl be- trägt deren Anteil allerdings ledi- glich 6,45 %. Remondis, Sita, Veolia und Alba sind vor allem in kleineren Städten und Gemein- den aktiv. Werden nur die Gebiete berücksichtigt, die überhaupt durch private Entsorgungsunter- nehmen bedient werden, entfallen gut 48 % bzw. 35 % auf die vier größten Anbieter. Der größte Wettbewerber ist hierbei eindeu- tig Remondis, gefolgt von – je nach Kalkulationsbasis – Sita und Veolia. Der kleinste der vier größ- ten Anbieter ist Alba. Insgesamt dürfte Remondis noch höhere Marktanteile besitzen, da das Un- ternehmen mindestens für Teile- gebiete in vielen Landkreisen zu- ständig ist, deren genaue Vertei- lung aufgrund fehlender Informa- tionen unklar ist.

Sollten die Wettbewerbsbedin- gungen nunmehr auch in anderen Bereichen der Abfallwirtschaft, wie etwa bei Wertstoffen, zugun- sten der Kommunen verzerrt wer- den, ist hier mit ähnlichen Re- kommunalisierungstendenzen und einer Verdrängung privater Wettbewerber zu rechnen, lautet das Fazit der Studie. **DK**

Klimaschutz durch Abfallvermeidung

Neuer Leitfaden für Kommunen im Internet abrufbar

Jede Kommune in Bayern kann durch einen überlegten Um- gang mit Ressourcen einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Ressourcenschutz leisten. Das betonte die Bayerische Umwel- tministerin Ulrike Scharf anlässlich der Fertigstellung des neu- en Leitfadens zur kommunalen Abfallvermeidung.

„Klimaschutz fängt beim Res- sourcenschutz an. Der stetig zu- nehmende Verbrauch von Roh- stoffen bedeutet mehr schädliche Umweltauswirkungen. Wir müs- sen mit unseren endlichen Res-

ourcen sparsam umgehen. Das beginnt damit, Abfälle zu vermei- den. Bei der Abfallvermeidung kann jede Kommune helfen. Mit dem neuen Leitfaden zur Abfall- vermeidung geben wir den bayerischen Kommunen einen wirkungsvollen Maßnahmenkatalog an die Hand – von Tipps beim Beschaffungswesen über Aktio- nen für die Bürger bis hin zum Repair Café. Eine klassische win- win Situation für Natur und Mensch“, so Scharf. So lässt sich beispielsweise alleine durch die Installation einer Wasserbar bei einer mittleren Gemeindeverwal- tung über 500 kg Abfall einspa- ren. Bei der Umsetzung der im Leitfaden vorgeschlagenen Maß- nahmen in allen bayerischen Kommunen könnten rund 680.000 Tonnen Abfall oder 222.000 Tonnen CO₂-Äquiva- lente eingespart werden. Das entspricht den Verkehrsemissio- nen der Stadt Augsburg von ein- em Jahr.

In Bayern ist seit 1990 die Ver- wertungsquote für Abfälle von rund 30 auf 70 Prozent gestie- gen. Die besten Abfälle sind je- doch die, die gar nicht erstentste- hen. Abfallvermeidung ist des- halb ein wesentliches Element einer modernen Kreislaufwirt- schaft. **DK**

Sechste Hofer Runde am 25. Oktober:

Das neue Verpackungsgesetz

Am 25. Oktober veranstaltet TIM CONSULT gemeinsam mit dem Abfallzweckverband Stadt und Landkreis Hof für Entscheider aus der kommunalen Abfallwirtschaft die 6. Hofer Runde. Schwer- punkte werden das neue Verpackungsgesetz, Störstoffe im Bioab- fall sowie Nutzung und Missbrauch von Online-Angeboten der Ab- fallwirtschaft sein.

Als Referenten fungieren neben Hofs OB Dr. Harald Fichtner Ralf Gruner (TIM CONSULT, Hof), Detlef Zenk (Landkreis Kulm- bach), Michael Bitzinger und Hermann Knoblich (Abfallzweckver- band Stadt und Landkreis Hof) sowie Walter Hartwig (VKU). Infos unter www.timconsult.de (Bereich „Public Management“).

DStGB-Positionspapier:

Lärmschutz weiter verbessern

Lärm ist ein wesentlicher Stressfaktor. Gerade in Ballungsräumen stellen hohe Lärmbelastungen häufig ein Umwelt- und Gesund- heitsproblem für die Anwohner dar. Neben dem Straßen- und Schienenverkehrslärm spielen insbesondere Fluglärm, Gerä- telärm, Gewerbe- und Industrielärm, aber auch Sport- und Freizeitlärm eine wichtige Rolle. Die Lärmquellen sind vielfältig und – etwa bei Flug- oder Schienenverkehrslärm – durch die Kommun- en oft kaum zu beeinflussen. Dennoch kommt der kommunalen Lärminderungsplanung als Instrument zur Verbesserung der Lebensqualität in Städten und Gemeinden eine wichtige Rolle zu, wie ein aktuelles DStGB-Positionspapier deutlich macht.

„Es darf nicht zur Regel wer- den, dass bei der Genehmigung von Freiluftveranstaltungen in den Abendstunden aufgrund der Klage eines einzelnen Bürgers die Veranstaltung untersagt wird“, heißt es darin. Städte und Gemeinden benötigten gleich- wohl eine größere Flexibilität bei der Lösung von Lärmkonflikten. Es sei erforderlich, dass maßgeb- lich gastronomisch geprägte Be- reiche als „Ausgehquartieren“ mit längeren Öffnungszeiten qua- lifiziert werden können.

Volksfeste und ähnliche im Brauchtum verankerten Veran- staltungen (Stadt-, Schützenfeste u. ä.) seien wichtig für den sozia- len Zusammenhalt und ein vitales Ortsleben. Daher müssten die im- missionsschutzrechtlichen Rege- lungen der Länder (incl. Freizeit- lärm-Erlassen) soweit noch nicht geschehen angepasst werden.

Eine gute Orientierung biete die aktuelle Freizeitlärmrichtlinie der „Länderarbeitsgemeinschaft Immissionsschutz“ (LAI). So- wohl bei der Genehmigung von Veranstaltungen als „seltene Ere- eignisse“ (hier sollten mindestens 18 Veranstaltungen pro Jahr er- möglicht werden) sowie der Möglichkeit, die Nachtzeit, in der strenge Lärmrichtwerte gelten, um zwei Stunden hinauszuschie- ben, benötigten die Kommunen Entscheidungsspielräume. Nur dann könne eine zuverlässige und rechtssichere Planung erfolgen. Wichtig sei, dass der Anwohner- schutz gewahrt bleibt.

Mit Blick auf die Genehmigung bzw. Untersagung einer Freiluft- veranstaltung in den Abendstun- den müsse auch das wirtschaftliche Interesse einer Kommune an der Durchführung einer Veran- staltung als abwägungsrelevanter Be- lang verbindlich festgeschrieben werden. Bund und Länder soll- ten zudem prüfen, inwieweit bei lärmbedingten Einwendungen zukünftig eine größere Anzahl an Beschwerdeführern zur Grundla- ge „berechtigter Belange“ ge- macht werden kann.

Kinderlärm müsse auch in Zu- kunft unter einem besonderen To- leranzgebot der Gesellschaft ste- hen, heißt es in dem Papier. Daher seien die im Bundesimmissions- schutzgesetz (BImSchG) sowie die in der Baunutzungsverord- nung (BauNVO) vorgenomme- nen Änderungen zur Privilegier- ung von Kinderlärm ausdrück- lich zu begrüßen.

Kindertageseinrichtungen und Kinderspielplätze seien in reinen Wohngebieten generell zuzulas- sen, und zwar in einer Größen- ordnung, die der Gebietsversor- gung angemessen ist. An diesem

Grundsatz müsse festgehalten werden, denn der Ausbau der Kinderbetreuung und das Recht auf wohnortnahe Angebote bringe es gerade mit sich, dass Be- treuungseinrichtungen dort ge- schaffen werden, wo Kinder ihr Zuhause haben.

Insbesondere der Vereinssport von Kindern und Jugendlichen müsse beim Lärmschutz privile- giert werden. Um den Sport- und Spielbetrieb zu gewährleisten, seien die Bemessungszeiten für den Vereinssport von Kindern und Jugendlichen anzupassen. Hierzu zählten eine Streichung der nachmittäglichen Ruhezeit (13 bis 15 Uhr) – auch an Sonn- und Feiertagen – sowie die Er- möglichkeit von Sportaktivitäten auch in den Abendstunden.

Da Lärmkonflikte nicht allein durch Regulierung gelöst werden können, müssten Moderations- verfahren weiterentwickelt wer- den. Hier könne etwa der soge- nannte Nachbürgermeister, der schon in verschiedenen Städten er- probt wird, helfen. Lösungsansät- ze durch Förderung von Toleranz und gegenseitigem Aushandeln von Spielräumen zu finden.

Aus kommunaler Sicht sollte Verkehr – wo möglich – reduziert werden. Nach dem Vorbild der „Stadt der kurzen Wege“ müssten insbesondere der Radverkehr so- wie der ÖPNV (Bus, Straßen- bahn, Bahn) konsequent geför- dert und ausgebaut werden. Dies trage nicht nur zur Umweltent- lastung, sondern auch zur Lärmre- duzierung bei. Bund und Länder seien aufgefordert, die Kommun- en bei der Umsetzung ent- sprechender Mobilitätskonzepte zu unterstützen. „Insoweit gilt: Lärmschutz auf Kosten der Mo- bilität (Verkehrsverbote) ist nicht akzeptabel. Lärmschutz durch Förderung stadtverträglicher Mo- bilität aber eine sinnvolle Alterna- tive.“ Hierzu gehörten die Förde- rung von Elektromobilität und technischer Minderungsmaß- nahmen, die Vorrang vor nur lokal wirksamen Maßnahmen, wie zum Beispiel Lärmschutzwän- den, haben sollten.

Die Umrüstung auf lärmarme Bremsen im Güterverkehr (sog. LL Sohlen) sei nötig und sollte mit großen Anstrengungen fort- gesetzt werden, urteilt der Deut- sche Städte- und Gemeindebund. Dazu gehöre auch die konsequen- te Umsetzung eines lärmorien- tierten Trassenpreissystems. Er- forderlich sei eine deutliche Preis- spreizung zwischen lärmarmen und lauten Zügen, damit die Ei- senbahnunternehmen ein unter- nehmerisches Interesse an leisen Zügen bekommen. **DK**

Recyclingbaustoffe aus Bayern



BAUSTOFF
RECYCLING
BAYERN

Der Umwelt zuliebe
nur mit diesem Zeichen!

- sind geprüft, güteüberwacht und zertifiziert.
- gewährleisten die ordnungsgemäße und schadlose Verwertung gemäß KrWG
- garantieren die Übereinstimmung mit bau- und umwelttechnischen Regelwerken
- schaffen Vertrauen zwischen Hersteller, Anwender und Behörden

www.baustoffrecycling-bayern.de

Halbjahresstatistik 2016:

Noch immer zu viele Verkehrstote in Bayern

Die Verkehrsunfallstatistik für das erste Halbjahr weist ein gemischtes Ergebnis aus. Erfreulicherweise habe es in Bayern weniger getötete Motorradfahrer, Radler und Fußgänger gegeben. Sehr bedenklich sei jedoch der starke Anstieg getöteter Autoinsassen insbesondere der Gurtmuffel. Dies erklärte Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann anlässlich der Präsentation der aktuellen Halbjahresstatistik.

Besorgt zeigte sich der Minister vor allem auch wegen des deutlichen Anstiegs der tödlichen Geschwindigkeitsunfälle. Offenbar fehle bei vielen Autofahrern noch die nötige Einsicht. Daher seien weiterhin konsequente Polizeikontrollen notwendig, insbesondere auf Landstraßen. Darüber hinaus werde es in Bayern zum Schuljahresanfang Mitte September mehrtägige Schwerpunktaktionen der Polizei geben, kündigte Herrmann an.

Von Januar bis Juni habe die Polizei 190.793 Verkehrsunfälle registriert. Dabei seien 273 Menschen ums Leben gekommen (+ 0,7% gegenüber 2015) 32.175 Personen seien verletzt worden. Die Zahl getöteter Motorradfahrer habe um 23,8% auf 48 abgenommen, 21 Radfahrer (- 40%) und 37 Fußgänger (- 21,3%) sei-

ums Leben gekommen. Hingegen habe die Zahl der getöteten Autoinsassen um 43,5% auf 155 zugenommen, erläuterte der Verkehrsminister.

9.790 Verkehrsunfälle in Bayern seien auf nicht angepasste oder zu hohe Geschwindigkeit zurückzuführen (+ 149%), 90 Menschen seien getötet worden (+9,8%). Davon hätten 35 Personen ihr Leben verloren, weil sie nicht angegurtet waren. Dies seien zehn mehr als im ersten Halbjahr 2015.

Alkoholbedingte Verkehrsunfälle seien mit 2.082 auf dem Niveau des Vorjahres geblieben. Dabei habe es 28 Tote (23 im ersten Halbjahr 2015) gegeben. Um 0,5% auf 183 abgenommen habe die Zahl der Unfälle unter Drogeneinfluss, wobei fünf Menschen getötet worden seien. **rm**

Mittelstandsschutz durch Ausschreibungen

Durch Veränderungen im europäischen und deutschen Ordnungsrahmen kommt es im Nahverkehr verstärkt zu Ausschreibungs- und Genehmigungswettbewerben. Der Landesverband bayerischer Omnibusunternehmen (LBO) zitiert in seinem aktuellen „LBO-Parlaments-Express“ ein KPMG-Gutachten, wonach die privaten Verkehrsunternehmen in Bayern Verlierer des Ausschreibungswettbewerbs seien. Hierüber berichtet die Fachzeitschrift „Der Rote Renner“.

Aus diesem Anlass nimmt der MVV zu dieser Thematik Stellung, weil die langjährigen Erfahrungen mit Wettbewerb im MVV-Regionalbusverkehr eine andere Sprache sprechen und den vom LBO zitierten Aussagen diametral widersprechen.

Nach Aussagen des LBO stellt ein KPMG-Gutachten fest, dass die privaten Verkehrsunternehmen Verlierer des Ausschreibungswettbewerbs in Bayern seien. In den kommenden Jahren werde eine Liberalisierung des ÖPNV-Marktes in Bayern dazu führen, dass mit dem Eindringen neuer Marktteilnehmer ein starker Konzentrations- und Verdrängungswettbewerb stattfinden werde.

Die Erfahrungen im MVV-Regionalbusverkehr belegen das Gegenteil. Seit 20 Jahren werden Leistungen im MVV-Regionalbusverkehr erfolgreich ausgeschrieben, der MVV war deutsch-

landweit einer der Vorreiter des Ausschreibungswettbewerbs, mit über 200 Vergabeverfahren dürften nirgendwo in Bayern und Deutschland vergleichbare Erfahrungen vorliegen.

Über 200 Verfahren

Gewinner der Ausschreibungen in diesen über 200 Verfahren waren hauptsächlich ansässige, mittelständische Verkehrsunternehmen. Die bestehende mittelständische Struktur der Unternehmen konnte erfolgreich verteidigt und sogar ausgebaut werden. Aktuell beträgt der Marktanteil der mittelständischen Verkehrsunternehmen an der Verkehrsleistung des MVV-Regionalbusverkehrs – gemessen in Nutzwagenkilometern – rund 65 Prozent. 1996, vor Beginn der Ausschreibungen, lag dieser Anteil lediglich bei nur 43 Prozent. Neue Marktteilnehmer

Würzburger Beitragstage am 10. und 11. Oktober 2016:

Erschließungs- und Straßenbaubeitragsrecht

Am 10. und 11. Oktober finden in der Julius-Maximilians-Universität die Würzburger Beitragstage 2016 statt. Das Fachseminar, veranstaltet vom Institut für Städtebau Berlin, ist für alle Fachleute geeignet, die mit der Erhebung von Erschließungs- und Straßenbaubeiträgen einschließlich der Anwendung von Beitragssatzungen auf Seiten der öffentlichen Hand oder auf privater Seite betraut sind.

Erstmals erarbeiten die Teilnehmer gemeinsam mit Hilfe von Experten der kommunalen Spitzenverbände (u. a. Claudia Drescher/Bayerischer Gemeindefachrat) und unter der Leitung von Prof. Dr. Hans-Joachim Driehaus (Erschließungsbeitragsrecht) und Andreas Schmitz (Straßenbaubeitragsrecht) ein Beispiel eines Satzungsmusters. Dazu wird den Teilnehmern drei Wochen vor Veranstaltungsbeginn der Entwurf eines kommentierten Satzungsmusters zugeleitet, der im Rahmen der Beitragstage durch die Erfahrungen der Teilnehmer ergänzt und als Satzungsmuster beschlossen wird.

Darüber hinaus werden in bewährter Weise das System des Erschließungs- und des Straßenbaubeitragsrechts sowie der aktuelle Stand der Rechtsprechung erläutert. Ein weiterer Schwerpunkt des Seminars werden die Vorstellungen der Änderungen des Erschließungsbeitragsrechts in Bayern durch die Neufassung des Art. 5a BayKAG und ein Referat über die Vor- und Nachteile sowie Anwendungsprobleme der neu eingeführten Abgabensart „Wiederkehrende Beiträge“ sein. Im Mittelpunkt aller Erörterungen steht das Anliegen, Wege zu preiswerter Erschließung und zu einer „wasserdichten“ Abrechnung und Erhebung von Beiträgen aufzuzeigen.

Diskussionsrunden bieten ausreichend Gelegenheit für Erfahrungsaustausch und Nachfrage. Dabei werden die Referenten in ergänzenden, referatsmäßigen Ausführungen auf die Fragen der Teilnehmer eingehen. Aktuelle Fallbeispiele aus dem Kreis der Teilnehmer können vorgetragen und besprochen werden. Zur Vorbereitung des Seminars bittet das Institut für Städtebau und Wohnungswesen München um rechtzeitige Zusendung entsprechender Unterlagen.

Anmeldung und Information: Institut für Städtebau und Wohnungswesen München, Tel: 089 54 27 06-0, Fax 089 54 27 06-23, office@isw.de, www.isw-isb.de **DK**

spielen im MVV-Regionalbusverkehr keine wesentliche Rolle.

Durch die Ausschreibungen konnten zudem erhebliche Effizienzgewinne und Kostenreduzierungen erzielt werden. Die Landkreise im MVV als Aufgabenträger im MVV-Regionalbusverkehr haben die Haushaltsmittel nicht etwa eingespart, sondern in Mehrleistungen reinvestiert. Gab es 1996 im MVV-Regionalbusverkehr noch 181 Linien mit rund 17 Millionen Wagenkilometern, sind es 2016 258 Linien mit voraussichtlich 36 Millionen Wagenkilometern. Eine Leistungsausweitung, die kein anderer Verbundraum in Deutschland in dieser Größenordnung kennt. Hiervon profitieren nicht nur die Verkehrsunternehmen, die ja diese Mehrleistungen erbringen, sondern vor allem die Bürger und Fahrgäste, die die Leistungen auch gut annehmen.

Laut LBO spricht das KPMG-Gutachten die auch sonst häufig verbreiteten Kritikpunkte des Wettbewerbs Qualitäts- und Sozialdumping an. Diese wurden im MVV-Regionalbusverkehr ausgeschlossen durch konsequente De-

finition, Vorgabe und Kontrolle von hohen Qualitätsstandards. Ein Qualitäts- und Sozialdumping konnte auch deshalb ausgeschlossen werden, weil Ausschreibungsgewinner hauptsächlich mittelständische Unternehmen waren – die übrigen zugleich Mitglieder des LBO sind.

Fazit: Im Nahverkehr findet durch die Liberalisierung gerade ein Paradigmenwechsel statt. Das bringt für alle beteiligten Chancen und Risiken. So kann es tatsächlich zu den angesprochenen, nicht gewünschten Veränderungen bei mittelständischen Strukturen kommen. Die Risiken dürfen aber nicht einseitig nur einem Ausschreibungswettbewerb angelastet werden. Unkalkulierbarer scheint – wie die aktuelle Entwicklung zeigt – der im eigenwirtschaftlichen Bereich zunehmende Genehmigungswettbewerb. Auch dürfen die Risiken nicht überbewertet und die Chancen nicht unterbewertet werden. Wichtig ist eine ausgewogene Betrachtung. Wettbewerb ist schließlich ein Grundpfeiler unserer Wirtschaftsordnung. **□**

Neue Mobilitätszentrale im Landkreis Passau

Im Rahmen des Projekts „immerMobil im Landkreis Passau“ ist die Mobilitätszentrale Passau eröffnet worden. Bundesweit ist sie ein einzigartiger Service für Fahrgäste, die sich ab sofort online, telefonisch oder persönlich zu Fahrplan und Verbindungen informieren oder gleich ihren Rufbus buchen können. Gegenüber dem Passauer Hauptbahnhof gelegen, ist sie gut erreichbar und vier Mitarbeiter stehen zur persönlichen Beratung zur Verfügung.

Die zahlreichen, attraktiven Angebote des ÖPNV in Passau werden nun an zentraler Stelle zusammengeführt, um jedem Einzelnen die für ihn passende Verbindung zu ermöglichen. Seit September ergänzen 26 weitere Rufbus-Linien die Möglichkeiten des ÖPNV und bieten 61.000 zusätzliche Fahrten im Jahr. Fahrgäste können an 160 neuen Haltestellen einsteigen.

Wer in einem Ort wohnt, der nicht an einer der sieben Linienbus-Hauptstrecken liegt, und spätestens eine Stunde vor Abfahrt bei der Mobilitätszentrale kontaktiert, kann Uhrzeit und Haltestelle des Zubringer-Gefährts zu den Linien-Hauptkorridoren nach und von Passau für sich passend vereinbaren, ab Passau entlang der sieben Hauptkorridore auch nachts. Der Interessent bekommt telefonisch, per E-Mail oder per SMS Bescheid, wann der Rufbus an einer Haltestelle in der Nähe vorfährt. Er kann solche Fahrten sogar abonnieren. Pro Fahrt braucht der Fahrgast einen normalen Fahrchein oder er leistet sich gleich ein Jahresticket für 45 Euro.

Der Rufbus rollt nur auf Bestellung. So will der Landkreis rund um die Uhr Geisterbusse vermeiden. Noch Zukunftsmusik ist es, in diesen Netzungs-service auch Privatautos von Car-Sharings und Mitfahrzentralen einzubauen sowie ein einziges Kombiticket für alle integrierten Verkehrsmittel auszugeben. Und eine immerMobil im Land-

kreis-App ist auch schon in Arbeit.

Das neue Angebot ist online unter immermobil-passau.de verfügbar. Das Projekt ist auf eine Dauer von zunächst vier Jahren ausgelegt und kostet rund 430.000 Euro, von denen der Freistaat Bayern 70 Prozent übernimmt.

Einzigartiges Projekt

Nach Auskunft von Landrat Franz Meyer ist das Projekt in dieser Form einzigartig in Deutschland. „Die wirklich guten Ideen sind ganz einfach, kommen aber genau zur richtigen Zeit“, zitierte Meyer den amerikanischen Automobil-Pionier Henry Ford. Nach dem Leitsatz „immerMobil im Landkreis Passau“ sei jetzt also die richtige Zeit für den bundesweit so noch einzigartigen Service, der jedem Bürger hilft, mit dem ÖPNV von A nach B zu kommen, und der es auch erleichtern soll, auf das Auto zu verzichten.

Dahinter steht die Überzeugung des Landrats, dass „an der Beratung von Mensch zu Mensch kein Weg vorbeiführt“. Nicht jeder werde sich auf Internet, Handy, die Elektronik verlassen: „Ein Serviceangebot, das nicht alle Gesprächswege offen hält, ist immer unvollständig.“ Nun gelte die Devise: „Bei Anruf schneller Rat – wer immer mit Bus und Bahn im Landkreis unterwegs ist, wird optimal und individuell beraten.“ **DK**

Entscheidung der Vergabekammer Südbayern:

BEG darf S-Bahn Nürnberg an National Express Rail GmbH vergeben

München. Die Vergabekammer Südbayern hat den Nachprüfungsantrag der DB Regio im Vergabeverfahren S-Bahn Nürnberg mit Beschluss vom 27.07.2016 als unbegründet zurückgewiesen.

Die Vorgehensweise der BEG im Rahmen der wiederholten Eignungsprüfung des Bieters National Express Rail GmbH (NX) unter Berücksichtigung der Rechtsauffassung des OLG München sei nicht zu beanstanden. Weder sei ein Ausschluss des Angebots von NX geboten noch sei die Wertung des Angebots zu wiederholen. An der Absicht, NX im Vergabeverfahren S-Bahn Nürnberg den Zuschlag zu erteilen, sei nichts auszusetzen. Der endgültige Zuschlag an die National Express Rail GmbH darf frühestens nach Ablauf der zweiwöchigen Beschwerdefrist erteilt werden.

Innen- und Verkehrsstaatssekretär Gerhard Eck zur Entscheidung der Vergabekammer Südbayern: „Wieder haben wir einen Meilenstein erreicht. Ich hoffe, dass nun eine endgültige Klarheit über den zukünftigen Betreiber der S-Bahn Nürnberg herrscht.“ **□**



Verkehr bewegt die Welt. Aber wer hält den Verkehr sicher in Bewegung?

Langmatz organisiert modernste Verkehrsinfrastruktur. Mit Sicherheit.

www.langmatz.de

Grün, grüner, GaLaBau 2016:

Fachmesse auf Europa-Kurs

Neu: Garten[T]Räume in Halle 3 A zeigen hochwertige Freiraumgestaltung
Premiere: Landschaftsgärtner-Cup zieht in den Messepark

Bis 17. September 2016 wird im Messezentrum Nürnberg wieder der grüne Teppich ausgerollt. Dann öffnet die GaLaBau bereits zum 22. Mal ihre Tore. In insgesamt 13 Messehallen zeigen 1.320 internationale Unternehmen das komplette Angebot für das Planen, Bauen und Pflegen von Gärten, Parks und Grünanlagen.

Ein Highlight 2016: Die mehrere Tausend Quadratmeter große Fläche Garten[T]Räume in Halle 3A, auf der frische Impulse aus dem Bereich der exklusiven Freiraumgestaltung präsentiert werden. Das bunte Rahmenprogramm mit weiteren Sonderflächen, mehreren Foren, Preisverleihungen und Wettbewerben macht die GaLaBau zu Europas wichtigstem Treffpunkt der grünen Branche.

Stefan Dittrich, Abteilungsleiter GaLaBau, freut sich insbesondere über den Zuwachs der Ausstellungsfläche auf etwa 63.000 m² und die gestiegene Internationalität: „Wir begrüßen diesmal 337 Aussteller aus dem Ausland – eine tolle Entwicklung.“ Die Aussteller kommen aus 37 Ländern.

Spiegel der Branche

Auf Besucherseite geht es ebenfalls international zu: Hier haben sich unter anderem Delegationen aus Italien, Niederlande, Bulgarien, Singapur und erstmals aus Österreich, Tschechien, Luxemburg, Großbritannien, Skandinavien und China angekündigt. Die Messe ist Spiegel der Bran-

che – das gilt auch für den GaLaBau. Der Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau in Europa befindet sich seit Jahren auf einem soliden Wachstumskurs. So ist aufgrund des Trends zum Bauen mit Grün sowohl die Zahl der Betriebe als auch die Zahl der Mitarbeiter stetig gestiegen. Das wachsende Bedürfnis nach mehr lebendigem Grün hat auch positive Auswirkungen auf die Umsatzentwicklung der grünen Branche.

GaLaBau 2016 wartet mit zahllosen Highlights auf

Das neue mehrere Tausend Quadratmeter große Areal Garten[T]Räume wurde integriert in den Stand des BGL. Hier präsentiert sich der Berufsstand der Landschaftsgärtner mit einem großen Spektrum seiner Leistungen. Besucher erleben auf dieser Fläche zudem das Leben im Außenraum in seiner Gänze – vom urbanen Erscheinungsbild über halböffentliche und gewerbliche Begrünungsansätze bis hin zum Hausgarten ist alles dabei“, erklären Stefan Dittrich und Karl Esser, Geschäftsführer BGL. Auch ein gastronomischer Be-

reich ist in die Fläche integriert.

Foren bieten Wissenspool für Fachbesucher

Ebenfalls auf dem BGL-Messestand wird es erstmals das GaLaBau Experten-Forum geben. Konzipiert als zentraler Austragungsort löst es die Fachtagungen, die noch 2014 im Nürnberg-Convention Center Ost stattgefunden haben, ab. An allen Messtagen finden pro Stunde zwei 15-minütige Impulsvorträge aus den Bereichen Hausgarten, öffentliches Grün, Regeln und Normen sowie Betriebswirtschaft im GaLaBau statt.

Natürlich darf auch das GaLaBau Praxisforum nicht fehlen. Für 2016 wurde es inhaltlich ausgebaut und auf alle vier Messtage ausgeweitet. Fachplaner aus Kommunen, Landschaftsarchitekten und GaLaBauer, die auf der Suche nach praxisrelevanten Informationen, neuen Impulsen und Best-Practice-Beispielen für ihre tägliche Arbeit im Büro und auf der Baustelle sind, dürfen sich auf zahlreiche Kurzvorträge und Fachdiskussionen freuen.

Sonderschau „Bewegung im Park“ informiert Kommunalvertreter

Halle 1 ist einmal mehr Heimat der Spielplatzgeräte- und Freizeitanlagen-Hersteller. 152 Aussteller zeigen nicht nur Produktneuheiten. Auch eine Sonderschau gibt es wieder, die der Bundesverband der Spielplatzgeräte- und Freizeitanlagen-Hersteller (BSFH) zusammen mit dem Fachmagazin Playground@Landscape auf seinem Stand organisiert. 2016 lautet das Thema „Bewegung im Park“. Zusammen mit den begleitenden Fachvorträgen auf dem BSFH-Forum am zweiten Messtag werden hier von Vertretern aus Städten und Gemeinden Anregungen zur Gestaltung von Bewegungsräumen im Park gegeben. Das BSFH-Forum ist in das GaLaBau Praxisforum integriert.

Greenkeeper, Manager und Betreiber von Golfanlagen finden nicht nur Maschinen und Geräte zur Rasenpflege, sondern auch Saatgut, Substrate und innovative Bewässerungssysteme.

Baumpflege live

Um Bäume gesund zu halten, ist eine fachgerechte und gründliche Pflege unumgänglich. Professionelle Baumkletterer sowie Interessierte an dieser Thematik werden auf der GaLaBau ebenfalls bedacht.

Maschinenhersteller der GaLaBau nutzen neben dem Messestand die Aktionsfläche angrenzend an die Messehalle 12 und am Silbersee im Volkspark Dutzendteich, um dort ihren Kunden Pflege- und Bodenbearbeitungsmaschinen (Rasenmäher, Vertikutierer, Häcksler...) auf echtem Rasen und Boden live vorzuführen.

Landschaftsgärtner-Cup jetzt Open Air

Ein fester Bestandteil des Messeeignisses GaLaBau ist auch der Landschaftsgärtner-Cup. Beim deutschlandweiten Berufswettbewerb treten unter einer imposanten Zeltkonstruktion die besten Landschaftsgärtner-Auszubildenden aller deutschen Bundesländer an, um ihr fachliches Können unter Beweis zu stellen. Sie alle wollen das „Deutsche Meisterteam“ werden, das dann an der Weltmeisterschaft 2017 in Abu Dhabi teilnehmen darf. □



Sehr stolz auf eine höchst gelungene Neuentwicklung: Die Inhaberfamilie Rudolf, Stefan, Hermann und David Linder (v. l.) präsentiert am Stammsitz in Kundl vor der internationalen Presse den neuen Unitrac 112 L Drive. Das inhabergeführte Tiroler Familienunternehmen hat sich sei Ende der 40er Jahre des vorigen Jahrhunderts auf besonders geländegängige Arbeitsfahrzeuge für den Kommunaleinsatz und den Betrieb in der Landwirtschaft spezialisiert. Das Fachpublikum zeigte sich begeistert ob der vielfältigen Besonderheiten, die den neuen Unitrac zu einem multifunktionalen Einsatzgerät machen. □

Lindner präsentiert stufenlosen Unitrac

Neuer Unitrac 112 L Drive fährt stufenlos bis 50 km/h
Mit dem Lindner TracLink-System wird der Transporter zum intelligentesten Fahrzeug seiner Klasse

Der Tiroler Landmaschinenpezialist Lindner setzt die beim Lintrac bewährte Stufenlosstechnologie jetzt auch bei seiner Transporterserie Unitrac ein. Geschäftsführer Hermann Lindner: „Der stufenlose Unitrac 112 L Drive ist der smarteste, wendigste und stärkste Lindner-Transporter unserer 70-jährigen Geschichte“. Vier Jahre dauerte die Entwicklungszeit des Transporters, der in einer Variante für kommunale Einsatzprofis und Seilbahnen sowie einer Agrar-Version erhältlich sein wird. „Der neue Transporter ist ein effizientes, wirtschaftliches und besonders leicht bedienbares Fahrzeug, mit dem wir Kunden in ganz Europa ansprechen wollen.“

Herzstück des Unitrac 112 L Drive ist das leistungsverzehrigte CVT-Getriebe, das Lindner mit ZF-Komponenten selber baut.

Stufenloses Getriebe, smarte Bedienung

„Der Unitrac 112 L Drive fährt stufenlos bis 50 km/h, alle Einstellungen erfolgen über die aus dem Lintrac bekannte L Drive-

Armlehne“, erläutert Technologie-Geschäftsführer Stefan Lindner. Angetrieben wird der Transporter von einem drehmomentstarken 4-Zylinder-Turbodieselmotor mit 107 PS Nennleistung.

TracLink-System

Technisches Highlight ist das neue Lindner TracLink-System. „Damit wird der Unitrac 112 L Drive zum intelligentesten

Fahrzeug seiner Klasse“, sagt Stefan Lindner. Das TracLink-System erkennt jedes Gerät, das angebaut wird und unterstützt den Fahrer, die richtige Einstellung zu finden. Außerdem können Fahrer den Beladezustand und die Achslasten überprüfen.

Das elektronische Fahrtenbuch garantiert besonders wirtschaftliches Arbeiten. Per GPS wird dokumentiert, welche Geräte eingesetzt und welche Flächen konkret bearbeitet wurden. TracLink sorgt so für eine detaillierte Übersicht der Kosten- und Verbrauchsdaten.

Für optimale Wendigkeit steht die 4-Rad-Lenkung des Unitrac. Die Nutzlast liegt bei mehr als 5.000 Kilogramm. Fahrkomfort und Geländegängigkeit verbindet das Hochleistungsfahrwerk mit Einzelradaufhängung und hydraulischer Federung. Wie von der Unitrac-Serie gewohnt, kann die Kabine des neuen Unitrac ohne Werkzeugeinsatz seitlich um 50 Grad gekippt werden. Im Agrarbereich kommt die Feststellbremse zum Tragen, die automatisch eingelegt wird, sobald der Fahrer den Transporter abstellt.

Erhältlich ab April 2017

Im Oktober startet Lindner die Produktion von fünf Modellen der Vorserie. „In den nächsten Monaten wird das Fahrzeug weiter optimiert, die Serienproduktion wollen wir im April 2017 anfahren“, kündigt Rudolf Lindner an, der als Geschäftsführer für die Produktion zuständig ist. Im ersten Jahr möchte das Tiroler Familienunternehmen rund 70 Unitrac 112 L Drive produzieren.

Über die Unitrac-Serie

Der erste Unitrac-Transporter wurde im Jahr 1992 gebaut. Seitdem hat Lindner die Serie kontinuierlich weiterentwickelt. Europaweit sind heute rund 3.000 Unitrac-Transporter mit 10.000 Anbaugeräten unterwegs – in Gemeinden und Städten an Seilbahnen und bei den Landwirten. Die Serie besteht aus den Modellen 72ep, 82ep, 92ep, 102ep, 102S und dem neuen 112 L Drive. □



Der neue Holder C 70 mit Großflächenmäher.

Foto: Max Holder GmbH

Holder auf der GaLaBau:

Holder erfüllt die neueste europäische Abgasnorm

Holder stellt zwei neue Kommunalfahrzeuge vor, den C 70 SC und den C 70 TC. Die multifunktionalen, knickgelenkten Geräteträger, Nachfolger des C 270 bzw. C 370, erfüllen die europäische Abgasnorm Stage IIIB und ebenso die amerikanische Variante Tier 4 final.

Möglich ist dies durch einen neuen Turbodieselmotor mit Dieselpartikelfilter und geänderter Abgasführung. Der preisgekrönte Holder PowerDrive Antrieb ist in diesen beiden Modellen erstmals standardmäßig enthalten. Die vier verstärkten Radmotoren (400 cm³) sowie die neu entwickelte intelligente Hydrauliksteuerung und Fahrelektronik sorgen für mehr Leistung und geringeren Kraftstoffverbrauch. So werden bei der Transportfahrt beispielsweise rund 30 Prozent weniger Kraftstoff verbraucht – bei zugleich höherer Endgeschwindigkeit selbst bei kleineren Rädern. Das spart Kosten und Zeit.

Interessante Innovationen

Bei den neuen Typenbezeichnungen steht C für die Plattform bzw. Baureihe, 70 für die Leistungsklasse mit 70 PS und SC für SingleCab (Einmannkabine) bzw. TC für TwinCab (Zweimannkabine). Die Kabine kann je nach Anwendungsanforderung in zwei Höhen montiert

werden und bietet stets eine optimale 360-Grad-Rundumsicht für mehr Sicherheit.

Im Vergleich zu den Vorgängermodellen wurde aufgrund des größeren Motors der Radstand um 12 cm verlängert und damit der Aufbauraum vergrößert. Zudem wurde der Kipprahmen leicht erhöht und die Tanks etwas nach außen versetzt. Weitere Neuerungen sind die in dieser Fahrzeugklasse einzigartige 4-Rad-Bremse, ein Innenkotflügel gegen Schmutzeintrag, ein elektronisches Hand- und Fußpedal sowie ein digitales Kombidisplaysystem zur Anzeige verschiedener Fahrzeugfunktionen.

Die bekannten Vorteile der Holder-Systemfahrzeuge wie beispielsweise Wendigkeit und Spurtreue sowie der außerordentlichen Arbeits- und Bedienkomfort sind natürlich weiterhin gegeben. Ebenso verfügt der C 70 unter anderem über den hydraulischen Radlastausgleich, die mechanische Differenzialsperre und die dreidimensionale Frontaushebung. □



Die Sieger des Geotrac Supercups 2016 mit den Finalisten und Vertretern der Sponsoren Motorex, Lindner, top agrar, Südtiroler Bauernjugend, Pöttinger und Hauer. Foto: Lindner

Geotrac Supercup 2016:

Südtiroler holt sich Geotrac 74ep

Peter Prossliner aus Kastelruth gewann beim großen Europafinale in Kundl die Einzelwertung und einen Geotrac 74ep im Wert von 60.000 Euro – die Teamwertung ging an die Südtiroler Bauernjugend.

Hochspannung herrschte beim Lindner-Innovationszentrum in Kundl: Beim Europafinale des 20. Geotrac Supercups kämpften 32 Traktorprofis aus Österreich, Bayern, der Schweiz und Südtirol um den Titel „bester Traktorfahrer des Alpenraums“. Den schwierigen Parcours beherrschten die Südtiroler am besten: Peter Prossliner aus Kastelruth gewann die Einzelwertung und den Hauptpreis, einen Geotrac 74ep von

Lindner im Wert von 60.000 Euro. Auf Platz zwei fuhr Markus Egger aus Haflling, auf Platz drei Thomas Fraidl aus Trofaiach.

Teamwertung

Auch die erstmals ausgetragene Teamwertung war fest in Südtiroler Hand: Die Südtiroler Bauernjugend setzte sich durch und darf sich über ein Erlebniswochenende freuen, das von top

agrar zur Verfügung gestellt wird.

Jubiläumsausgabe mit besonders schwierigem Kurs

Der Parcours war in diesem Jahr noch fordernder als in der Vergangenheit, u.a. dank der neuen Rampe für Schräglagen, die gleich am Anfang zu bewältigen war. Danach mussten die Profis einen Ladewagen anhängen und rückwärts einparken. Auf der Wippe musste der Traktor fünf Sekunden in der Waagrechten gehalten werden. Gefahren wurde mit einem Geotrac 94ep, den Landmaschinenpezialist Lindner zur Verfügung stellte. Qualifikationen gingen in Österreich, Deutschland, der Schweiz und in Südtirol über die Bühne. Das Europafinale war es eines der Highlights bei den diesjährigen Lindner-Innovationstagen. □

Deutscher Landschaftspflegetag 2016:

Lebendige Vielfalt in der Kulturlandschaft

Knapp 200 Teilnehmer des diesjährigen Deutschen Landschaftspflegetages in Dresden diskutierten die Frage, wie der Erhalt der biologischen Vielfalt in den Kulturlandschaften und eine zukunftsfähige Landwirtschaft zusammen kommen. Veranstalter war der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL), als Mitorganisator fungierte die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) mit ihrem Informations- und Koordinationszentrum für Biologische Vielfalt.

Nach den Worten von Florian Meusel, stellvertretender Vorsitzender des DVL, sind lebendige und vielfältige Kulturlandschaften nur durch aktive Landwirtschaft möglich: „Landwirte müssen aber durch mehr Naturschutz auch einen echten finanziellen Vorteil erlangen. Dafür bedarf es dringend einer Anpassung der Förderrichtlinien in der Agrarpolitik“, so Meusel.

Biologische Vielfalt

„Eine Zukunft wird gut sein, wenn sie vielfältig ist“, unterstrich Stefan Schröder von der BLE. Damit ist die biologische Vielfalt gemeint, aber es braucht auch eine Vielfalt an Produktionssystemen. Die Schönheit von Bergwiesen oder eine typische regionale Rasse spielen Schröder zufolge für den Tourismus von ländlichen Regionen eine wichtige Rolle. Verbraucher können zum Beispiel mit Produktqualitäten wie „Weide- oder Heumilch“ gewonnen werden, Kaufentscheidungen im Sinne der biologischen Vielfalt zu treffen. Deshalb sei es dringend erforderlich, die Verbraucher über die Zusammenhänge noch besser zu informieren und das Thema bereits in der Aus- und Fortbildung zu platzieren.

In zahlreichen Fachforen konnten sich die Teilnehmer zu den Themen „Grünland, gebietsheimische Pflanzen, Biotopverbund, Ökologische Vorrangflächen und Vermarktung alter Sorten und Rassen informieren und diskutieren. René Schubert vom Deutschen Verband für Landschaftspflege stellte beispielsweise das DVL-Projekt „DiverGen“ vor. Dabei geht es um die „Schaffung naturschutzfachlicher und regionalwirtschaftlicher Grundlagen zum nachhaltigen Schutz der genetischen Biodiversität gebiets-eigener Pflanzen im Freistaat Sachsen“. Phase 1 ist bereits beendet, Phase 2 läuft seit Januar 2016 bis Dezember 2018. Gefördert wird das Projekt aus Mitteln des Freistaates Sachsen.

„DiverGen“ besteht aus folgenden Modulen:

1. Qualifizierung und fachliche Beratung von Unternehmen der Baumschul-, Garten- und Landwirtschaft zur Erzeugung gebiets-eigener Gräser, Kräuter und Gehölze (Unterstützung des informellen und funktionellen Netzwerkes)

2. Erarbeitung fachlicher und organisatorischer Grundlagen zur zielgerichteten Erweiterung des Arten-Angebotes an gebiets-eigenem Saat- und Pflanzgut durch Betriebe der Baumschul- und Landwirtschaft

3. Erarbeitung fachlicher und organisatorischer Grundlagen zur Stabilisierung und Erweiterung des Mengen-Angebotes an gebiets-eigenem Saat- und Pflanzgut in Sachsen (Abstimmung prioritäre Ansaatmischungen, Motivation neuer Akteure, Planung und Organisation der Etablierung von F1-Gehölzbeständen)

4. Organisation des Erfahrungsaustausches zwischen Produzenten, Planern und Anwendern hinsichtlich der Erzeugung und Verwendung gebiets-eigenen Saat- und Pflanzgutes inklusive Maßnahmen zur themenbezogenen Öffentlichkeitsarbeit.

Seit geraumer Zeit ist das Thema Greening in allen landwirtschaftlichen Fachzeitschriften präsent. Greening heißt so viel wie „grünere“ Landwirtschaft und stellt einen ersten flächendeckenden Ansatz für mehr Klima- und Umweltschutz in der Agrarlandschaft der EU dar. Über bayerische Erfahrungen mit der Greening-Beratung in der Praxis berichtete Beate Krettinger, DVL.

Greening ist ein lästiges Übel

„Mir fällt auf, dass nur Belastungen und Kosten in den Vordergrund gestellt werden, kurz Greening ist ein lästiges Übel. Es wird völlig vergessen, dass diese Maßnahmen eine Chance sind für die Natur und damit für uns Menschen als Teil der Natur. Vielleicht kann damit der rasante Artenrückgang in der Feldflur gebremst werden“, betonte Krettinger.



Transportaufgaben und Gerätearbeit sind die Stärken des Mercedes-Benz Unimog im landwirtschaftlichen Einsatz. Den DLG-PowerMix-Test hat kürzlich der Unimog U 530 mit Bravour gemeistert. Das Foto zeigt den Unimog mit Ladewagen bei der Heuernte. Ab sofort darf der Allradspezialist aus dem Geschäftsbereich Mercedes-Benz Special Trucks in Würth das Prüfsiegel „DLG-anerkannt 2016“ führen. Neben den typischen Unimog-Vorzügen zeichnen das universell einsetzbare Fahrzeug auch besonders günstige Verbrauchswerte aus. □

Ertragsstarke Landwirtschaft und intaktes Ökosystem

Benötigt werde eine ertragsstarke Landwirtschaft, um die Ernährung sicherzustellen, aber auch ein intaktes Ökosystem – „sonst geht eines Tages gar nichts mehr“. Bei den häufig sehr einseitigen Fruchtfolgen hätten viele Tier- und Pflanzenarten schlichtweg keine Lebensgrundlage mehr. Deshalb sei es wichtig, dass es Flächen gibt, die als Brücken dienen für Arten, die auf intensiv genutzten Flächen chancenlos sind.

„Hier sind 5 % der landwirtschaftlichen Nutzflächen als ökologische Vorrangfläche nicht zu viel“, erklärte Krettinger. „Wir dürfen nicht vergessen, dass wir Landwirte für unser Handeln in und mit der Natur eine große Verantwortung tragen und nur wenn wir Ökonomie und Ökologie miteinander in Einklang bringen, werden wir zukunftsfähig sein.“

Projekt boden:ständig

Im Rahmen des Deutschen Landschaftspflegetags 2016 wurde unter anderem der Landschaftspflegeverband Kelheim (Niederbayern) für das Projekt boden:ständig ausgezeichnet. Er erhielt den ersten Preis in der Kategorie „Innovative Projekte“ für seine herausragende Leistung



Der Unimog U 323, das neue Top-Modell der Unimog-Mittelklasse (300er Baureihe) von Mercedes-Benz, hat mit 170 kW (231 PS) nicht nur mehr Leistung; der neue U 323 wird auch in den beiden Radständen 3000 und 3600 Millimeter und mit einem maximalen zulässigen Gesamtgewicht von 14,0 Tonnen angeboten. □

Neuer Unimog U 323 mit 170 kW (231 PS):

Prädestiniert als wirtschaftliches Winterdienst- und Transportfahrzeug

Neu: in den Radständen 3000 und 3600 Millimeter / Neu: maximales zulässiges Gesamtgewicht von 14 Tonnen / Attraktives Preis-Leistungs-Verhältnis

Der Unimog U 318 von Mercedes-Benz hat als leichter Geräteträger mit elf Tonnen zulässigem Gesamtgewicht besonders im Kommunaleinsatz einen ausgezeichneten Ruf. Auch in anderen Einsatzgebieten wie Bau-, Land-, Forst- oder Energiewirtschaft bewährt sich das kompakte und wirtschaftliche Allradfahrzeug täglich von neuem. Um die Produktlücke zwischen U 318 und U 423 zu schließen, bietet Mercedes-Benz nun mit dem Unimog U 323 mit 170 kW (231 PS) ein neues Top-Modell der Mercedes-Benz Unimog-Mittelklasse (300er Baureihe) an.

Der Unimog U 323, hat nicht nur mehr Leistung als der U 318, er wird auch in den beiden Radständen 3.000 und jetzt

auch 3.600 Millimeter und mit einem maximalen zulässigen Gesamtgewicht von 13,8 bzw. 14,0 Tonnen angeboten. Entsprechend hat der Unimog U 323 auch höhere Achslasten (Vorderachse bis zu sieben

Tonnen / Hinterachse bis zu acht Tonnen). Das macht ihn zur effizienten Fahrzeuglösung – vom Schneeräumen, Streuen oder Reinigen über Transporte bis zu Kranarbeiten – und das zu einem attraktiven Preis.

Vielseitig, geländefähig und sparsam

Der neue Unimog U 323 ist vielseitig, geländefähig und sparsam. Mit dem langen Radstand und größerer Pritsche kann er hohe Nutzlast aufnehmen. Der U 323 verfügt neben

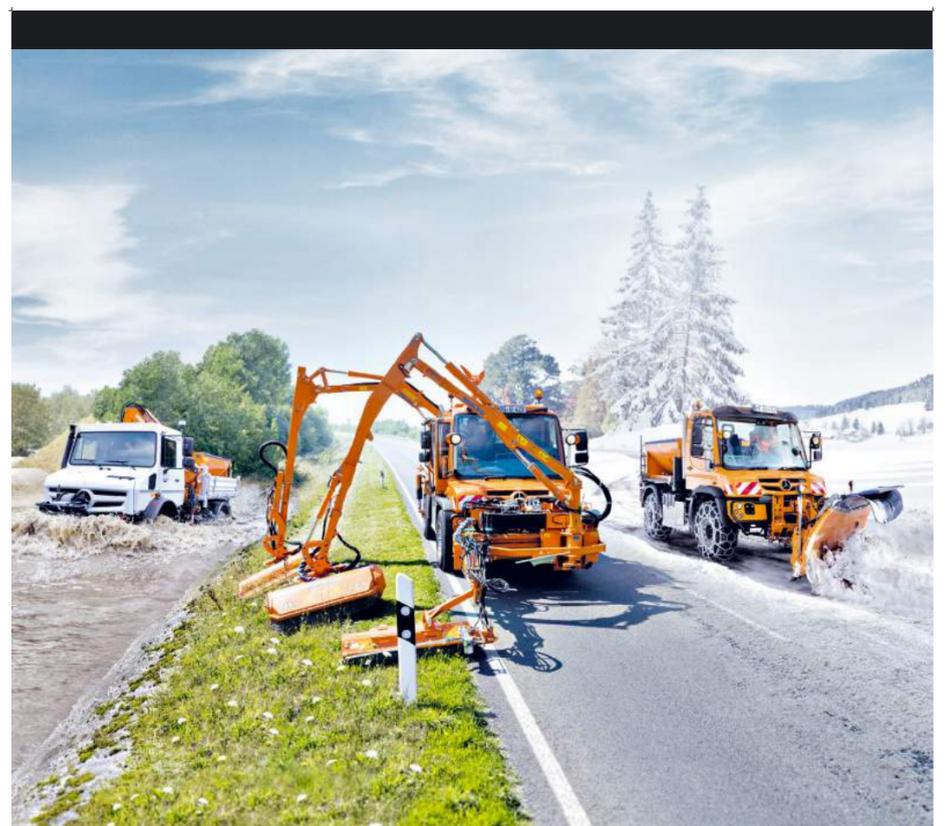
mehr Leistung auch über viele Sonderausstattungen, die Kunden bereits am U 423 schätzen, wie beispielsweise Automatic-Shift, den Getriebe-Nebenantrieb, mit dem Kranaufbauten oder Hochdruckpumpen angetrieben werden können, oder mehrere Hydraulikoptionen, wie zum Beispiel die vollproportionale 2-Kreis-Hydraulik mit Schneepfluggelastung.

Standardisierte Schnittstellen

Ausgestattet mit Kippritsche, Frontlader oder Wechselaufbauten wie beispielsweise einem Wasserfass beweist der U 323 seine Talente als Arbeits- und Transportfahrzeug. Seine standardisierten Schnittstellen für den schnellen Geräteanbau und -abbau und die dank kompakter Abmessungen hohe Wendigkeit verleihen ihm die Flexibilität, unterjährige Aufgaben professionell zu erledigen.

Kommunaleinsatz

Für optimale Arbeitsbedingungen sorgen neben der ergonomischen Freisichtkabine mit ungehindertem Blick auf die Frontanbaugeräte auch ABS, Allradantrieb und Differenzialsperren. Mit dem Multifunktionsjoystick lassen sich Geräte-, Hydraulik- und Fahrfunktionen komfortabel steuern. Damit ist der neue Unimog U 323 für Aufgaben in Kommunen, der Land- oder auch Bauwirtschaft, beispielsweise als Kranfahrzeug, bestens ausgerüstet. □



Überzeugt Unternehmer, Entscheider und Fahrer zugleich: der Unimog.

Kompakt, kraftvoll, robust: die Kommunalprofis von Mercedes-Benz. Städten und Gemeinden gehen die Aufgaben nie aus. Die Budgets dagegen werden knapper. Verlangen Sie deshalb nach wirtschaftlichen und vielseitigen Lösungen. Der Unimog macht Ihnen die Entscheidung leicht: ob besonders kompakt (U 216 / U 218), besonders kraftvoll (U 318 bis U 530) oder besonders robust und geländegängig (U 4023 / U 5023). Ihr Unimog Partner beweist es Ihnen gerne. www.mercedes-benz.de/unimog

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Kinderbetreuung wird immer flexibler

Was braucht mein Kind? Eine große Frage, die sich Eltern in allen Lebenssituationen stellen sollten. Gerade auch wenn es um die Wahl der Betreuung der Kleinen geht. Die Möglichkeiten der Betreuung sind vielfältig. Sie umfassen Kindertagesstätte, betrieblichen Kindergarten, Tagesmutter, Kurzzeitbetreuung während der Ferien, Familiendienstleistung oder auch nur ein Spielzimmer im Betrieb, in dem Mama arbeitet. Entscheidend ist, das Richtige für das Kind zu wählen. Ein Einjähriges braucht vielleicht nicht unbedingt den Kontakt zu vielen Gleichaltrigen im Hort. Vielleicht wäre für gerade dieses Kleinkind der Nestcharakter, den eine Tagesmutter bieten kann, passender.

Mittlerweile gibt es neben den zahlreichen kommunalen, kirchlichen und freien Kindertagesstätten auch Tagesmütter und betriebliche Angebote. Die Stadt Würzburg beispielsweise bietet ihren Mitarbeitern Kinderbetreuung in Form von Kindertagespflege. Eine Erzieherin, angestellt als Tagesmutter, betreut fünf Kinder. „Wir hätten Bedarf für zehn Kinder und überlegen die Betreuung zur Kindertagespflege auszubauen – wenn die Raumfrage geklärt ist“, sagt Monika Kraft, Leiterin

der städtischen Fachabteilung Kindertagesbetreuung. „Vorteil der Kindertagespflege wäre auch, dass Kinder im Alter von 0 bis 14 Jahren betreut werden können. Außerdem können freie Plätze in den Ferien anderen Mitarbeitern angeboten werden.“

Verstärkte Kontaktaufnahme mit Unternehmen

„So flexibel wie der Arbeitnehmer heute sein muss, so flexibel müssen auch Betreuungsangebote sein und damit auch Unternehmen“, fordert Monika Kraft – und tritt verstärkt mit Unternehmen in Kontakt, um diese bei der Einrichtung der Kinderbetreuung zu beraten. Die Zahl und das Alter der zu betreuenden Kinder sind ebenso ausschlaggebend wie die Art der Betreuung, der Ort, die Zeit und ob regelmäßig oder punktuell.

Regelmäßige Angebote sind beispielsweise die Betriebskindertagesstätte, eine Kooperation von mehreren Unternehmen, der Erwerb von Belegplätzen in bestehenden Kindergärten, Unterstützung von Elterninitiativen, Zusammenarbeit von Tagespflegepersonen oder Beauftragung von Familiendienstleistern. Ein rein punktuell angebotenes Angebot ist zugeschnitten auf Not-

fallbetreuung (Spielecke, Still- und Wickelzimmer, Eltern-Kind-Zimmer), umfasst Notfallplätze in lokalen Einrichtungen oder Angebote während der Ferienzeiten.

„Sind Unternehmen zu klein, um eine eigene Betreuungsform auf die Beine zu stellen, bietet sich der Zusammenschluss benachbarter Firmen an“, weiß Monika Kraft Rat. „Gerade für Kleinkinder und ihre Eltern bietet die betriebliche Betreuung unschätzbare Vorteile: Die Mutter ist ganz in der Nähe und kann auch mal schnell zu ihrem Kind, falls es nötig ist. Zudem weiß sie das Kind gut betreut und hat während der Arbeit den Kopf frei. Für Unternehmen bedeutet es, die Mutter vielleicht schon wieder nach einem halben Jahr nach der Geburt in den Arbeitsablauf integrieren zu können. Dazu braucht es natürlich flexible Arbeitszeitmodelle und die Flexibilität in den Köpfen der Menschen.“

Die Stadt Würzburg ist seit 2006 Mitglied im Bündnis Familie und Arbeit, das für neue Ideen und Projekte familienbewusster Arbeitswelt sowie deren praktische Umsetzung steht. Ziel des Bündnisses ist es, Familienfreundlichkeit in der Region Würzburg als feste Größe zu verankern und damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf positiv zu beeinflussen. Unternehmen oder Eltern, die auch Rat hinsichtlich betrieblichen Betreuungsangeboten von Kindern suchen, können sich gerne melden unter kinderbetreuung@stadt.wuerzburg.de □



Das städtische Kinderhaus Sonnenblume kooperiert mit IKEA. Das Möbelhaus hat zehn Belegplätze gekauft. Unternehmen arbeiten immer häufiger mit Kindergärten zusammen oder finden andere Formen der betrieblichen Kinderbetreuung.

Bild: Claudia Penning-Lother

Umweltpreisträger des Landkreises Aschaffenburg

Zum vierten Mal ist der Umweltpreis des Landkreises Aschaffenburg vergeben worden. Drei Initiativen teilten sich die Auszeichnung: Mit dem ersten Preis, der mit 2.000 Euro dotiert ist, wurde der Umweltpreisträger Karlstein bedacht. Für ihr Lebenswerk im Landesbund für Vogelschutz erhielt Erika Seidel aus Kahl 1.500 Euro, während den Mitgliedern des Grünlandprojekts Spessart im Dammbachtal ein Preisgeld von 1.000 Euro zugutekam.

„Der Preis soll Initiativen und Leistungen auszeichnen, die die natürlichen Lebensgrundlagen in unserer Region erhalten und verbessern“, erläuterte stellvertretender Landrat Andreas Zenglein.

Bislang einmalig unter den 32 Kreisgemeinden ist der Umweltpreisträger Karlstein. Seit fast 30 Jahren unterstützen derzeit 14 sachkundige Bürger Gemeinderat, Verwaltung und Vereine, wenn es um naturschutzrechtliche und umweltrelevante Maßnahmen geht. Darunter sind Hoch- und Tiefbauprojekte, Flächennutzungs- oder Landschaftsplan sowie andere Fachplanungen, soweit sie den Umweltschutz betreffen. Der Vorsitzende des Umweltpreisträgers, Stefan Poths, hofft, künftig unter den anderen Landkreisgemeinden Nachahmer zu finden.

Die 80-jährige Erika Seidel wiederum setzt sich seit Jahrzehnten mit Herzblut und großem Sachverstand für den Naturschutz ein. Gemeinsam mit ihrem verstorbenen Mann und den LBV Kollegen wurde in Kahl im Wald ein Lehrpfad geschaffen, der diesen Lebensraum der Bevölkerung näher bringen soll. Seidel führte zahlreiche botanische Exkursionen durch und war nicht nur als Ideengeberin, sondern auch als aktive Helferin dabei, als es um die Einrichtung eines Schulgartens auf dem Gelände der Kaldaha-Schule ging. Bei den jährlichen Amphibienschutzmaßnahmen entlang der Staatsstraße 3308 am Schloss Emmerichshofen half sie regelmäßig mit.

Ihr Augenmerk lag stets auf jungen Menschen, denen sie die Zusammenhänge der Natur erklärte, Ängste und Vorurteile abbauen konnte und Sympathien für die heimische Flora weckte. Als anerkannte Botanik-Expertin ist sie nach wie vor gefragt, wenn es zum Beispiel um die Durchführung von Landschaftspflegearbeiten auf den artenreichen Sandmagerflächen der Gemeinde Kahl geht. Auch im fortgeschrittenen Alter leitet sie die LBV Ortsgruppe Kahl.

Das Grünlandprojekt Spessart ist seit Jahren im Dammbachtal aktiv und setzt sich für den Erhalt von Heuwiesen, Weiden und Streuobstwiesen ein. Tatkräftige Unterstützung kommt dabei von der Gemeinde Dammbach, ortsansässigen Landwirten, Grundeigentümern sowie vom Landschaftspflegeverband, den Naturschutzbehörden und zahlreichen Ehrenamtlichen.

In den vergangenen Jahren haben die Akteure im Rahmen von gemeinsamen Pflegeaktionen verbuchte Streuobstbestände und Wiesen frei gestellt, Weidezäune gebaut und zuvor ungenutzte Flächen wieder in eine Bewirtschaftung gebracht. Von diesen Maßnahmen profitieren zahlrei-

che, seltene Tier- und Pflanzenarten ebenso wie Landwirte und Erholungssuchende, die sich an einer attraktiven Kulturlandschaft um Dammbach erfreuen können. **DK**

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 50 vom 01.01.2016

Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen
IBAN: DE38 7225 1520 0010 0215 66
BIC: BYLADEM1DLG
VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG
IBAN: DE96 7346 0046 0000 1443 20
BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

CSU-Dämmerschoppen mit Europapolitiker Weber:

Vertrauen im Mittelpunkt

Der CSU-Europaabgeordnete Manfred Weber führt die 250-köpfige EU-Parlamentsfraktion der Europäischen Volkspartei EVP. Vor kurzem sprach er vor der Wilhelmsdorfer CSU vor allem zu den Themen Flüchtlinge und Terrorangst.

In Manfred Webers Rede war viel von „Vertrauen“ zu hören. Die Menschen müssten Politikern auf allen Ebenen vertrauen können. Was für Europa heiße: Die EU müsse sich auf die großen Dinge konzentrieren und andere Kompetenzen möglichst wieder an die Mitgliedsstaaten und Bundesländer zurückgeben.

Dabei warb er besonders für das Vertrauen der Bürger in die Politik der CSU. Ein Beispiel: Die Gewaltakte in Bayern der letzten Wochen. Auch wenn „die Fälle unterschiedlich sind, der Amoklauf in München ohne tiefere Motivation, die Anschläge in Ansbach und Würzburg mit islamistischem Hintergrund: Wir können froh sein, dass wir solche Polizeikräfte in Bayern haben. Die Polizei stützen und stärken war der CSU immer wichtig“, lautet Webers Bilanz.

Für besseren Datenaustausch

Doch national und international hapere es an der Zusammenarbeit. Daran sei oft überzogener Datenschutz schuld, meint Weber: „Egal ob bei Islamisten oder Kinderpornografen. Ich verzweifeln, weil mir der Staat nicht das Recht gibt, auf die Rechner zuzugreifen“, zitiert er einen Cyber-Polizisten. Der Parlamentarier fordert deshalb: „Datenschutz darf nicht zum Verbrecherschutz führen. Wir brauchen hierfür einen europäischen Rahmen, eine europäische Gefährderdatei. Und viel besseren Datenaustausch statt Kirchturnpolitik in den Mitgliedsstaaten.“

Beim zweiten großen Thema „Flüchtlinge ist für die CSU die Lage ganz einfach: Wenn Menschen vor einem Bürgerkrieg flie-

hen, kann das reiche Europa nicht wegschauen. Dann haben wir eine Verantwortung, der wir uns stellen müssen.“ Und das habe Bayern getan, meint Manfred Weber.

Doch alles habe Grenzen: „Es muss auch Recht und Ordnung eingehalten und über Maß und Ziel diskutiert werden. Wer leistet, darf auch Klartext reden“, gibt das MdEP Bayerns Forderung nach einer Obergrenze für Flüchtlinge grundsätzlich recht.

Dabei gibt er aber auch zu: „In Griechenland kommen aktuell 2.500 Flüchtlinge pro Monat an, auf der Mittelmeerroute 7.000. Wir sind weit weg von den Zahlen 2015, auf dem Weg zurück zur Stabilität.“ Dennoch drängt er auf Solidarität in Europa bei der Flüchtlingsfrage.

Solidarität bei der Flüchtlingsfrage

Auf Nachfrage erläutert Manfred Weber: „Gerade wird das offiziell noch gültige Erstlandprinzip überarbeitet.“ Darin steht bekanntlich: Wo ein Flüchtling ankommt, muss er Asyl beantragen. Das solle nun gekippt werden. Aber: „Es muss ja nicht so sein, dass die Aufgenommenen nach einem Schlüssel auf die 28 Mitgliedsstaaten verteilt werden.“ Griechenland oder Italien betrieben ja jetzt schon Hot Spots, wo die langfristige Bleibeperspektive geprüft werde. Andere Staaten wie Bulgarien seien bei der Sicherung der Außengrenzen stark gefragt: „Jedes Land muss Beiträge leisten“, welche, das soll bis Herbst konkret geregelt werden, verspricht Weber. Doch bisher „ist das gescheitert am reinen nationalen Egoismus der einzelnen Länder.“ **wra**

Rottal-Schau in Karpfham:

Innovative Landtechnik-Ausstellung mit Magnetwirkung

Die Rottal-Schau im niederbayerischen Karpfham hat sich inzwischen zu einer der bedeutendsten deutschen Landtechnik-Ausstellungen entwickelt. 500 Firmen aus der gesamten Bundesrepublik und dem benachbarten Ausland zeigten auch heuer ein breites Angebot an Waren.

Mehr als 400.000 Besucher informierten sich auf der größten jährlichen Landtechnikschau Süddeutschlands auf 50.000 m² Freigelände und 3000 m² Hallen. Neben unzähligen Maschinen für Acker, Stall und Forst wurden beispielsweise auch innovative Entwicklungen kleinerer Hersteller vorgestellt. Zahlreiche Besucher lockte zudem der Lindner Geotrac Supercup, ein Schlepper-Geschicklichkeitsfahren für alle.

Passaus Landrat Franz Meyer, der den Startschuss für die Rottal-Schau 2016 gab, bezeichnete diese als „wirtschaftlichen Magneten für ganz Südbayern und das benachbarte Österreich“. Sie sei das beste Beispiel für Erfolg und Leistungskraft.

Apropos Leistungskraft: Meyer zufolge steuert das Passauer Land heuer erstmals in seiner Geschichte auf eine Million Urlauber zu. Der Inlandtourismus floriere, bayernweit sei die Zahl der Gästeankünfte im ersten Halbjahr um gut 5 Prozent, im Passauer Land jedoch um 11 Prozent gestiegen. Dies spiegelte sich auch im Trendbarometer der Tourismusgemeinden wider, die mit fast durchwegs guten und sehr guten Prognosen für das Jahr 2016 aufwarten könnten. Der Landkreis Passau warte zudem mit 8.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen mehr als noch vor zehn Jahren auf. Hinzu komme eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten, die der Landkreis je zu verzeichnen hatte.

Pfarrkirchen mit der Europa-Hochschule und Ruhstorf a.d. Rott mit dem Technologie-Zentrum der Hochschule Landshut hätten sich zu einem Erfolgsmodell ohne Beispiel entwickelt. Das Internet-Kompetenzzentrum an der Uni Passau und auch das künftige IT-Kompetenzzentrum für ganz Niederbayern am Vils-

hofener Vermessungsamt zeigten: „Wenn es um moderne Technologien geht, führt kein Weg mehr an uns vorbei.“ Als überaus positiv wertete Meyer zudem die Aufnahme der gesamten A94 in die erste Dringlichkeitsstufe des Bundesverkehrswegeplans. Erst vor wenigen Wochen sei der Spatenstich für den wichtigen Abschnitt Kirchham/Tutting erfolgt.

„Erfolge dürfen aber nicht dazu verleiten, passiv zu werden. Im Gegenteil! Wir haben große Herausforderungen zu bewältigen“, fuhr Meyer fort. Konkret bezog er sich auf den von der Firma Siemens geplanten Stellenabbau in Ruhstorf a. d. Rott. Gemeinsam mit der Staatsregierung werde man hier vor Ort alles tun, um gegen zu steuern: Zunächst sei Siemens in der Pflicht, mit Verlagerungen und neuen Geschäftsfeldern eine Perspektive für den Standort zu bieten. Einfach nur Verkleinern sei ideenlos, unterstrich der Landrat.

Die Staatsregierung leiste wie versprochen ihren Beitrag, unter anderem mit dem Aufbau einer Zweigstelle der Landesanstalt für Landwirtschaft mit 200 Beschäftigten in Ruhstorf, der Errichtung einer neuen Autobahnmeisterei mit rund 30 Stellen im südöstlichen Bereich des Landkreises Passau und mit einem bestens geförderter Gewerbetpark.

Meyer: „Das sind konkrete Maßnahmen. Und die erwarte ich nun auch aus der Vorstandsetze von Siemens. Wir alle wollen wirtschaftliche Dynamik. Die aber ist ohne eine optimale berufliche Bildung unmöglich. Hier stehen wir auch als kommunale Familie in der Verantwortung, gemeinsam zu handeln. Diese Botschaft soll gerade von einer Messe der Wirtschaft, des Handwerks und der Landwirtschaft ausgehen, wie es die Rottal-Schau ist.“ **DK**



Dämmerschoppen der örtlichen CSU Wilhelmsdorf mit Europaabgeordnetem Manfred Weber (2. v. r.), Fraktionsvorsitzender der konservativen EVP-Fraktion im Europaparlament aus Wildenberg in Niederbayern. Nach seiner Rede bekam er von CSU-Ortsvereinsvorsitzendem Klaus-Ulrich Knorr (r.) einen Fresskorb überreicht. Links 2. Bürgermeister und Mitglied im Marktgemeinderat Wolfgang Bernreuther, daneben Landrat Matthias Dießl. Bild: Heinz Wraneschitz

Landratsamt München und Jugendsiedlung Hochland e. V.:

Die Umwelt ist wichtiger als Geld

„Das war die beste Freizeit, die ich bisher mitgemacht habe“, strahlt die 12-jährige Annabelle. Sie ist eine der 40 Teilnehmer des 5. Klimacamps, das Ende Juli – anlässlich der Bayerischen Klimawoche – in der Jugendsiedlung Hochland in Königsdorf bei Bad Tölz stattfand. Die 11- bis 13-jährigen Schülerinnen und Schüler kamen heuer aus dem Landkreis München, weshalb auch die Kampagne „29++ Klima. Energie. Initiative“ des Landkreises einbezogen wurde.

Aus Sicht der Veranstalter wurde das Camp durch die positiven Rückmeldungen der Kinder genauso gekrönt, wie durch den Besuch von Dr. Christoph Goppel, Leiter des Referats „Umweltbildung, Bildung zur Nachhaltigkeit“ im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz sowie den Besuch von Anne Köslers und Franziska Herr vom Landratsamt München, die den Kindern die Energiekampagne vorstellten.

Was Annabelle zu ihrer enthusiastischen Einschätzung bewegt hat: „Dass wir so viel Freiheit hatten, so vieles ausprobieren konnten und am Schluss was richtig Tolles entstanden ist.“ Die Veranstalter – die Umweltstation Königsdorf, das Naturerlebniszentrum Burg Schwaneck in Pullach und das Zentrum für Umwelt und Kultur in Benediktbeuern – ermöglichten den Kindern vier Tage lang u.a. Experimente, eine Moorwanderung, ein Klimaplanenspiel, klimafreundliches Kochen und zum Abschluss eine Präsentation vor interessierten Gästen.

Auf die Bereitschaft kommt es an

Beim Klimaplanenspiel arbeiteten sich die Kinder in die ökologischen, ökonomischen und soziokulturellen Verhältnisse von Ländern ein, die stark vom Klimawandel betroffen sind oder die zu den Hauptverursachern des Klimawandels zählen. Als Vertreter von Grönland, Bangladesch, Äthiopien, USA, Deutschland und Brasilien verhandelten sie miteinander und vereinbarten in einer Konferenz Klimaschutzmaßnahmen. Und natürlich waren diese wegweisender als die Ergebnisse aller realen Klimaverhandlungen. Der 12-jährige Leo – ein „Vertreter“ der USA – brachte es auf den Punkt: „Die Umwelt ist uns wichtiger als Geld.“ Diese Haltung erklärt so innovative Beschlüsse der Kinder wie die Einrichtung eines Umweltfonds aller Industrieländer oder die Besteue-

Vereine engagieren sich im Gartenhallenbad Leipheim

Seit Februar dieses Jahres wird das Personal des Gartenhallenbades Leipheim an den Sonntagen tatkräftig von örtlichen Vereinen bei der Schwimmbadaufsicht unterstützt. Die Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft e.V. Kreisverband Leipheim Günzburg (DLRG) und der Triathlon-Verein-Günzburg e.V. stellen auf ehrenamtlicher Basis qualifizierte Mitglieder bereit, die während des öffentlichen Badebetriebes ein wachsames Auge auf die Schwimmerinnen und Schwimmer werfen.

Ziel dieser Kooperation zwischen den Vereinen und dem Eigenbetrieb Gartenhallenbad Leipheim ist eine Kostenreduzierung, da am Wochenende aufgrund der höheren Besucherzahlen zusätzlich zum Stammpersonal externes Aufsichtspersonal benötigt wird. Nach einer erfolgreichen Probephase von mehreren Monaten wurde nun gemeinsam vereinbart, die Kooperation fortzuführen.

Hohe Einsparungen

„Dies bedeutet für uns jährliche Einsparungen von mehreren tausend Euro“, freut sich Landrat Hubert Hafner, der den Ehrenamtlichen für ihre Einsatzberei-

teuerung von Palmöl, um Anbauflächen zu sparen und dadurch den Regenwald zu bewahren. Überträgt man das Planspiel auf die Politik, wird deutlich: Natürlich haben die Kinder keine Finanzverantwortung – wie der 13-jährige Laurin richtig einwendete: „Wie wollt ihr das denn alles finanzieren?“ Aber die grundlegenden Erfolgskriterien sind Kooperationsbereitschaft und politischer Wille. Bei den Kindern, getragen von der Sorge um die Zukunft und der Empathie für Tiere, Pflanzen und Menschen, ist beides da.

Strom und Ernährung ohne CO2

Der Tag im Zentrum für Umwelt und Kultur (ZUK) in Benediktbeuern war der CO2-Reduktion bei Strom- und Energiegewinnung sowie dem Moorschutz als Klimaschutz gewidmet. Die Kinder erkundeten, wie das ZUK seine Energie regenerativ erzeugt und bauten selbst Solarkocher sowie andere Geräte zur Energiegewinnung.

Bei einer Moorwanderung erlebten sie die ökologische Bedeutung der Loisach-Kochelsee-Moore sowie der Moore überhaupt als Raum der Biodiversität und CO2-Speicher: Obwohl sie nur 3 Prozent der Fläche auf der Erde einnehmen, speichern Moore doppelt so viel CO2 wie alle Wälder zusammen. Jährlich entweichen aus entwässerten deutschen Mooren rund 45 Millionen Tonnen CO2. Ein Grund mehr, auf Gartenerde mit Torf zu verzichten, sich für die Wiedervermässung von Mooren einzusetzen und beim Kauf von Lebensmitteln genau hinzuschauen, wo ihre Bestandteile angebaut wurden.

Ins Tun kommen und vernetzen

Am letzten Tag des Camps reflektierten die Kinder das Erlebte in Workshops zu den Themen Freizeit, Mode, Ernährung und Energiegewinnung und präsentierten vor dem Plenum und

schaft dankt. Die beiden Vereine unterstreichen mit ihrem Engagement, dass ihnen ein Hallenbad im nördlichen Landkreis Günzburg wichtig ist. „Wir zeigen damit, dass wir bereit sind, im Rahmen unserer Möglichkeiten einen Beitrag für die weitere Zukunft einer entsprechenden Einrichtung zu leisten“, berichten übereinstimmend die beiden Vereinsvorsitzenden Dr. Michael Gröger und Martin Müller.

Eine Übergabe der Trägerschaft vom Landkreis auf die anliegenden nördlichen Gemeinden war jüngst allein an der Zustimmung des Stadtrates von Burgau und des Gemeinderates von Haldenwang gescheitert. **haj**

den eingeladenen Gästen. Den Anfang machten vier Jungen mit einer Fahrrad-Performance: Unter dem Motto „Burn fat, not oil“ holten sie die Besucher mit dem Lastenrad vom Parkplatz ab. Eine Mädchengruppe zauberte ein selbstkritisches Theaterstück auf die Bühne: über die Arbeitsbedingungen von Näherinnen in Bangladesch und den Gruppenzwang zur Markenmode an ihren Schulen.

An dieses Konsumthema knüpfte das Upcycling-Kunstwerk an: Unter dem Titel „Du“ regt eine zwei Meter hohe Figur aus Plastikmüll dazu an, weniger Plastik zu verwenden und wegzuerwerfen. Dann mussten auch die Erwachsenen Farbe bekennen: In einem interaktiven Quiz verarbeiteten die Kinder ihre Erkenntnisse über konventionellen, regionalen und Bio-Anbau: Was nutzt eine Bio-Paprika aus Spanien im Vergleich zur (Bio-)Gurke vom Kleinbauern um die Ecke? Und sie bereiteten gleich einen Imbiss auf ihren Solarkochern zu – wenn auch nur zum Teil, da die Sonne sich hinter Wolken versteckte. Das wurde aber nicht als Manko empfunden, sondern als Herausforderung für bessere Speicher.

„Ich war völlig hingerissen von der Präsentation! Die Kinder haben sehr ernsthaft und zugleich mit viel Spaß Ideen, Fähigkeiten und Bedürfnisse dargestellt, die wir Erwachsenen im Sinne der Nachhaltigkeit nicht mehr ignorieren dürfen“, so Anne Köslers vom Landratsamt München. Dr. Christoph Goppel beriet die Kinder am Schluss, wie sie sich gegenseitig helfen können, ihre im Camp gefassten Vorhaben im Alltag auch umzusetzen: Vernetzen und gegenseitig unterstützen – das kann durchaus auch Erwachsenen helfen, ihr „Öko-Gewissen“ zu erleichtern.

Ins richtige Leben tragen

Die Veranstalter richten die Ziele des Camps am Konzept der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) aus, das sich – von der UNESCO initiiert – in der Umweltbildung in Deutschland etabliert. Sylvia Rein von der Umweltstation Königsdorf konkretisiert: „Die Kinder erfahren im Klimacamp die Auswirkungen ihres eigenen Lebensstils und dem anderer Menschen auf Klimawandel und Klimaschutz – regional und global. Und zwar nicht, indem sie von uns Umweltpädagogen Wissen in die Köpfe bekommen, sondern dadurch, dass sie ihre Fähigkeiten und Interessen in die Gemeinschaft einbringen, entwickeln und ausleben. Viele haben zum ersten Mal erlebt, dass sie selbst am Klimaschutz mitwirken können – oder dass sie es sogar schon tun! Und dass dies nicht von Verzicht geprägt ist, sondern Freude bereitet. Die Kinder dazu zu motivieren, konkrete Vorhaben zu generieren und in Gemeinde, Schule und Freizeit aktiv an einer nachhaltigen Entwicklung mitzuwirken – das war unser Ziel, und das haben wir erreicht.“

Ein Zeichen dafür ist, dass über die Hälfte der Kinder zum Bündelungs-Workshop der Energieinitiative „29++“ des Landratsamts am 24. September 2016 in Grünwald bei München kommen will: Dort werden sie Landrat Christoph Göbel ihre Bedürfnisse und Ideen für mehr Klimaschutz in ihrer Gemeinde vortragen und in der Runde diskutieren. Veranstalter, engagierte Lehrkräfte und das Landratsamt begleiten die Vorbereitung. **□**

GZ

Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Jetzt hat man endlich mal die wahre Mitte unseres Landes identifiziert – die Frauen und Männer zwischen 30 und 59.“ Mein Chef, der Bürgermeister, konnte seine Genugtuung nicht verbergen, dass auch mal diese Altersgruppe, der er ebenso wie ich angehört, einmal im Fokus des Interesses steht.

Immerhin machen Menschen unserer Alterskohorte 70 Prozent der Erwerbstätigen aus und erwirtschaften 82 Prozent des Steueraufkommens. Da ist die Forderung nach ein bisschen Aufmerksamkeit wohl nicht zu viel verlangt. Sonst geht es ja in den Diskussionen meist um Interessen der Jüngeren, um Schule, Ausbildung und Hochschulen. Bis zum Erbrechen wird auch über die ältere Generation geredet, vor allem darüber, wie noch mehr Geld von unserer mittleren Generation zu den Alten geschaufelt wer-

Generation Mitte im Fokus

den kann. Obwohl es den Rentnerinnen und Rentnern nie in der Geschichte so gut ging wie heute, reicht das Schreckgespenst Altersarmut, das vielleicht drei Prozent der Bevölkerung in Zukunft betrifft, aus, um einen Überbietungswettbewerb an Rentenvorschlägen loszutreten. Die Rentner sind halt viele und sie haben Zeit, sich zu artikulieren. Wir von der Generation Mitte sind zwar noch mehr, aber wir laufen viel zu sehr im eigenen Hamsterrad, um alle an uns gestellten Anforderungen zu erfüllen, um noch groß für unsere Interessen einzutreten.

Wen wundern da noch ernsthaft die Ergebnisse der jüngsten Allensbach-Studie? In meinen Worten unwissenschaftlich zusammengefasst: Uns geht es richtig gut, aber viele von uns haben große Ängste. Wir haben genau so viel Angst wie unsere Altvordern in der Korea-Krise, beim Ölpreisschock oder erst vor ein paar Jahren bei der Finanzkrise. Und wir haben praktisch vor allem Angst: Vor den Flüchtlingen, vor der Globalisierung, vor Terror, vor Einbrechern, vor Russland, vor Donald Trump, wir haben sogar gleichzeitig vor den niedrigen Zinsen und vor der Inflation Angst, obwohl die Zinsen ja bekanntlich deshalb niedrig sind, weil wir eben keine Inflation haben.

Sind wir also eigentlich die Generation Ha-

senfuß? Nein, wir sind die Sandwich-Generation, eingezwängt zwischen den Kindern, die einen fordern und der älteren Generation, die immer mehr Ansprüche stellt. Wir werden gefordert und sind halt vielfach überfordert. So kenne ich eine Reihe von – meist Frauen – die mit zunehmender Selbstständigkeit der Kinder wieder mehr ihr eigenes Leben und ihre Interessen in den Vordergrund stellen möchten. Was passiert? Kaum stehen die Kinder auf den eigenen Beinen, werden die Eltern pflegebedürftig und ermuntern mit einem vorwurfsvollen „aber wir haben doch auch immer alles für Dich getan“ zur häuslichen Pflege.

Außerdem muss sich meine Generation ständig rechtfertigen. Ich glaube, nie in der Geschichte gab es so viele Wellen und Moden wie zur Zeit. Warum lebt man nicht vegan oder wenigstens vegetarisch? Warum benutzt man nicht Biokosmetik? Warum lässt man sich als Mann die Augenbrauen nicht schneiden? Warum joggt man nicht? Warum trinkt man ein Feierabendbier? Jede Woche wird ein neues Thema in den (as)sozialen Netzwerken gehyped. Und was da alles für Blödsinn aufkommt. Etwa Regretting-motherhood. Eine wahre Welle auf allen Kanälen, auf der Mütter ritten, die es bedauernden, ein Kind bekommen zu haben. So what, es ist halt da.

Die mittlere Generation plagt also nicht nur wirtschaftliche oder politische Ängste, sondern sie ist immer auch Zweifel ausgesetzt, ob ihr selbstgewählter way of life den Ansprüchen der Selbstoptimierung standhält.

Mein Chef, der Bürgermeister, sieht es so: An die Generation Mitte werden zu viele Ansprüche gestellt und sie stellt auch an sich selbst viel zu hohe Ansprüche. Sie hat viel zu verlieren und fürchtet den Verlust. Aber wo sind die Antworten, die Sicherheit geben? Wer kann die Zukunft verkörpern, dass die Zukunft immer besser wird, als die Vergangenheit, also die Urfahrung der jetzigen mittleren Generation? Vielleicht liegt die Antwort in einem Gedanken des Franz von Sales: „Begegne dem, was auf dich zukommt, nicht mit Angst, sondern mit Hoffnung.“

ihre
Sabrina

„Gehen das Thema Pflege gemeinsam an“

Erster Runder Tisch Pflege in Stadt und Landkreis Bamberg will Situation der Menschen im Alter verbessern

Gibt es bald eine Pflegeplatzbörse, über die man schnell freie Pflegeplätze finden kann? Wie gewinnt man die vielen zusätzlich notwendigen Pflegekräfte? Werden Bürgerinnen und Bürger ausreichend beraten, wenn sie oder ihre Angehörigen Pflege benötigen? Dies sind nur einige der Fragen, denen sich Stadt und Landkreis Bamberg unter dem Dach der Gesundheitsregion plus und der Familienregion stellen. Dazu hatten sie die Anbieter von stationärer und ambulanter Pflege sowie weitere Pflegeexperten zu einem ersten gemeinsamen Runden Tisch Pflege eingeladen.

„Die meisten Anbieter von ambulanter und stationärer Pflege sind sowohl in der Stadt als auch im Landkreis Bamberg aktiv. Seniorinnen und Senioren ziehen von der Stadt in den Landkreis und umgekehrt. Es ist also nur sinnvoll, diesen Runden Tisch für Stadt und Landkreis gemeinsam zu veranstalten“, begrüßt Oberbürgermeister Andreas Starke die Kooperation. Stadt und Landkreis arbeiten seit einiger Zeit an der Erstellung ihrer sogenannten Seniorpolitischen Gesamtkonzepte. Dabei handelt es sich um eine gesetzlich vorgeschriebene Planung, die dazu dienen soll, dass Seniorinnen und Senioren möglichst lange selbstbestimmt leben können. Oberste Leitlinie ist der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Ein wichtiger Schwerpunkt sind dabei Konzepte rund um das Thema Pflege. Deshalb haben Stadt und Landkreis Bamberg – jeder für sich – eine Pflegebedarfsplanung erstellt. Die Stadt hat dazu einen Runden Tisch

Pflege gegründet und im Dialog mit ihm ihren „1. Teilbericht Pflege“ entwickelt. Der Landkreis hat das Institut MODUS aus Bamberg mit der Erstellung eines Seniorpolitischen Gesamtkonzeptes beauftragt, von dem ein Teil die Pflegebedarfsplanung ist. Das Gesamtkonzept, das zurzeit in Expertenrunden beraten wird, soll Ende 2016 vom Kreistag verabschiedet werden. Auch wenn die Wege von Stadt und Landkreis teils verschieden sind – sie treffen sich bei vielen gemeinsamen Themen, die künftig am gemeinsamen Runden Tisch Pflege verhandelt werden sollen.

Was ist die konkrete Funktion des Runden Tisches? Zum einen soll er an einer realitätsnahen und konkreten Umsetzung der Pflegebedarfsplanung bzw. des Pflegeberichts mitwirken. Der Runden Tisch soll aber auch die Seniorpolitischen Gesamtkonzepte – besonders zum Thema Pflege – weiterentwickeln. „Planungen genügen nicht sich selbst, sondern ha-

ben das Ziel, die Situation von Menschen zu verbessern. Als Vorsitzender der Gesundheitsregion plus begrüße ich die konstruktive Zusammenarbeit die hier zwischen Stadt und Landkreis stattfindet. Alle Bürger und Bürgerinnen unserer Region sollen grundsätzlich die gleichen Möglichkeiten haben, im Alter gut versorgt zu sein. Der Runden Tisch Pflege kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten“, so Landrat Johann Kalb.

Die Teilnehmer des Runden Tisches diskutierten ausführlich über eine Initiative für Pflegeberufe, über die Einrichtung einer neutralen Pflegeberatung, die Entwicklung eines Leitbildes für kultursensible Pflege und die Verbesserung des Überleitungs- und Schnittstellenmanagements zwischen Kliniken, ambulanter und stationärer Pflege. Erste konkrete Ergebnisse sind ein eindeutiges Votum für eine gemeinsame Online-Pflegebörse, eine übergeordnete, vernetzte Pflegeberatung sowie die Entwicklung eines gemeinsamen Erfassungsbogens für das Entlassungs- und Überleitungsmanagement. Zudem wurde eine Weiterarbeit an den Themen in verschiedenen Arbeitsgruppen vereinbart. Das gemeinsame Projekt ist auf Dauer angelegt. Der nächste Runden Tisch wird im Herbst 2016 stattfinden. **□**

20 Jahre Regionalentwicklung Stauden (RES)

Arbeitskreis Verkehr zeigt Ausstellung im Bahnhof Reichertshofen

Die Regionalentwicklung Stauden (RES) kann heuer auf ihr 20-jähriges Bestehen zurück blicken. 1996 haben sich 15 Staudengemeinden auf Initiative des damaligen schwäbischen Bezirkspräsidenten Georg Sinnacher zusammen geschlossen, um fortan ihre Kräfte und Stärken zu bündeln und die Stauden auf allen gesellschaftlichen Feldern – wirtschaftlich, kulturell und touristisch – weiter nach vorne zu bringen.

Akteure der ersten Stunde sind die Mitglieder des RES-Arbeitskreises (AK) Verkehr. In nahezu unveränderter Besetzung „knöpfen“ sie sich seit nunmehr zwei Jahrzehnten unermüdlich Themen und Projekte vor, die sich vorwiegend um den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und um begleitende touristische Angebote drehen.

Vorschau auf GZ 18

In unserer Ausgabe Nr. 18, die am 29. September 2016 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV · IT · Kommunikationstechnologie
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Breitband · Mobilfunk
- Bürger- und Verwaltungsinformationssysteme
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Bibliotheken

ein kleines Museum verwandelt.

Projekte und Aktionen

Anhand von Schautafeln, Presseartikeln, Fotos und vielen weiteren Exponaten und Originaldokumenten zeigen Gerhard Schneider und seine ehrenamtlichen Mitstreiter die zahlreichen Projekte und Aktionen auf, um die sich der AK in den zurück liegenden zwei Jahrzehnten gekümmert hat. Gerhard Schneider ist nach Dr. Gerhard Karmann und Helmut Hartmann übrigens erst der dritte AK-Chef in der 20-jährigen Geschichte des Arbeitskreises.

Im Jubiläumsjahr gehören dem Gremium Carsten Bergemann (Walkertshofen), Alois Dietmayer (Langenneufnach), Hans Fendt (Gessertshausen), Bernhard Fischer (Fischach), Helmut Hartmann (Markt Wald), Carola Prantl (Gessertshausen), Gerhard Schneider (Bobingen), Joachim Schoner (Langenneufnach) und Gerhard Zott (Fischach) an.

Zentrales Thema der Ausstellung und der bisherigen AK-Arbeit sind natürlich die schwierigen und langwierigen Bemühungen, den regelmäßigen Personenverkehr auf der Staudenbahnstrecke – mit einem S-Bahn-ähnlichen Takt und mit modernem Zugmaterial – wieder aufzunehmen. Nach aktuellem Verhandlungsstand soll dies frühestens im Jahr 2021 der Fall sein.

Breite Themenpalette

Doch die Themenpalette reicht weit über die Staudenbahn hinaus. In der Ausstellung gibt es auch interessante Informationen zum Fahrradwegkonzept, zum geplanten Staudenbus-Netz, zu den angelegten Themenwegen und zu den regelmäßig angebotenen geführten Wanderungen. Bürger- und Pendlerbefragungen der letzten Jahre, die Auflage von mehreren Wanderflyern und die beliebten Ausflugsfahrten mit der Staudenbahn sind weitere Schwerpunkte der Schau. Und dass die Stauden und ihre Bahn schon mehrfach Kulisse und Drehort für abendfüllende TV-Spielfilme waren – auch das wird in der Ausstellung gezeigt. Im Rahmenprogramm werden abwechselnd (historische) Filme über die Staudenbahn gezeigt. Selbstredend, dass die Stauden-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung beinhaltet eine Beilage der **ABG GmbH**. Wir bitten um freundliche Beachtung.



Feiern den 20. Geburtstag der Regionalentwicklung Stauden (RES) mit einer großen Ausstellung im Bahnhof von Reichertshofen: (von links) Joachim Schoner, Mittelneufnachs Bürgermeisterin Cornelia Thümmel, Gerhard Schneider und Helmut Hartmann vom RES-Arbeitskreis Verkehr. Foto: Walter Kleber

bahn am Wochenende der Ausstellung Ausflugsfahrten nach Reichertshofen (und weiter bis Markt Wald) anbietet. Den genauen Fahrplan ab dem Augsburg Hauptbahnhof gibt's im Internet unter www.staudenbahn.de. Für Wanderfreudige empfehlen

sich nach dem Besuch der Ausstellung zwei kleine Wanderungen durch's idyllische Tal der Neufnach: nach Mittelneufnach und nach Walkertshofen. In beiden Orten bestehen wieder Zusteigemöglichkeiten in die Staudenbahn. **wkl**

LIEFERANTEN - **GZ** - NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Brandschutz

HEKATRON
HEKATRON Remote – das Original
Fernzugriff auf höchstem Niveau mit der Integral IP Zentrale

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL
Telefon 081 71.93 07-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Fahnenmaste + Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER

www.fahnen-koessinger.de
Telefon: 09451 / 9313-0

- Fahnen
- Maste
- Roll-Ups
- Bekleidung
- und vieles mehr

Fahnenmaste + Fahnen

HELA-MAST GmbH
P. HENKEL
Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten, Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsammler
HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal
Telefon: 02732/7687-0 · Telefax: 02732/7687-10
E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung
seit 1910
PP
Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen
Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg
www.pp-service.com

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Gewerbepbau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de · info@laumer.de

Komfortlüftungssysteme mit Wärmerückgewinnung

LTM GmbH
Eberhardtstr. 60 | 89073 Ulm
Tel. 0731 - 40 98 67 - 0
info@ltm-ulm.de
www.ltm-ulm.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Hohe Energie- und Kosteneinsparung für Ihre Lüftungsanlagen

Mit Einsatz der **multifunktionalen Wärme- und Kälterückgewinnungstechnik** von SEW® ergeben sich erhebliche Vorteile:

- Reduzierung der Heiz-, Kälte- und Rückkühlleistungen
- Heiz- und Kälteenergie entfallen, Wegfall von Rückkühlwerken → Gewinn an Nutzfläche
- Reduzierung des Stromverbrauchs auf Jahrzehnte
- Hohe Energie- und Betriebskosteneinsparungen
- Absolut keim- und schadstofffreie Wärme-/Kälteübertragung - auch im Störfall ohne Rauch- und Brandübertragung → **optimale Raumluftqualität**

Vorbildprojekte bundesweit (Auswahl): Bundeskanzleramt Berlin, Tonhalle Düsseldorf, Fraport Frankfurt u.a.

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl): Amper Kliniken Dachau, Bay. Nationalmuseum München, Dräxlmaier Technologiezentrum Vilsbiburg, Fachhochschule Aschaffenburg, Klinikum München-Großhadern u.a.

SEW® GmbH
47906 Kempen
Tel.: 02152/91560 www.sew-kempen.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Das Krenzer-Modularsystem
... clevere Raumkonzepte
Fordern Sie unsere neuen Verkaufsunterlagen an
Walter Krenzer GmbH & Co KG · Industriestraße 26 · 35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Tel.: 02771/3208-0 · E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de · www.krenzer-sitzmoebel.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für **Zalando Store**
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der
BAYERISCHE
Gemeindezeitung
www.gemeindezeitung.de



TAGEN
MIT
AUSBLICK

TAGEN
MITTEN IN
BAYERN – ZU
ATTRAKTIVEN
PREISEN.

TRAUMHAFTE LAGE IM HERZEN BAYERNS

Kurz hinter Beilngries, mitten im schönen Altmühltal, liegt das ABG Tagungszentrum. Die überaus zentrale Lage mitten in Bayern ist von enormem Vorteil für alle Gäste des Hauses. Zudem ist das ABG Tagungszentrum verkehrsgünstig über die A9 oder mit dem ICE und der Regionalbahn über Ingolstadt oder Kinding zu erreichen.

Das Tagungszentrum schmiegt sich direkt an die bewaldeten Hänge oberhalb der ruhig dahinfließenden Altmühl und vermittelt bereits bei der Ankunft ein leichtes Gefühl der Entspannung.





BESTES PREIS- LEISTUNGSVERHÄLTNIS

Mit dem ABG Tagungszentrum steht Ihnen ein attraktiver Veranstaltungspartner zur Verfügung. Lassen Sie sich von optimalen Veranstaltungsräumen, gut ausgestatteten Einzel- und Doppelzimmern sowie unserer abwechslungsreichen Gastronomie überzeugen. Alles zum besten Preis-/Leistungsverhältnis.

Wir heißen Sie herzlich Willkommen. In einem Umfeld, das Arbeit und Erholung bestmöglich vereint. Hier treffen inspirierende Freiräume auf die ideale Infrastruktur – zum Tagen, Genießen, Erleben und Entspannen.



**KONTAKTIEREN SIE
UNS FÜR WEITERE
INFORMATIONEN UND
FORDERN SIE UNSER
KOSTENLOSES
INFOMATERIAL AN.**

ABG Tagungszentrum
Leising 16 | 92339 Beilngries

T. 08461.650-0 | F. 08461.650-1371
info@abg-tagungszentrum.de

www.abg-tagungszentrum.de